

CHRISTEL HANEWINCKEL
Die Linke im Osten

DIETMAR WITTICH
Die Reproduktion
von Klassengesellschaft
in Ostdeutschland

FRITZ VILMAR
Was ist heute
noch links?

SPOW

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

NEUE

ÄNDER



KURZUM

von Uwe Kremer

“Tutzing” scheint ebenso wie “Petersberg” zu einem weiteren geographischen Synonym für die Entwicklung der SPD zur *sozialpatriotischen Wirtschaftsförderpartei* (so Ralf Krämer in der letzten spw) zu werden. Thomas Westphal wird auf den nachfolgenden Seiten dazu alles Wesentliche sagen. In diesem Zusammenhang ist mir allerdings noch ein weiterer Aspekt sehr wichtig, der die vielbeschworene “politische Kultur” betrifft. Was Westphal treffend als *Milieu-Surfen* der Scharping-SPD bezeichnet, schlägt sich nämlich nicht nur in einer dramatischen Beliebtheit politischer Aussagen und sozialer Bezüge nieder. Einher geht damit, daß in der SPD Ressentiments - ob gegen Sozialschmarotzer oder PDS-Altkommunisten, ob gegen Kriminalität oder die Restbestände von ‘68 - zunehmend die Oberhand über politische Aufklärtheit gewinnen. Heute verwickelt sich auf dieser Grundlage - und personifiziert durch Scharping - offenbar das *innerparteiliche Bündnis zwischen der gentrifizierten Welt der Enkelei und dem Seeheimer Stammtisch* (bzw. *zwischen dem Zynismus der einen und den Ressentiments der anderen*). Der Seeheimer Kreis, der immer mehr auch zum Attraktions- und Treffpunkt (ehemals links)sozialdemokratischer Prominenz wird, zieht aus diesem Vorgang seine wachsende Bedeutung und natürlich nicht aus irgendeinem programmatischen Profil. Die zu einem großen Teil gewerkschafts- und sozialorientierten Seeheimer sind in ihrer Mehrzahl doch

recht arme Schweine - nur die Fußtruppen im Kampf gegen alle möglichen Feinde, während es sich das Partei-Establishment am Tisch der großen Wirtschaft bequem machen will.

Als Clinton an die Macht kam, sog die SPD daraus eine Zeit lang moralischen Honig. Zu den neueren Entwicklungen hört man allerdings wenig. Kein Wunder: Eine politische Gruppe, die sozial vor allem dem modernen und ökologisch aufgeklärten “linken” Flügel der neuen Dienstleistungsklasse verbunden ist, scheitert beim Versuch, ihre Reformvorstellungen unter Verzicht auf Konfrontation und unter Abkappung des “Regenbogens” sozialer Bewegungen durchzusetzen. Dies ist vor allem ein Lehrstück in Sachen “New Deal”. Sicher: Der “New Deal” war damals ein Kompromiß und würde dies auch im Falle seiner Neuauflage sein; aber seine Durchsetzung war damals (v.a. im Laufe des Jahres 1935) sozialen Koalitionen und Konfrontationen geschuldet und so dürfte es wohl auch in Zukunft sein. Die Lehren der SPD daraus: s.o.

Auf der spw-Jahrestagung referierte Frieder O. Wolf, grün-linker Europa-Abgeordneter, zu rot-grünen Perspektiven. Dabei berichtete er von spanischen Diskussionen über die Entwicklung eines *espacio rojo-verde*, eines “rot-grünen Raumes” - oder genauer vielleicht: eines Feldes, auf dem sich quer zu Partiegrenzen und -loyalitäten diverse emanzipatorische Strömungen, Initiativen und Denkschulen vernetzen, sich zu einer neuen politischen Struktur “unterhalb” des Raumes der Parteiapparate und Parlamente verdichten und zugleich in diesen Raum hineinwirken. Und dies nicht als konjunkturelles Vorhaben einer notleidenden Linken, sondern *als strukturelle Veränderung, die dem Zerfall des bisherigen parlamentarisch-bürokratischen Parteiensystems Rechnung trägt*. Wolf wies darauf hin, daß es mit Blick auf die Bedeutung des Feminismus eigentlich um “rot-grün-lila” gehen müsse. Und damit wären wir beim “Regenbogen” der USA angelangt - ein Projekt, das dort gegenüber der Democratic Party einen Aufschwung erfahren wird, das in Teilen Skandinaviens schon seit längerem eine reale Rolle spielt, das sich in Großbritannien und Frankreich zu entwickeln beginnt und auch im “sozialistischen” Spanien auf der Tagesordnung steht. Und der deutsche “Regenbogen”?

Am Schluß zurück zu Thomas Westphal und einem Dissens (?): Die SPD-Linke müsse mit einem eigenen “Programm” bis zur Sommerpause innerparteilichen Boden gewinnen, schreibt er. Mein Einwand: “Programme” spielen für die politische Entwicklung der SPD nur noch eine geringe Rolle und dies wird sich nicht “bis zur Sommerpause” ändern. Und überhaupt: Auf dem “Frankfurter Kreis” wurde (siehe Bericht von Detlef von Larcher in der letzten spw) diskutiert, inwieweit die Ebene der Parteien und Parlamente für die Aushandlung von Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft an Bedeutung verlöre und sich (wohl zusätzlich zur klassischen “Sozialpartnerschaft”) neue “sub-politische” Aushandlungsebenen entwickelten. Wenn dies stimmte, müßte man die innerparteiliche Fixierung überhaupt hinterfragen, sich auf der einen Seite mit diesen “sub-politischen” Ebenen in Beziehung setzen und zugleich eigene Beiträge für einen *espacio rojo-verde* bzw. “Regenbogen” entwickeln. Ich denke dabei eher an konkrete Projekte - wie sie z.B. in diesem Heft erneut am Beispiel der Solarenergie oder auch im Artikel über die spanische “Plataforma 0,7%” auftauchen.

All dies erfordert auch eine grundlegende Umorientierung in der Denke und im Tun des spw-Zusammenhanges, erfordert ein bewußteres Einbeziehen der “sub-politischen” Tätigkeitsfelder und nicht zuletzt auch der Berufswelt “unserer” Genossinnen und Genossen in unserer theoretischen Arbeit, erfordert eine engere Beziehung zur Welt der sozialen Kompromisse und Kämpfe im politischen Wirken und erfordert - *kurzum* - eine Aktions-, Projekt- und Kampagnenorientierung der spw-Arbeit. Dies wäre auch der beste Beitrag zur politischen Kultur einer Partei, in der unter der Oberfläche von parlamentarisch-politischer Geschäftigkeit Zynismus und Ressentiments zunehmend die Oberhand gewinnen.

Herausgeber/Herausgeberinnen:

Heinz Albrecht (Berlin)
 Edelgard Buimahn (Hannover)
 Karin Benz-Overhage (Frankfurt/M.)
 Diether Dehm (Frankfurt)
 Katrin Fuchs (Verl)
 Christel Hanewinckel (Halle/S.)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Susi Möbbeck (Bremen)
 Kurt Neumann (Berlin)
 Peter von Oertzen (Hannover)
 Horst Peter (Kassel)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Kaufbeuren)
 Thomas Westphal (Isernhagen)

Redaktion:

Gisela Becker
 Ulrike Hensel
 Heiner Kockerbeck
 Uwe Kremer
 Christoph Meyer
 Silvia Rosendahl
 Reinhold Runker
 Fiete Saß
 Ralf Schmitz
 Stefan Schostok
 Joachim Schuster
 Norbert Sprafke
 Claudia Walther

Redaktionssekretär

Ralf Krämer

Redaktions- und Verlagsanschrift:

Schanzenstraße 31, 51063 Köln
 Telefon (0221)623271
 Telefax (0221)612815
 E-mail: spw-verlag
 @link-do.donut.ruhr.com

Verlag:

spw-Verlag/Redaktion GmbH,
 Schanzenstraße 31, 51063 Köln

Geschäftsführung:

Andreas Bach
 Ulla Saß
 Hans-Peter Schulz

Konto des Verlages:

Postgiroamt Dortmund
 Kto. Nr. 32443468, BLZ 44010046

Die spw erscheint mit 6 Heften im Jahr
 mit ca. 60 Seiten pro Heft.
 Jahresabonnement DM 58,-
 ermäßigtes Jahresabonnement
 (für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose) DM 49,-
 Auslandsabonnement DM 61,-

Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Manuskripte sollen in
 Maschinenschrift und mit einem aus-
 reichenden Rand versehen sein.
 Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
 Diskette mit einem Ausdruck geliefert
 werden (MS-DOS-Textverarbeitungssy-
 stem, 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll).

ISSN 0170-4613

spw-Verlag/Redaktion GmbH 1995
 Alle Rechte, auch das der Übersetzung,
 vorbehalten.

Fotos:

Stephan Hoppe, Köln (Titel, S. 18-29)
 Thomas Diller, Köln (sonstige)

Satz und Gestaltung:

Judith Nußbaum, Köln

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend Januar 1995

Uwe Kremer

KURZUM 2

MAGAZIN

Thomas Westphal

Scharpings Wegweisung 4

Thomas Ewald

Kofferdienste in die Burgen des Kapitals 6

spw-intern 7

Heiko Kretschmer

Bewegung im Bosnienkrieg? 8

Heiko Kauffmann

Das „neue Asyl(un)recht“ 10

Hermann Scheer

Energiestreit statt Energiekonsens 12

Detlef Bimboes

Schutz von Menschen und Umwelt 14

Harald Schrapers

Schwarz-Grün in Mülheim 15

Josef Didier

Großes Debakel - kleiner Lerneffekt 16

Ralf Krämer

Linke - wie weiter? 18

NEUE LÄNDER

Christel Hanewinckel

Die Linke im Osten 19

Horst Peter

Demokratische Linke in Deutschland -
 gespalten in Ost und West 22

Wolfgang Dümcke

Gab und gibt es eine Kolonialisierung der DDR? 24

Dietmar Wittich

Die Reproduktion von Klassengesellschaft
 in Ostdeutschland 28

Gerlinde Kuppe

Arbeitsmarktpolitik für Frauen und Jugendliche
 in Sachsen-Anhalt 34

PERSPEKTIVEN DER LINKEN

Fritz Vilmar

Was ist heute noch links? 38

Uwe Kremer

Sozialismus als offenes historisches Projekt 42

Erwägungen marxistischer SozialdemokratInnen

Wider die Kapitalverwertungslogik -
 für demokratisch-solidarische Wirtschaftsplanung 48

INTERNATIONALES

Joachim Schuster

Europäischer Kapitalismus im Umbruch 54

Rainer Zugehör

„Plataforma 0,7%“ - Spanien als Vorbild 57

Jürgen Moritz

Uruguay - Die Linke im Aufwind 58

Scharpings Wegweisung

von Thomas Westphal*

Als „Tutzinger Signal“ ist die Rede des Parteivorsitzenden Scharping vor dem „Seeheimer Kreis“ in den Medien aufgegriffen worden. Für viele politische Beobachter war es gar das Signal zur innerparteilichen Kulturrevolution; zur Generalüberholung des alten Tankers SPD. Gegen eine „Generalüberholung“ läßt sich nach einer verlorenen Wahl wohl kaum etwas einwenden. Schließlich hat die SPD nicht nur ihr Wahlziel des Wechsels verpaßt. Bei genauerer Betrachtung des Wahlergebnisses wird auch deutlich, daß die SPD einen weiteren Zustimmungseinbruch bei wichtigen Teilen der Bevölkerung erlebt hat. Wie dringend notwendig eine politisch-strategische Neuausrichtung der SPD-Politik ist, belegen vor allem zwei Ergebnisse der Bundestagswahl, die in der Öffentlichkeit bisher kaum diskutiert wurden.

Die SPD verliert an Akzeptanz

Mit 79% Wahlbeteiligung haben wir die zweitniedrigste Beteiligung an Bundestagswahlen seit Bestehen der Bundesrepublik erlebt. Die „Partei der NichtwählerInnen“ ist zur drittstärksten Gruppe geworden. Nimmt man jene WählerInnen, die den Urnengang als einen Akt staatsbürgerlicher Pflicht verstehen, noch hinzu, so sinkt die Erwartungshaltung an die Parteiendemokratie hinsichtlich ihrer realen Gestaltungs-kompetenz noch weiter ab. Bezieht man das Stimmenergebnis der SPD nicht auf die abgegebenen Stimmen, sondern auf die Anzahl der Wahlberechtigten, so schmilzt die Zustimmung auf karge 28% der Wahlbevölkerung zusammen. Groß war die Freude auf einen Wechsel in Deutschland also nicht. Im Gegenteil, die Lösung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme, die im Alltag der Menschen Zukunftsunsicherheiten und Bedrohung individueller Lebenspläne und Existenzen bedeuten, wird auch der SPD vom überwiegenden Teil der Bevölkerung nicht zugetraut. Dieser Aspekt des Wahlausganges verdeutlicht: Die Flucht aus dem Parteiens-

system, die Abkehr vieler Menschen von der parteiförmigen Politik ist nicht gestoppt und sie verschont auch die SPD nicht, sondern trifft sie in ihren klassischen WählerInnengruppen.

Die SPD und die verlorene Jugend

Dieser Eindruck verstärkt sich durch ein zweites bisher wenig beachtetes Ergebnis. Die SPD hat ihre klassische Dominanz bei der Generation der 18- bis 25-jährigen wieder eingebüßt. In diesem Jahr votierten lediglich 34,6% für die SPD und den Politikentwurf von Scharping. Bei den jungen Männern zwischen 18 und 25 Jahren sinkt diese Zustimmung sogar auf 32,7%. Damit konnte die SPD ihren Vorsprung vor der CDU in dieser Altersgruppe zwar knapp behaupten, sie blieb aber unter dem Durchschnitt ihres Gesamtergebnisses. In den siebziger Jahren erzielte die SPD im Jung- und ErstwählerInnenbereich Stimmenanteile, die weit über ihrem Gesamtergebnis lagen. Die Verankerung in der Jugendgeneration war ein Fundament für die sozialdemokratische Mehrheitsfähigkeit vor der konservativen Wende. Diese Mehrheitsfähigkeit hat die SPD vor allem an die „Partei der NichtwählerInnen“ und an die Grünen/Bündnis '90 verloren. Bis heute ist es der SPD nicht mehr gelungen, diesen Einbruch in ihrem Mehrheitsfundament wieder auszugleichen.

Scharpings Kulturrevolution

Was bringt vor diesem Hintergrund die bereits lauthals gefeierte „Kulturrevolution“ von Scharping? Die „Stegreifrede“ des Parteivorsitzenden auf der ominösen Tutzinger Tagung des Seeheimer Kreises beinhaltet drei zentrale politische Botschaften für die Zukunft der SPD:

1. Auf dem Weg von der „Partei der Verteilung“ zur „Partei der Wertschöpfung“ wird der programmatische Ballast „der gesellschaftlichen Steuerung von marktwirtschaftlichen Wettbewerbsprozessen“ über Bord geworfen. Scharpings „Wertschöpfungs-SPD“ ist eine Partei, die in der die „Entfesselung innovativer

unternehmerischer Kräfte“ für den Verdrängungswettbewerb in der globalisierten Wirtschaft eine innenpolitische Reformaufgabe sieht. Qualitative, binnenwirtschaftliche Kriterien und gesellschaftspolitische Zielvorstellungen gehören nur noch zum Repertoire von Wahlkampfreden, nicht zum politischen Kern der „Wertschöpfungs-SPD“.

2. Die SPD besitzt kaum noch die politische Kraft um eine innovative, vorausschauende Sozialpolitik unter den Bedingungen einer veränderten Arbeitsgesellschaft neu zu gestalten. In den eigenen Reihen wird der gesamtgesellschaftlich gestaltende „sozialdemokratische Sozialstaat“ durch den reparierenden, helfenden „konservativen Fürsorgestaat“ abgelöst. Dieses konservative Sozialstaatsverständnis im eigenem Haus treibt die SPD endgültig in die sozialpolitische Defensive. Die Notwendigkeit zum Umbau des Sozialstaates ergibt sich für Scharping deshalb lediglich aus dem „politischen Spaltungspotential dieses Themas innerhalb der eigenen Anhängerschaft“. Die populistische Umsetzung dieser Defensivposition führt direkt zum politischen Kampf gegen den Sozialmißbrauch a la Renate Schmidt.

3. Der Anspruch, eine reformpolitische Klammer zwischen potentiellen Modernisierungsgewinnern und -verlierern, zwischen dem Kampf um materielle Sicherheit und qualitative Zukunftsaufgaben und einem perspektivischen Zukunftsentwurf herzustellen, wird zugunsten des politischen „Milieu-Surfens“, bei dem für jede Klientel ein anderes „politisches Segel“ benutzt wird, aufgegeben. Vor der Wahl wird die klassische Industriearbeiterschaft zum Herzstück sozialdemokratischer Politik erklärt, nach der Wahl wird die Suche nach den verlorenen Mittelschichten zur Hauptaufgabe erklärt. Übrig bleibt eine subjektlose politische Strategie, die blind ist für die sozialstrukturellen Wandlungen in der Gesellschaft. Mit diesen Botschaften hat der Parteivorsitzende wahrlich keinen neuen gesellschaftspolitischen Gestaltungsanspruch der SPD angemeldet. Die Tutzinger-Rede des Parteivorsitzenden war nicht der Auftakt einer Debatte um ein zukunftsorientiertes Reformprogramm, das die

* Thomas Westphal, Isernhagen, Juso-Bundesvorsitzender

SPD wieder mehrheitsfähig macht und die Attraktivität für skeptische Jugendliche erhöht. In Tutzing hat Scharping lediglich versucht, den politischen Anschluß an den sich entwickelnden „Standortblock“ (vgl. die Beiträge von Krämer und Kremer in spw 6/94) nicht zu verlieren, auch um die politische Option der großen Koalition weiterhin offenzuhalten.

„Modernisierung mit Bodenhaftung“

Nachdem die Debatte um mögliche schwarz-grüne Koalitionen der Zukunft eine eigene Dynamik erlangte und J. Fischer in der Bundestagsdebatte um die Regierungserklärung des Kanzlers bereits auf die Suche nach möglichen politischen Schnittmengen zwischen der konservativen Standortmodernisierung und der grünen, ökologischen Standorterneuerung gegangen war, sah sich der SPD-Parteivorsitzende offenbar genötigt, nun seinerseits die SPD an die Spitze der kapitalistischen Standortmodernisierung zu setzen, und dafür den „innerparteilichen Waffenstillstand“ zwischen den unterschiedlichen inneren Strömungen der SPD aufzukündigen und das Programm der kapitalorientierten Modernisierung mit „sozialpatriotischer Bodenhaftung“ neu zu beleben.

Zur Erinnerung: Die „Modernisierung der SPD“ ist keine Erfindung des amtierenden Parteivorsitzenden! Bereits nach der Bundestagswahl von 1990 präsentierte eine Arbeitsgruppe des Landesvorstandes der SPD-NRW ein Papier mit dem schönen Titel: „Modernisierung mit Bodenhaftung“. Die zentralen Botschaften dieses Papiers lesen sich nachträglich wie das heimliche Drehbuch sozialdemokratischer Politik in den Jahren 1990 bis 1994. Die „Modernisierer“ von 1990 hielten die wesentlichen Ziele der Sozialdemokratie für inzwischen erreicht. Ihr politischer Therapienvorschlag für die SPD der 90er lautete: „Die SPD braucht ein angemessenes, aufgeklärtes Verhältnis zur Marktwirtschaft“, und „dazu gehört, daß die SPD sich von ideologischen Altlasten befreit, für die niemand mehr wirklich zu kämpfen bereit ist.“ Dazu zählten die NRW-Modernisierer schon damals die Struktur der sozialen Sicherung und die unbegrenzte „Aufstockung der Sozialleistungen“ (vgl. die Dokumentation und Kritik in spw 1/91, S. 10-15). Obgleich das NRW-Papier selber keine große Wir-

kung in der SPD entfaltete und es genauso schnell wieder verschwand, wie es erschienen war, zog der Geist der „Modernisierung mit Bodenhaftung“ dennoch in fast jede Sparte sozialdemokratischer Tagespolitik ein. Letztlich ist die „Petersberger Wende“ vom Sommer 1992 auch im Zusammenhang mit der Modernisierungsdebatte von 1990 zu denken und findet auch das Regierungsprogramm von 1994 in den angebotsorientierten Passagen hier seine politische Grundlage. In diesem Sinne ist das „Tutzing Signal“ Auftakt und Fortsetzung der programmatischen Wendestrategie zugleich.

Tutzing und die Zukunft der Linken

Tutzing und die heraufziehende große Koalition ist vielleicht so etwas wie die letzte Herausforderung für die SPD-

„Die Aussicht ist nicht fern, daß die Parteilinke strukturell die Rolle der alten 'Kanalarbeiter' einnimmt...“ (FAZ)

Linke in ihrer jetzigen Verfassung. Der Durchmarsch der „Modernisierer mit Bodenhaftung“ muß aufgehalten werden, ehe diese Strategie in einer großen Koalition zu ihrer vollen Entfaltung gelangt. Die Strategie der programmatischen Bestandssicherung ist für diese Aufgabe allerdings völlig unzureichend. Denn eins ist klar: „Bodenhaftung“ hat für die Modernisierer nichts mit Beschlußtreue zu tun. Aus diesem Grunde werden auf Parteitag von den Linken zäh verteidigte Beschlüsse schon im nächsten Interview wieder kassiert. Einzelne Akteure der Linken versuchen, diese politische Defensive mit einer Strategie der „Eroberung des Parteivorsitzenden von links“, durch permanente positive Interpretation seiner gesprochenen Worte, zu kompensieren. Weil diese Sisyphus-Arbeit alle politischen Kapazitäten beansprucht, sind aus den Reihen der SPD-Linken heraus kaum noch Impulse zu hören oder linke Deutungsmuster für politisch relevante Konflikte wahrnehmbar. Die aufmerksam beobachtende FAZ bescheinigt der SPD-Linken ein dementsprechendes trauriges Erscheinungsbild: „Die Aussicht ist nicht

fern, daß die Parteilinke strukturell die Rolle der alten 'Kanalarbeiter' einnimmt: Sie scharft sich um den Vorsitzenden, verteidigt die Parteitagebeschlüsse und ist mit Posten zufrieden.“

Die SPD-Linke kann ihre Subalternität gegenüber dem tonangebenden Modernisiererflügel nur überwinden, wenn es ihr gelingt, die Bruchstellen, die sich aus der heterogenen Zusammensetzung dieses Flügels ergeben, konsequent auszunutzen. Bisher hat die Linke diese Möglichkeiten bei zurückliegenden Konflikten, aus besagten Gründen, jedoch kaum genutzt. Weder beim Konflikt zwischen Lafontaine und den ostdeutschen Landesverbänden um die dortige Lohn- und Rentenentwicklung, auch nicht beim Konflikt zwischen Scharping und Dreßler rund um die Pflegeversicherung, noch beim Konflikt zwischen Schröder, Scharping und Zöpel um das Tempolimit ist es den Linken in der SPD gelungen, sich einzuschalten und wieder in die Offensive zu kommen.

Die politische Bruchstelle bei der Strategie der angebotsorientierten Modernisierung besteht nun nicht darin, daß die SPD die Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmen verbessern will. Der problematische Kern liegt in der systematischen wirtschaftspolitischen Vernachlässigung der Binnenmarktnachfrage. In Folge dessen werden Massenwohlstand, Vollbeschäftigung, soziale Absicherung der Kaufkraft und ökologische Erneuerung der Produktionsabläufe als wirtschaftspolitische Zielbestimmung in den Hintergrund gedrängt. Diese logische Konsequenz wird zwangsläufig zu neuen Auseinandersetzungen innerhalb des Modernisiererflügels führen, sei es bei der Debatte um eine gerechte Steuerreform oder bei der Diskussion um „zielgenaue soziale Sicherungssysteme“. Diese kommenden Auseinandersetzung in den Monaten vor der Sommerpause muß die Linke mit einem eigenem binnenwirtschaftlich und ökologisch orientierten Programm der industriellen Modernisierung innerparteilich und medienöffentlich für sich entscheiden. Nur mit einem solchen innerparteilichen Bodengewinn eröffnen sich für die sozialdemokratische Linke weitere Spielräume für die Entscheidungen über die zukünftigen politischen Kräfteverhältnisse in dieser Bundesrepublik. Andernfalls bleibt nur die nostalgische Erinnerung an bessere, längst verblichene Tage. „Weißt Du noch, 1986 auf dem Nürnberger Parteitag ...“

Kofferdienste in die Burgen des Kapitals

von Thomas Ewald*

Zahlreiche ost- und westdeutsche Kommunen stehen vor der Zwangsbewirtschaftung. Das Land Baden-Württemberg verhängte Ende Oktober 1994 überraschend eine allgemeine 10%tige Haushaltssperre, weil die Steuereinnahmen für die ersten drei Quartale 1994 um 817 Millionen DM unter den Erwartungen lagen (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 26.10.94, S. 4). Diese Mindereinnahmen stehen in seltsamen Kontrast zu Überschriften beispielsweise der Frankfurter Rundschau vom 07.09.94: „Steuerlast erreicht Höchststand“, und der Sonntags-FAZ vom 25.09.94: „Steuerquellen sprudeln stärker“.

Die FR klärt diesen Widerspruch auf: Die „dramatischen Einbrüche“ bei der Einkommens- und Körperschaftsteuer seien überkompensiert worden durch Mehreinnahmen bei zwei Massensteuern. Dieses Plus stamme also „vor allem aus den Taschen der Arbeitnehmer und Verbraucher: In Westdeutschland dürfte heuer die Lohnsteuer gut zwei und die Umsatzsteuer rund sechs Prozent mehr abwerfen.“

Die schon zitierte FAZ beziffert die „Einbrüche“: „Die Einkommensteuer sei um ein Drittel auf 8,6 Milliarden DM, die Körperschaftsteuer um 40 Prozent (!, T.E.) zurückgegangen und haben Ende August bei 7,9 Milliarden DM gelegen.“ Die erheblichen Mindereinnahmen lassen sich u. a. mit der Rezession in der „Realwirtschaft“ begründen. Das gilt aber schon nicht mehr für die glänzenden Quartalsabrechnungen der Großbanken und Versicherungen im Jahre 1994, die ihre zu versteuernden Gewinne noch durch 50%ige Sonderabschreibungen nach dem „Fördergebietsgesetz“ haben drücken können und das nur verschämt zugeben. Es ist zwischenzeitlich bekanntgeworden, daß (Steuer-) Begünstigungen für Investitionen in Ostdeutschland zu dubiosen Steuersparmodellen verkamen („Doppelzocker-Modell“, vgl. spw 2/94, S. 18) und im Grunde nur die wirklich Reichen aus Westdeutschland privilegieren.

Aber viel schwerer belasten den Staat die vom Parlament beschlossenen

Absenkungen im Bereich der Spitzensteuersätze bei Einkommen- und Körperschaftsteuer. Auf den 01.01.94 ist dabei beispielsweise die Körperschaftsteuer für Gewinne nochmals gesenkt worden. Die ausgeschütteten Gewinne werden statt mit 36% nur noch mit 30% belastet. Diese Herabsetzung hat fatale Folgen: Einbehaltene Gewinne wurden bis zum 31.01.89 mit 56% besteuert. Durch die jetzt nur noch 30%ige Belastung der Ausschüttungen kommt es also zu immensen Körperschaftsteuer-Minderungen. Es verwundert deshalb nicht, daß sich steuerlich Beratene diese hübschen Staatsgeschenke holen. Wenn Ausschüttungen in das Jahr 1994 vorgezogen werden, sparen Kapitaleigner zudem noch den in 1995 anfallenden 7,5%igen „Solidaritätszuschlag“. Durch das sogenannte „Schütt-aus-hol-zurück-Verfahren“ wandern die ausgeschütteten Gewinne als Darlehen zurück in die Unternehmen. Lakonisch stellt die FAZ vom 22.12.93 dazu fest: „... Wenn der Staat solche Verfahren zu Lasten seiner Kasse zuläßt, ist es im Grunde genommen nur recht und billig, wenn die Aktionäre dies ausnutzen.“

Neben dieser legal zu realisierenden Vorteile sollte die für 1993 so erbärmlich niedrig angefallende Zinsabschlagsteuer nicht vergessen werden. Sie lag im Aufkommen um reichlich 10 Milliarden DM niedriger als erwartet. Trotz Verzehnfachung des Sparerfreibetrages sind die „Geldkofferdienste“ nach Luxemburg durch eine große Bank (vgl. FAZ v. 25.01.94: „Dresdner Bank erwägt Verfassungsbeschwerde - Steuerfahnder untersuchen Geldverlagerungen der Kunden nach Luxemburg“) für eine gewisse Klientel auch 1994 nötig gewesen. Solche unverfrorenen „Dienstleistungen“ konnte selbst eine an Steuerhinterziehung gewöhnte Finanzverwaltung nicht durchgehen lassen. Die riesigen Geld-Transfers nach Luxemburg ließen die Banken-Architektur dort boomen, sodaß sich die FAZ fast ganzseitig im Feuilleton (!, T.E.) am 28.01.94 damit auseinandersetzt. Es langt, die Überschrift zu zitieren „Hier ist Dein Geld“ - Burgen für die Kapitalflucht: Neue Bankenarchitektur in Luxemburg.“ - Aufschlußreich ist auch der Bilduntertext des vorgestellten Hauses der 'Deutschen Bank' in Luxemburg: „Zinnenbewehrte Geldburg mit Panikbeleuchtung“ ...

Steuereinnahmen in Mrd. DM, 1994 geschätzt (Quelle: NWB 30/1994)

	1991	1992	1993	1994
Steuereinnahmen gesamt	661,9	731,8	749,2	
Lohnsteuer	214,2	247,3	258,0	+ ca. 2%
Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer	179,7	197,7	216,3	+ ca. 6%
Mineralölsteuer	47,3	55,2	56,3	
Massensteuern gesamt	41,2	500,2	530,6	
Massensteuern an den Gesamtsteuereinn.	66,7%	68,4%	70,8%	
Einkommensteuer	41,5	41,5	33,2	- ca. 30%
Körperschaftsteuer	31,7	31,1	27,8	- ca. 40%
Veranlagte Steuern gesamt	73,2	72,6	61,0	
Veranlagte Steuern an den Gesamtsteuereinn.	11,1%	9,9%	8,1%	

* Thomas Ewald, Frankfurt

Trotz der Geldtransfers nach Luxemburg steigt das Geldvermögen in Deutschland weiter. Die FAZ vom 27.10.94 teilt mit, daß es jetzt schon vier Billionen DM beträgt: „Je Kopf errechnet der Verband (gemeint ist der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, T.E.) im Osten ein Geldvermögen von 142.000 DM, im Westen von 55.000 DM.“ Nun sind solche Durchschnittsangaben immer sehr heikel, weil sie nichts über die Verteilung aussagen. Sie zeigen in diesem Fall angesichts der erheblich geringeren Geldvermögen (Wohneigentum ist hier nicht inbegriffen) in den breiten Schichten der Bevölkerung, daß relativ wenige Personen über immense Geldvermögen verfügen müssen.

Auch die aus der schlechten Ausstattung der Finanzämter resultierenden Steuerhinterziehungsbeträge (jährlich über 150 Milliarden DM) stellen eine „stille Subvention“ für die Begünstigten und Unternehmer dar. Sie stehen in krassem Kontrast zu den Mehrbelastungen, mit denen Lohnabhängige ab dem 01.01.95 zu rechnen haben:

Wiedereinführung des „Solidaritätszuschlages“, Erhöhung der Versicherungssteuer von 12% auf 15%, erstmalige Beiträge zur Pflegeversicherung. Dazu kommen noch erhöhte kommunale Gebühren, Steuern und Preise. Damit versuchen die Gemeinden und Städte u.a. die finanziellen Mehrbelastungen, die ihnen vom Bund aufgebürdet werden, auszugleichen. Auch die rot-grün dominierten Gemeinden geben so den Druck aus Bonn an die Nichtbegünstigten weiter.

Auf dem Hintergrund einer stark angewachsenen Steuer- und Abgabenlast wird die boomende Steuerhinterziehungsliteratur für die weniger Betuchten nachvollziehbar. Die Titel verraten den Wunsch auch der weniger Begünstigten, Steuern „vermeiden“ zu wollen: „Steuerparadiese für Deutsche“, „Schwarzgeld - was tun?“ (5. Auflage!), „Ein Konto im Ausland“ (4. Auflage 1994), „Schwarzgeld-Anlagen in der Praxis“ (3. Auflage)...

Die neuen Pläne aus Bonn, nämlich die Gewerbesteuer zum 01.01.96 abschaffen zu wollen, wird

allein für die Stadt Frankfurt zu einer jährlichen Einnahmen-Einbuße von ca. 300 Millionen führen (vgl. Stadt-FR v. 05.11.94). Diese Maßnahme wäre auch demokratiefeindlich, weil sie zu einer erheblichen Beschneidung der kommunalen Selbstverwaltung führen würde. Auch diese Entscheidung werden die Nichtbegünstigten durch erhöhte kommunale Gebühren und Abgaben sowie Streichung von sozialen Leistungen zu „zahlen“ haben.

So wird auch im neuen Jahr vom „tiefen Griff in des Bürgers Tasche“ berichtet werden müssen. Gleichzeitig aber müssen die Reichen und Unternehmer in einem immer geringeren Umfang zur Staatsfinanzierung beitragen. Das aus dem Grundgesetz abgeleitete Sozialstaatsprinzip wird weiter durchlöchert und der damit im Zusammenhang stehende Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungskraft fortschreitend zur Farce degradiert.

spw intern

Liebe Leserinnen und Leser, im vergangenen Jahr 1994 hat sich die „neue spw“ aus unserer Sicht positiv entwickelt, auch die politische Bedeutung der Zeitschrift und des spw-Zusammenhangs sowie die Zahl unserer AbonnentInnen sind deutlich gestiegen. Vielen Dank allen, die uns dabei unterstützt haben.

Um weitere Fortschritte zu erreichen, sind wir auch in Zukunft vor allem auf die Mithilfe unserer Leserinnen und Leser angewiesen. Bitte weist in Eurem Umfeld auf die spw hin und nutzt unsere *Werbekarten*, um Interessierte für ein Abonnement zu gewinnen oder ihnen Probehefte zu bestellen.

Wir suchen auch weitere GenossInnen, die bereit sind, als *VertriebsagentIn* für spw tätig zu werden. Diese erhalten von uns regelmäßig eine gemeinsam festzulegende Zahl der aktuellen Hefte und sonstigen Publikationen zu besonderen Konditionen und

mit Rückgaberecht, um sie in ihrem Umfeld und auf Veranstaltungen usw. weiterzuverkaufen und so auch den Bekanntheitsgrad von spw zu steigern und neue AbonnentInnen zu werben. Wer daran möglicherweise interessiert ist, melde sich bitte bei unserem Redaktionssekretär.

An dieser Stelle auch noch mal ein Hinweis auf den *Verein zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung*, der unsere Aktivitäten fördert und unterstützt. Mitglieder erhalten mehrmals jährlich Infos und Einladungen zu den Veranstaltungen des spw-Zusammenhangs. Die Beiträge zu diesem gemeinnützigen Verein sind steuerlich absetzbar. Wir bitten alle Freundinnen und Freunde unseres Projektes, diesem Verein beizutreten, weitere Informationen und Beitrittsformulare sind über das spw-Büro erhältlich.

In diesen Tagen wird übrigens auch der Abopreis für 1995 abgebucht oder die Rechnung zugesandt. Alle AbonnentInnen, die es noch nicht getan haben, möchten wir nochmals herzlich bitten, uns eine Genehmigung für den *Lastschriftzug* zu erteilen, da dies Verfahren uns und den AbonnentInnen einiges an Kosten und Arbeit erspart.

Im neuen Jahr 1995 gibt es auch bei spw einiges Neues:

- Die *Redaktion* ist erweitert worden. Neben den bisherigen Mitgliedern Gisela Becker, Uwe Kremer, Heiner Kockerbeck, Fiete Saß, Ralf Schmitz und Claudia Walther werden der Redaktion Ulrike Hensel, Christoph Meyer, Stefan Schostok, Joachim Schuster, Norbert Sprafke, Silvia Rosendahl und Reinhold Rünker angehören. Birgit Zerner verläßt die Redaktion wegen zunehmender beruflicher Belastung, wir danken ihr ganz herzlich für ihre in den letzten Jahren geleistete Arbeit und wünschen ihr alles Gute.
- Im *Sekretariat* des Verlags verläßt uns leider Kerstin Trostmann, auch ihr vielen Dank und die besten Wünsche. In Zukunft wird Montags und Dienstags Katja Masur als Verlagsmitarbeiterin im spw-Büro arbeiten. Der Redaktionssekretär Ralf Krämer ist in redaktionellen Angelegenheiten auch unter Tel. 0231-401411 zu erreichen.
- Von dem veränderten Umschlag und der anderen Papiersorte, die wie die bisherige aus 100% Recycling-Material produziert wird, erwarten wir uns ein ansprechenderes Erscheinungsbild und bessere Lesbarkeit und Wiedergabequalität der Fotos.

Bewegung im Bosnienkrieg?

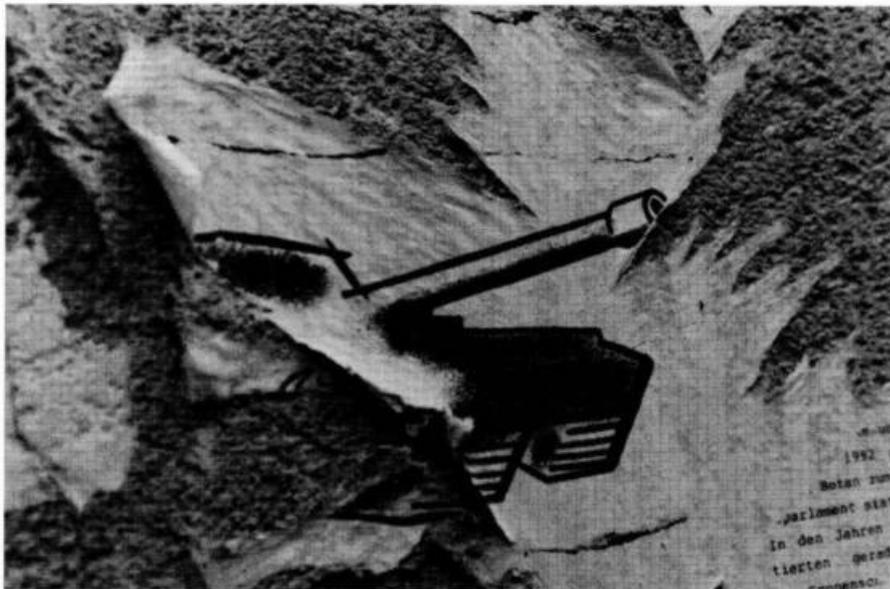
von Heiko Kretschmer*

Es kommt Bewegung in den Bosnienkrieg. Jimmy Carter, der Überbringer strategischer Wechsel in der US-Außenpolitik, hat einen Waffenstillstand erreicht, vielleicht den ersten mit einer Chance auf Erfolg. Nachdem Carter Nordkoreas Isolation beendete und den haitischen Machhabern mitteilte, daß die Clinton-Administration sie nicht mehr länger dulden werde, soll er nun den durch den Krieg geschaffenen Status quo akzeptieren.

Nachdem das wenig konsequent verfolgte Embargo gegen Serbien endlich griff, ließ Milosevic die serbischen Bosnier ihren Krieg alleine weiterführen, um sein Land nicht noch tiefer ins Desaster zu treiben. Damit stellte sich aber ein Kräftegleichgewicht zwischen den Kriegsparteien ein, das den Krieg mehr und mehr auf Kosten der Zivilbevölkerung verlängert, ohne daß die moslemischen Bosnier auch nur eine Chance hätten, noch Landgewinne zu erzielen. Sie hofften bisher auf die Unterstützung des Westens, die ihnen ja wieder und wieder vorgegaukelt wurde. Nicht zuletzt deswegen hatten sie sich mehrfach in aussichtslose Kämpfe geschmissen, da die NATO ja schon helfen werde. (Was sie aber auch nur gelegentlich tat.)

In den USA wurde aber von den Befürwortern militärischer Aktionen mittlerweile realisiert, daß Karadzic diesen Krieg gewonnen hat und nur eine massive Intervention mit Bodentruppen dies verhindern kann. Eine solche Intervention kommt allein schon der zu erwartenden hohen Verluste wegen für den Westen nicht in Frage. Daher stellen die westlichen Staaten die Moslems nun vor die Alternative, entweder den „Kriegsstand“ zu akzeptieren oder aber den Krieg bis zum bitteren Ende - von der UNO verlassen - alleine durchzustehen. George Bushs Jugoslawien-Experte George Kenny, der in den letzten Jahren einer der aktivsten Lobbyisten für die bosnische Regierung unter Alija Izetbegovic war, kündigte Anfang Dezember denn auch seine Solidarität mit der bosnischen Regierung auf und stellt gar fest: „Der Westen sollte der bosnischen Regierung eine Lösung aufzwingen.“

* Heiko Kretschmer, Marburg, stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender



Jeder weiß, daß die Moslems ungern alleingelassen sterben werden und daher den Abzug der UNO-Truppen zu verhindern versuchen. Darum ersinnt die NATO die irrsinnige Strategie, Blauhelm-Truppen der Vereinten Nationen im Rahmen eines Kampfeinsatzes der NATO aus Bosnien herauszubomben, um so den Bosnienkrieg von der politischen Tagesordnung streichen zu können. Eine tödliche Strategie, die obendrein die Frage an die islamischen Staaten richtet, ob sie sich weiterhin auf schriftliche Protestnoten beschränken oder ob sie militärisch auf die „Hilferufe“ aus Bosnien reagieren.

Die deutsche Tornado-Debatte

Genau diese mörderische Aufgabe sollen die deutschen Tornados mit ihrem ECR-System übernehmen. Von ihnen erhoffen sich die Militärs die Möglichkeit, den Abzug der Blauhelm-Truppen aus der Luft zu unterstützen. Die Tornados sollen Transporter-Flugzeuge schützen und Luftabwehrgeschütze der Serben entdecken und zerstören, bevor diese ihrerseits einen Angriff entfalten können. Es gibt mittlerweile etliche Zweifel, ob dieses Vorhaben militärtechnisch überhaupt funktioniert. Doch eines ist klar: Die Planungen sind perfide. Die Tornados leiten den

Abzug der Blauhelm-Soldaten und damit die nächste Stufe der Eskalation ein.

In der Diskussion in der Bundesrepublik wird hier eine bewußte Verdrehung der Tatsachen vorgenommen. Nicht - wie behauptet - die Eskalation des Krieges wäre der Auslöser für den Abzug der UN-Soldaten, sondern genau dieser Abzug ist Auslöser für die dann folgende Eskalation. Der Einsatz der Tornados diene also nicht dem Schutz der Blauhelm-Soldaten, sondern dem unkontrollierten Sterben in Bosnien. Dieses Sterben wird womöglich noch durch die von der neuen Mehrheit des US-Kongresses gewünschte Aufhebung des Waffen-Embargos gegen die moslemischen Bosnier angeheizt.

Dennoch ist die Tornado-Debatte in der Bundesrepublik ein geschickter Schachzug. Zum einen ist dies der wohl niederschwelligste denkbare Kampfeinsatz, in den die Bundeswehr involviert werden kann. Die Gefahr, daß deutsche Soldaten tot zurückkommen, ist zudem sehr gering. Andererseits steht die Opposition vollständig hilflos neben dieser Diskussion. Jeglichen Konzeptes entledigt, muß dies zu einem wirren Streit innerhalb der SPD führen. Der Parteivorsitzende will den Bündnispartnern und UN-Soldaten helfen, seine StellvertreterInnen Lafontaine und Wiczorek-Zeul wollen knapp 50 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges

nicht wieder deutsche Soldaten auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens einsetzen. Sie wissen, daß dies eskalierend wirken muß. Aber ein durchgängiges Konzept zur Bosnien-Politik oder gar zur bundesdeutschen Außenpolitik insgesamt haben auch sie nicht.

So ist die SPD gezwungen, jeden Konflikt erst wieder neu zu überdenken und nach wochenlangem Zögern widersprüchlich zu kommentieren. Schließlich führt dies Schritt für Schritt zur Anpassung der SPD an den Kurs der Militarisierung der bundesdeutschen Außenpolitik. Dieser Rechtsschwenk ist offensichtlich nur von den wenigsten Akteuren (z.B. Karsten Voigt) bewußt herbeigeführt, die meisten begehen ihn aus reiner Ideenlosigkeit. Das Verhalten der SPD nach der Explosion des Konfliktes um Tschetschenien demonstriert dies nachhaltig. Dies ist umso fataler, als gerade die Bundesrepublik im Konzert der großen Mächte stark genug ist, um dort eine andere Politik für Bosnien einzuleiten.

Für eine andere Bosnienpolitik

Wie muß eine solche „neue“ Bosnien-Politik aussehen? Eigentlich liegt es auf der Hand und die jüngsten Entwicklungen unterstreichen es nochmals. Dieser Krieg wird entweder von einer Seite gewonnen oder aber es ergibt sich eine Situation, in der beide Seiten glauben, daß sie eigene Vorteile aus diesem Friedensschluß ziehen können. Das umkämpfte Land kann jedoch nur einmal verteilt werden, die notwendigen Anreize für einen Friedensschluß müssen also von außen angeboten werden. Statt im Bosnien-Konflikt die Politik der UNO immer weiter zu militarisieren, hätte der Westen längst entsprechende Angebote machen müssen. Gleichzeitig muß sich die UNO wieder auf ihren humanitären Auftrag besinnen und allen Menschen gleichermaßen Kleidung, Essen, Decken, Medikamente etc. zur Verfügung stellen. Niemand kann glaubwürdig humanitär für alle Notleidenden tätig sein und gleichzeitig mittels Kampfeinsätze fliegender NATO-Staffeln direkt in diesen Krieg eingreifen. Daher muß die NATO vor jeglicher weiterer Aktion gestoppt werden.

Derweil muß die UNO einen Aufbauplan („Frieden gegen Wohlstand und Entwicklung“) für die gesamte Region entwickeln und die Gelder für ei-

nen solchen „Friedensaktionsplan“ aufreiben. Dieser Friedensaktionsplan ist die Grundlage für den Wiederaufbau einer Zivilgesellschaft, der notwendigen Infrastruktur, der Gesundheitsversorgung und des Bildungswesens. Die finanzielle Ausstattung eines solchen Fonds für einen Friedensaktionsplan ist allerdings an konkrete Schritte der Befriedung zu binden.

Ein erster Schritt des Friedensaktionsplans kann hier ein Abkommen zwischen den Kriegsparteien zur Schaffung waffenfreier Zonen und zur stufenweisen Entwaffnung sein. Denn hier hat Rudolf Scharping ja einmal Recht: Die Schutzzonen bieten den Menschen keinen Schutz vor bewaffneten Konflikten, dies bieten nur waffenfreie Zonen. Doch die entstehen nicht durch Appelle im Deutschen Bundestag. Auch jede erzwungene Entwaffnungsaktion eskaliert den Krieg nur weiter. Die NATO-Luftangriffe haben dies eindrucksvoll vor Augen geführt.

Wenn sich der Westen nun in der eingetretenen „No-win-situation“¹ den Friedensschluß „erkauft“, werden viele gerade auf der Linken aufschreien. Galt hier doch immer das Argument, daß diese Anerkennung des Status quo faktisch einen 70%igen Sieg Karadzics anerkennt, moralisch verwerflich und eine Ermunterung für jeden weiteren Potentaten in Europa sei, seine Ansprüche gewaltsam anzumelden.²

Dem sei hier erstens entgegnet, daß das Recht der bosnischen Menschen auf ihr eigenes Leben wohl das höchste moralische Gut ist, das es nicht sinnlos aufs Spiel zu setzen gilt. Zweitens wäre die Alternative des militärischen Eingreifens des Westens die Anerkennung der Politik Karadzics, daß Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, und damit letztlich eine Kapitulation vor der Politik der Gewalt in Europa.

Prävention von Krieg als zentrale Aufgabe

Drittens aber stellt ein solcher „Friedensaktionsplan“ eine Grundlage für gemeinsames Handeln der Vereinten Nationen dar. Dies wäre eine neue Qualität politischen Handelns, die von weiteren Maßnahmen (Errichtung einer International Development Organisation, Aufbau von Kapazitäten zum conflict-finding und zur Konfliktforschung, konsequenter Katalog positiver und ne-

gativer Sanktionen) begleitet werden muß, denn nur wenn die Vereinten Nationen künftig im Vorfeld einer gewalttätigen Eruption Konflikte regulieren, bestehen reale Chancen, diese Konflikte wirklich zu deeskalieren. Ernst-Otto Czempel³ betont korrekterweise, daß Kriege nach ihrem Ausbruch nicht mehr in jedem Fall zu schlichten sind, sondern sich - im brutalen Sinne dieses Wortes - nur noch totlaufen können. Denn dort, wo Krieg beginnt, ist Politik beendet. Wer also sichergehen will, einen Konflikt zu regulieren und unterhalb der Ebene eines bewaffneten Konfliktes beizulegen, der muß vor der Eruption der Gewalt auf den Plan treten. Auch hier spricht das jüngste Beispiel in Tschetschenien Bände. Hätte der Westen vor dem blutigen Morden von Grosny agiert, wäre dieser Konflikt nie so eskaliert. Mögliche Kompromisse ließen sich ja offenbar finden, wenn man russischen MenschenrechtlerInnen Glauben schenken darf.

Bevor eine Regierung und das Militär die eigene Bevölkerung in den Krieg schicken kann, muß sie die entsprechende Bereitschaft der Menschen erzeugt haben. Schließlich stirbt niemand gerne einfach so. Jede Kriegsabsicht oder auch nur jeder Versuch, einen Konflikt bis an die Grenzen eines Krieges zu eskalieren, muß durch entsprechende Eingriffe in das gesellschaftliche Bewußtsein der Menschen vorbereitet werden. Die Zivilgesellschaft muß ebenso kriegsvorbereitend formiert werden. Dieser Vorgang wird mit Zunahme der Komplexität der jeweiligen Zivilgesellschaft immer schwieriger. Nur wer die Not des eigenen Volkes mißbrauchen, mit den Ängsten spielen und Haß in den Köpfen der Menschen erzeugen kann, wird einen Krieg vom Zaune brechen können, ohne daß die eigenen Leute aufbegehren. In diesen Prozeß gesellschaftlicher Formierung muß von außen eingegriffen werden. Es ist erforderlich, den Menschen in Bosnien Alternativen und Perspektiven aufzuzeigen.

1 Zur Beschreibung der „No-win-situation“ siehe auch: N. Mappes-Niedeck: Nach Bihac, in: Bl. f. dt. u. internat. Politik 1/95, S. 7

2 Dem stellen dann ja Poppe, Cohn-Bendit oder Duwe bezeichnenderweise auch eine „humanitäre Intervention zur Wiederherstellung eines multi-ethnischen Bosnien“ entgegen, eine Idee, deren Formulierung sich schon selber widerspricht. Oder wollen sie neben jedem Haus in Bosnien einen Soldaten stationieren?

3 E.O. Czempel: Funktion und Reformbedarf des Weltsicherheitsrates, in: Bl. f. dt. u. internat. Politik 11/94, S. 1330

Das "neue Asyl(un)recht"

Bilanz und Ausblick

von Heiko Kauffmann*

Am 01.07.1993 hat der Bundestag mit Zweidrittelmehrheit das Grundgesetz geändert und damit ein neues Asylrecht geschaffen, bzw. das bis dahin bestehende Asylrecht fast vollkommen abgeschafft. Am 01.11.1993 trat das dazugehörige novellierte Ausländer- und Asylverfahrensgesetz in Kraft und das neu geschaffene Asylbewerberleistungsgesetz.

Die Auswirkungen des neuen Asylrechts werden von der Bundesregierung als großer Erfolg betrachtet. Statistisch hat es dazu geführt, daß die Zahl der Asylbewerber in 1994 gegenüber dem Vergleichszeitraum 1993 um fast zwei Drittel zurückgegangen ist.

Schon im Vorfeld hatten viele Organisationen und Einzelpersonen vor dieser Grundgesetzänderung gewarnt - und nach über einem Jahr Abschiebungs- und Asylverhinderungspraxis hat die Wirklichkeit viele Befürchtungen noch übertroffen.

Wir haben:

- exteritoriale Lager auf Flughafengebieten für Flüchtlinge aus sog. sicheren Herkunftsländern und für die, deren Reisedokumente fehlen oder gefälscht sind,
- sog. sichere Herkunftsländer, von denen viele nach den Belegen von amnesty international, Menschenrechtsorganisationen und der UN als solche überhaupt nicht eingestuft werden können,
- das Prinzip der sog. sicheren Drittstaaten, wonach nicht mehr der Fluchtgrund, sondern der Fluchtweg maßgebend ist,
- die im Schnellverfahren arbeitenden Außenstellen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge mit Anhörungen, die oftmals mit ungeeigneten Dolmetschern durchgeführt werden,
- immer mehr Lager und Sammelunterkünfte in Deutschland,
- die Gutscheine- bzw. Gemeinschaftsverpflegungspraxis,

- eine rigorose Abschiebungspraxis, flankiert durch neu eingerichtete Haft Häuser und spezielle Abschiebegefängnisse, in denen Menschen eingesperrt werden, ohne kriminell zu sein,
- Rückübernahmeabkommen, die täglich Menschen ins Elend deportieren; Rückübernahmeabkommen, über die der Bundesinnenminister sagt, "es sei ihm egal, ob dieser andere Staat das Prüfungsverfahren durchführt oder ob er sich seiner Pflicht entledigt",
- von diesem Innenminister eingesetzte Späh-Hubschrauber gegen Flüchtlinge, Infrarot-Technik im Grenzüberwachungsgebiet ...
- nach wie vor Entscheidungen des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, die Asylsuchenden immer wieder (etwa vergewaltigten Flüchtlingsfrauen aus Bosnien) die Anerkennung versagen, ihnen darüber hinaus zynischerweise auch noch den Abschiebungsschutz versagen - ebenso wird Kurden, Palästinensern und anderen Bürgerkriegsopfern notwendiger Schutz regelmäßig vorenthalten und Menschen aus den Kriegs- und Bürgerkriegsgebieten in Afrika, wo die heftigsten und grausamsten Kämpfe toben, kommen laut entsprechender Bescheide aus Regionen, in die angeblich gefahrlos abgeschoben werden kann ...

Was wir nicht haben - und das sollte ja nun auch nach Aussagen vieler VerfechterInnen der Asylrechtsänderung in der SPD ein positiver Effekt der Grundgesetzänderung sein - ist,

- die versprochene Bleiberechtsregelung und der Sonderstatus für Flüchtlinge aus Bürgerkriegsgebieten, die dadurch weiterhin oftmals einer inhumanen Verfahrenspraxis ausgesetzt sind.

Der Zustand der Republik

Im Kern der Debatte über die Änderung des Artikels 16 des Grundgesetzes - und in der Art sie zu führen - ging es nicht vorrangig um Flüchtlinge und ZuwandererInnen, sondern um uns selbst, den Zustand der Republik :

- Die Demontage des Grundrechts auf Asyl war nur die erste Etappe in einem Verteilungskampf, dessen zweite Runde wir gegenwärtig im weiteren Abbau von

Sozialleistungen, höheren Belastungen der ArbeitnehmerInnen und dem Versuch erleben, weitere demokratische Rechte und Errungenschaften abzubauen.

• Die Debatte um die Änderung des Asylrechts und die gebetsmühlenartige Wiederholung der Aussage "die Bundesrepublik Deutschland sei kein Einwanderungsland" hat mehr zur Entstehung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in diesem Land beigetragen als alles andere. Denn eine solche "Lebenslüge" macht es kurzfristig einfacher, wegzusehen, wegzudrängen, auszugrenzen, den anderen und die anderen nicht wahrnehmen zu wollen, sich über sie zu erheben und nur sich selbst, seine eigenen Rechte und sein eigenes Wohlergehen zu sehen.

• Dem individuellen Rassismus der Rechtsradikalen und Verführten wird durch noch so viele pädagogischen Aufklärungsprogramme nicht erfolgreich begegnet werden können, wenn die politischen Parteien nicht endlich bereit sind, den institutionellen Rassismus dieser Gesellschaft abzuschaffen, der sich in dieser Lebenslüge und den daraus abgeleiteten Maßnahmen, Asylbeschleunigungsgesetzen, Verfahrensvorschriften, minderen Sonder-"Rechten" und in der Verweigerung der Einleitung gesellschaftlicher Reformen mit dem Ziel der Herstellung weltweiter sozialer Gerechtigkeit ausdrückt.

Der Norden ist verantwortlich

Auch wenn sich die Asylgesetze und die Flüchtlingszahlen hier ändern - die Fluchtursachen in den Herkunftsländern der Flüchtlinge haben sich nicht geändert. Für sie tragen die Industrienationen - an entscheidender Stelle auch Deutschland - aus politischen und ökonomischen Gründen eine so hohe Verantwortung, wie sie selbst fortwährend Ursachenfaktor für die Verarmung der Dritten Welt, für ungerechte Wirtschaftsstrukturen, für Waffenexporte und für die Aufrechterhaltung von Terrorregimen sind. Die westliche, unsere Art zu wirtschaften, unser Lebensstil fordern täglich mehr Opfer und be-

* Heiko Kauffmann ist Sprecher der Flüchtlingsorganisation Pro Asyl e.V.. Pro Asyl ist die Bundesarbeitsgemeinschaft, in der sich Flüchtlingsräte, Vertreter von Menschenrechtsorganisationen, Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Initiativen für die Verbesserung der Situation von Flüchtlingen und des Flüchtlings-schutzes zusammengeschlossen haben.

schwören den ökologischen Kollaps herauf. So bringt der Verfall der Rohstoffpreise unserer Wirtschaft Vorteile in Milliardenhöhe.

Dabei geht - gemäß eines Berichtes von Pro Asyl - mit den verschärften rechtlichen Bedingungen einher eine zunehmende Leisetreterei der Bundesregierung gegenüber Staaten mit schweren Menschenrechtsverletzungen und einem innenpolitisch nur noch „kosmetischen Menschenrechtsschutz“ für Flüchtlinge. Viele Lageberichte des Auswärtigen Amtes legen die Vermutung „einer absichtsvollen Verharmlosung der Menschenrechtssituation in vielen Herkunftsländern“ nahe, die zur Nichtanerkennung vieler bedrohter Flüchtlinge führt. Es ist politische Heuchelei, den Krieg in „Ex-Jugoslawien“ zwar als „völkerrechtswidrig“ anzuprangern, aber denjenigen Zuflucht und Hilfe zu versagen, die ihm entfliehen. Auch der UNHCR hat wiederholt gefordert, Abschiebungsschutz auch für Flüchtlinge zu gewähren, die zum Zeitpunkt ihrer Flucht gezwungen waren oder bei ihrer Rückkehr gezwungen wären, an völkerrechtswidrigen Handlungen teilzunehmen und bei denen insofern eine potentielle Strafe für Desertion oder für Nichtbefolgung der Einberufung als Verfolgung angesehen werden muß.

Zusammengefaßt muß gesagt werden:

- Die deutsche Asyl- und Ausländerpolitik der letzten 30 Jahre, die sich vor allem in einer zunehmenden Verschärfung von Gesetzen ausdrückt, ist grundsätzlich gescheitert;
- eine glaubwürdige Flüchtlings- und Migrationspolitik kann und darf sich nicht auf administrative Abwehrmaßnahmen gründen;
- ein rein juristisches Instrumentarium von asyl- und ausländerrechtlichen Maßnahmen ist untauglich, den Auswirkungen globaler Entwicklungen angemessen zu begegnen;
- der übliche verengte Blick nationaler Egoismen und eine rein reaktive Asylpolitik, die vorrangig nur die für die westlichen Aufnahmeländer sich ergebenden Folgen und Konsequenzen der Flucht, nicht aber deren Wurzeln und Entstehungsbedingungen untersucht, wird nicht zur Lösung des weltweiten Flüchtlingsproblems beitragen, sondern es eher noch verschärfen und zu einer Zunahme von Ressentiments und Rassismus beitragen.

Eine umfassende Flüchtlings- und Migrationspolitik muß vor allem die zunehmende Komplexität von Fluchtursachen, die Lebensrealität und die Bedingungen von Flüchtlingen berücksichtigen, die sie zur Flucht treiben. Nicht die Flüchtlinge, sondern die Fluchtursachen sind zu beseitigen.

Im Mittelpunkt unserer innergesellschaftlichen Herausforderung steht künftig die Aufgabe, die Würde des Menschen, und zwar aller Menschen in Deutschland zu wahren. Es geht um den Artikel 1 unserer Verfassung und damit um die Substanz dieses Staates. Nicht mehr Einmischung des Nordens, sondern Einmischung im Norden müssen die Bürger- und Menschenrechtsbewegungen als zentrale Aufgabe erkennen. Ziel kann nur eine auf mehr Partizipation und Demokratie ausgerichtete Weltgemeinschaft sein, die alle

Nicht mehr Einmischung des Nordens, sondern Einmischung im Norden müssen die Bürger- und Menschenrechtsbewegungen als zentrale Aufgabe erkennen.

überleben läßt und geeignete globale Umverteilungsprozesse in die Wege leitet.

Mindestanforderungen an ein neues Asylrecht

Die Organisation Pro Asyl hat auf der Grundlage der Erfahrungen eine Liste mit Mindestanforderungen an ein neues Asylrecht vorgelegt:

- Die *Drittstaatenregelung* ist auszusetzen, denn sog. „sichere Drittstaaten“ haben sich in der Praxis als nicht sicher erwiesen.
- Die *Anhörung des/der Ausländer/in* darf frühestens am 7. Tag nach der Einreise, nach einer Gelegenheit zur Verfahrensberatung in eigener Sprache und Gelegenheit zur schriftlichen Antragsbegündung durchgeführt werden.
- Für Klagen und Anträge auf Gewährung vorläufigen Rechtsschutzes sollte die *Rechtsmittelfrist* einheitlich einen Monat betragen. Die *Ausreisefrist* hat auf jeden Fall mindestens einen Monat zu betragen und darf erst nach Ablauf der Rechtsmittelfrist beginnen.

- Die Regelungen über sog. „*sichere Herkunftsstaaten*“ und für die *Läger an Flughäfen* sind ersatzlos zu streichen.
- Sämtliche Sonderregelungen bezüglich der Zustellungsvorschriften sind ersatzlos zu streichen.
- Die Institution des *Bundesbeauftragten* ist abzuschaffen.
- Der gesetzliche Zwang zur Unterbringung in *Sammellagern* ist zu beenden.
- Dem/der Asylantragsteller/in ist Gelegenheit zu geben, in der Erstaufnahmeeinrichtung von der Möglichkeit einer *unabhängigen Rechts- und Verfahrensberatung* Gebrauch zu machen.
- Bei der Feststellung von *Abschiebehindernissen* ist eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen.
- Die Bundesländer müssen das Recht erhalten, *Abschiebestopps* in eigener Kompetenz zu erlassen.
- *Inhaftierungen* lediglich zur Sicherung der Abschiebungen sind unzulässig.
- Ein eigener Rechtsstatus für *Bürgerkriegsflüchtlinge* muß endlich verwirklicht werden.
- Als *Altfallregelung* ist zu fordern:
 - Alle Flüchtlinge, die bisher vom Bundesamt anerkannt wurden, werden letztinstanzlich Anerkannten gleichgestellt.
 - Flüchtlinge aus Ländern mit hoher Anerkennungsquote, deren Verfahren vor dem 01.01.93 eingeleitet wurden und seitdem anhängig sind, erhalten auf Antrag und bei Rücknahme des Asylantrages eine Aufenthaltsbefugnis und Arbeitserlaubnis.
 - Flüchtlinge, deren Asylverfahren zum Zeitpunkt der Verabschiedung dieser Regelung bereits vier Jahre und länger anhängig sind, erhalten auf Antrag und bei Rücknahme des Asylantrages eine Aufenthaltsbefugnis und eine Arbeitserlaubnis.
 - Flüchtlinge, die seit dem 01.01.91 wegen tatsächlicher oder rechtlicher Abschiebehindernisse im Besitz einer Duldung sind, erhalten eine Aufenthaltsbefugnis und Arbeitserlaubnis.
- Das *Asylbewerberleistungsgesetz* ist ersatzlos zu streichen.

Darüber hinaus ist ein europäisches Asylrecht erforderlich, das die Standards umsetzt, wie sie in den Empfehlungen des Exekutivkomitees der Hohen Flüchtlingskommissarin der Vereinten Nationen, den Empfehlungen des Europarates und im Handbuch der Hohen Flüchtlingskommissarin enthalten sind.

Energiestreit statt Energiekonsens

Initiativen ohne die Energiewirtschaft

von Hermann Scheer*

Der Angriff der Stromwirtschaft

Die Bemühungen um einen „Energiekonsens“ sollen im neuen Jahr wieder beginnen. Sie waren Ende 1993 gescheitert. Der Verfasser dieses Kommentars war bereits vor der ersten Runde der sogenannten Energiekonsensgespräche skeptisch über deren Sinn. Es mochte mir nicht einleuchten, warum ausgerechnet diejenigen Teile der Energiewirtschaft besonders konsenswillig sein sollten, die bei einem konsequenten Energieeffizienzkurs und Umstieg auf erneuerbare Energien die Abschreibung ihrer Investitionen gefährdet sehen müßten und damit die Verlierer einer ökologischen Energiewende wären. Der Verdacht lag und liegt nahe, daß sie unter „Energiekonsens“ ein Investitionsschutzabkommen verstehen, was angesichts der langen Laufzeiten von Kraftwerken gleichbedeutend ist mit einer Bestandsgarantie und damit einer strukturkonservativen Einmauerung der Energiewirtschaft.

Es leuchtet mir auch nicht ein, warum die politischen Institutionen, deren Auftrag die Gestaltung der allgemeinen Rahmenbedingungen nach Maßgabe des öffentlichen Interesses ist, ihre Gestaltungscompetenz an nicht gleichermaßen legitimierte Gesprächspartner abgeben sollen. M.a.W.: Politische Repräsentanten in der Demokratie sollen viele Gespräche führen, politisch entscheiden dürfen und müssen sie allein. Konsensverträge zwischen öffentlichen und privaten Händen sind kein Ersatz für die Gesetzgebungskompetenz demokratisch gewählter Parlamente.

Mehr und mehr zeigt sich überdies in den letzten Wochen, was die Stromwirtschaft tatsächlich vorhat: Sie macht mobil gegen die erneuerbaren Energien, um deren Totalblockade zu erzwingen. Deutlichster Hinweis dafür ist die Kampagne gegen das Stromeinspeisungsgesetz für erneuerbare Energien, das der Verband der deutschen Elektrizitätswirtschaft (VDEW) weghaben

will. Die Folge wäre, daß die hoffnungsvollen Anfänge in der Windenergie einen tödlichen Riß erhalten würden. Da der VDEW aber weiß, daß über den Bundestag das Einspeisungsgesetz nicht mehr zu kippen ist, versucht er mittlerweile aufgrund eines gekauften Gutachtens die Verfassungswidrigkeit zu unterstellen und droht mit einer Verfassungsklage - eine Art Eröffnungszug für die „Energiekonsensgespräche“. Der Spruch des Verfassungsgerichts gegen den Kohlepfennig dient dem VDEW als Beleg auch für die Verfassungswidrigkeit des Einspeisungsgesetzes.

Alleine das letzte Beispiel zeigt, wie wenig von einem Energiekonsens zu erwarten ist, der im wesentlichen darauf hinauslaufen soll, daß ein Investitionsschutzabkommen für die Energiewirtschaft getätigt wird. Dabei wird es bestenfalls auch landen, weil die Energiekonsensgespräche praktisch zwischen Regierung, Parteien und den großen Energieversorgungsunternehmen geplant sind. In Wahrheit ist es aber nötig, Initiativen zu entwickeln, die über die jetzige Energiewirtschaft hinausgehen, weil die solare Zukunft ganz andere Träger braucht und haben wird.

Fragwürdige Regelungen in der Energiewirtschaft

Die Erfahrung zeigt, daß Kampagnen der oben dargestellten Art dann ihre Wirkung entfalten, wenn nicht massiv und präzise gegengehalten wird. Wir müssen entschiedener und deutlicher als bisher herausarbeiten, daß es sich bei dem Stromeinspeisungsgesetz nicht um eine Subvention handelt, wie es selbst Landesregierungen immer wieder behaupten. Es handelt sich um einen garantierten Marktzugang gegenüber Energiekonzernen, die ihre regionale Monopolstellung diskriminierend gegen die erneuerbaren Energien ausnutzen. Wenn es zu einer Auseinandersetzung vor dem Verfassungsgericht kommen sollte, dann wird es im Gegenzug unvermeidlich notwendig werden, die Verfassungsmäßig-

keit zahlreicher gegenwärtiger Energiewirtschaftsregeln in Frage zu stellen, z.B.

- die mangelnde Preisgestehungstransparenz der Stromwirtschaft insgesamt;
- die skandalös niedrigen Haftungsgrenzen bei Atomkraftwerkunfällen;
- die Fragen der Eigentumsrechte der Stromleitungen, die von Stromkunden oder privaten Stromeinspeisern bezahlt wurden;
- die Möglichkeiten der Stromwirtschaft, über die Rücklagen für den Abbruch von Kraftwerken selbst laufend verfügen zu können, während Windkraftbetreiber dies nicht dürfen;
- die Frage, ob ein Wirtschaftszweig seine Monopolgewinne so nutzen darf, daß er sich mehr und mehr andere Wirtschaftsbereiche unter den Nagel reißen kann.

Es kann sein, daß die nächste Runde des Konflikts zwischen Energie-Restoration oder Energiewende mehr vor Gerichten als im Parlament ausgetragen werden muß. Wünschenswert wäre das nicht, aber vielleicht ist es unausweichlich. Jedenfalls muß man sich dafür wappnen.

Kostengerechte Vergütung und/oder Zuschüsse?

Daß die herkömmliche Stromwirtschaft gegen kostengerechte Vergütungen ebenso ist wie gegen das Stromeinspeisungsgesetz (dessen gesetzlich garantierte Vergütung zumindest bei Solarzellen und auch noch bei Windkraftanlagen im Binnenland unterhalb der Kostendeckung liegt), überrascht nicht. Wenn schon, so ihr Standpunkt, dann soll die öffentliche Hand Zuschüsse geben. Sie sagt das aus zwei Gründen: Zum einen, weil die Zuschüsse von den öffentlichen Händen bezahlt werden, aber eine Stromvergütung von ihnen selbst zu bezahlen ist; zum anderen, weil sie darauf hofft, daß Bund, Länder und Gemeinden sowieso nicht mehr genug Geld in den Kassen halten, um ein Zu-

* Hermann Scheer MdB, Vorsitzender der europäischen Sonnenenergievereinigung EUROSO-LAR

schußprogramm in einer Größenordnung und Breitenwirkung aufzulegen, die ihnen an die Nieren ihrer jetzigen Produktions- und Verteilungsstrukturen gehen würden. Wenn es aber um ein großes öffentliches Programm aus Steuermitteln geht - etwa ein 100.000-Dächer und -Fassadenprogramm für Solarzellen -, ist die Stromwirtschaft folgerichtig auch dagegen. Was die Position der Stromwirtschaft betrifft, so ist sie im Kern gegen jedes Breitenprogramm für erneuerbare Energien, ob durch kostengerechte Vergütung oder durch Zuschüsse. Es geht ihr nicht um ein Fördermodell, sondern um die Blockierung einer ernsthaften Alternative. Zweifellos ist nämlich eine kostengerechte Vergütung für eingespeisten Strom aus erneuerbaren Energien die optimale Einführungschance. Generell eingeführt - d.h. bundes- oder europagesetzlich - würde sich die energiewirtschaftliche Struktur in Windeseile ökologisieren lassen.

Schon vorab ist es in letzter Zeit gelungen, in einer Reihe deutscher Städte - Aachen, Bonn, Freising u.a.m. - eine kostengerechte Vergütung durchzusetzen. EUROSOLAR hat eine nicht unwichtige Rolle gespielt, als es um die Durchfechtung der energieaufsichtsrechtlichen Genehmigung des „Aachener Modells“ in der nordrhein-westfälischen Landesregierung ging. Wir haben über die Arbeit der Regionalgruppen dieses Konzept in Hamburg, Bonn oder Berlin auf die Tagesordnung gebracht. Von EUROSOLAR stammt auch das Konzept eines 100.000-Dächer-Programms, also ein Zuschußkonzept, und ich selbst habe dies in das Wahlprogramm der SPD gebracht. Zuschüsse für die Installation von Stromanlagen für erneuerbare Energien auf der einen und kostengerechte Vergütung für dadurch erzeugten Strom auf der anderen Seite: Über das Verhältnis beider Konzepte beginnt sich bei „uns“ (d.h. in den Solarenergieorganisationen) eine Kontroverse abzuzeichnen, die einer konstruktiven Klärung bedarf. Entscheidend sind aus meiner Sicht die sich unterschiedlich entwickelnden Realitäten:

Kommunale Initiativen und Zuschußkonzepte nötig

Die eine Realität ist, daß - nach dem ersten Dambruch zu Beschlüssen für

eine kostengerechte Vergütung - nunmehr die Chance für kommunale Initiativen viel größer geworden ist, für diese zu mobilisieren und politische Mehrheitsbeschlüsse dafür zu erwirken. *Solche Initiativen haben politischen Vorrang.* Sie entfalten aber ihre Wirkung nur auf der Ebene solcher Gemeinden, die über ein eigenes Stromnetz - und damit über einen autonomen Rahmen für solche Entscheidungen - verfügen, und in denen es kommunalen Initiativen für Solarenergie gelingt, erfolgreich die kommunale Öffentlichkeit zu mobilisieren und Mehrheitsbeschlüsse durchzusetzen.

Die andere Realität ist, daß es vorläufig noch unwahrscheinlich ist, daß sich eine kostengerechte Vergütung bundesweit - durch eine entsprechende Novelle des Einspeisegesetzes - durchsetzen. Angesichts der programmatischen Profile der mehrheitsbildenden Kräfte im Bundestag und Bundesrat in dieser Frage ist gegenwärtig vielleicht eine geringfügige Verbesserung des Stromeinspeisegesetzes erreichbar, aber noch nicht der Sprung in eine kostengerechte Vergütung. Diese bundesweit für jeden Strom aus erneuerbaren Energien durchzusetzen, wird wohl erst möglich sein, wenn der öffentliche Druck auf die gesetzgebenden Organe zugunsten erneuerbarer Energien massiv verstärkt worden ist, nicht zuletzt mit Hilfe von vermehrten und erfolgreich praktizierten kommunalen Modellen.

Bis dahin sind aber noch Zuschußkonzepte nötig - vor allem dort, wo die Kommunen nicht über eigene Stromnetze verfügen, also für die unmittelbaren Versorgungsgebiete der großen Energieversorgungsunternehmen. Klar ist, daß derartige Zuschüsse nur eine Krücke sind und ein allgemeinverbindliches Ordnungsmodell nicht ersetzen können. Wenn man von Zuschüssen redet, sollte man im übrigen aber auch den entscheidenden Unterschied zwischen minimalen Alibibeträgen und der großangelegten Initiative für ein 100.000-Dächer-Programm betonen. Ein solches würde auch den bisherigen Bürokratismus von Zuschüssen vermeiden und die KWh-Kosten auf 30-35 Pfennige senken. Die Erfolgchancen einer bundesweiten Initiative für die kostendeckende Vergütung würden dadurch entscheidend angehoben werden.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Das Buch zum Zeitgeschehen.
Monatlich.

Zuletzt schrieben in den Blättern u.a.:

Jörg Huffschmid · Rossana Rossanda · Claus Leggewie · Ingeborg Maus · Detlef Hensche · Werner Van Gent · Klaus Segbers · Mohssen Massarat · Hans Arnold · Marian Dobrosielski · Arno Klönne · Andrej Fadin · Walter Boehlich · Norberto Bobbio · György Dalos · Ilse Staff · Helmut Dubiel · Eberhard Rondholz · Dan Diner · Elmar Altwater · Franz Ansprenger · Svebor Dizdarevic · Jeremmy Leaman · Bernd Weisbrod · Heinrich Senfft · Vladimir Choros

Themen zuletzt u.a.:

Gralshüter der Nation · Somalisierung Afrikas? Der Kontinent zwischen Chaos und Pax Africana · Das ethische Minimum der Demokratie · Frontverläufe im algerischen Bürgerkrieg · Blauhelme: Hoffnung und Alldruck der Vereinten Nationen · Afghanistan mit variabler Geometrie · IWF und Weltbank unter Reformdruck · Kinderklonen · Gewalt in der Gesellschaftswelt · Gewerkschaften: Teil des Problems, Teil der Lösung? · Folgeszenarien der jugoslawischen Auflösungskriege · Die Neukonstituierung einer Bürgergesellschaft · Umriss eines Neuen Wohlstandsmodells · Weimar und Bonn · Ökologische Marktwirtschaft und Rekonstruktion des Sozialen

Jeden Monat
128 Seiten
Analysen, Alternativen,
Kommentare,
Chronik, Kritik,
Dokumente.

Einzelheft 14 DM (plus Versand),
Probeabonnement (die nächsten beiden
Ausgaben) 19 DM
Jahresabonnement (12 Ausgaben) 109,80 DM
ermäßigtes Jahresabo (12 Ausgaben) 85,80 DM
(Abos jeweils incl. Versand)

BESTELLUNGEN UND
KOSTENLOSES PROBEHEFT

beim
BLÄTTER-VERLAG
STICHWORT · SPW ·
BERTHA-VON-SUTTNER-PLATZ 6
53111 BONN
TEL. 0228/65 01 33 FAX 0228/65 02 51

Schutz des Menschen und der Umwelt

von Detlef Bimboes*

Rezension zu: Enquete-Kommission "Schutz des Menschen und der Umwelt" des Deutschen Bundestages (Hrsg.): Die Industriegesellschaft gestalten - Perspektiven für einen nachhaltigen Umgang mit Stoff- und Materialströmen (BT-Drucksache Nr. 12/8260), Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Bonn 1994, 362 Seiten, DM 28,- zzgl. Porto.

Aufgrund der Erkenntnis, daß ein Politikbereich fehlte, der als Gegenstück zur Energiepolitik die stofflich-materielle Seite des Wirtschaftens und der Umweltbeanspruchung zum Gegenstand hat, ist vom Deutschen Bundestag auf Antrag der SPD-Fraktion Anfang 1992 eine Enquete-Kommission zu diesem Themenfeld eingerichtet worden. Nach zweieinhalbjähriger Tätigkeit hat die Kommission nun ihren Bericht der Öffentlichkeit vorgelegt. Er gehört in die Hand aller, die sich ernsthaft und differenziert mit der stofflichen und ökologischen Seite industriellen Wirtschaftens befassen (wollen) und komprimiert neuere und neueste wissenschaftlich-technische Erkenntnisse, offene Problemstellungen, Handlungsfelder, Lösungsansätze, Anregungen und natürlich auch die Widerstände gegenüber einem angeblich zu weit gehenden Umweltschutz kennenlernen möchten. Dabei ist die komplizierte Materie über weite Strecken so verständlich und lesbar aufbereitet worden, daß sie auch all denjenigen recht gut zugänglich wird, die nicht Natur- oder Ingenieurwissenschaften studiert haben.

Auf der Basis von Leitbildern, die aus dem Konzept des "sustainable development" (d.h. einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung) entwickelt wurden, ist es der Kommission gelungen, Konturen einer hierfür erforderlichen Stoffpolitik und Ansätze für ein Stoffstrommanagement zu erarbeiten. Unter Stoffpolitik ist die Gesamtheit der politischen Maßnahmen zu verstehen, mit denen Einfluß auf Art und Umfang der Stoffbereitstellung, der Stoffnutzung sowie der Abfallentsor-

gung genommen wird, um angesichts der Begrenztheit der Ressourcen und der eingeschränkten Belastbarkeit der Umweltmedien die stoffliche Grundlage der Wirtschaft langfristig zu sichern. Unter dem Management von Stoffströmen wird das zielorientierte, verantwortliche, ganzheitliche und effiziente Beeinflussen von Stoffsystemen verstanden, wobei die Zielvorgaben aus dem ökologischen und dem ökonomischen Bereich unter Berücksichtigung sozialer Belange kommen. Stoffstrommanagement ist die Antwort auf die sichtbar gewordenen Grenzen des bislang medienbezogen organisierten Umweltschutzes.

Neben diesen konzeptionellen Arbeiten sind detaillierte Stoffstrombetrachtungen zu Einzelstoffen (Benzol, Cadmium und FCKW-Ersatzstoffe), zu Bedürfnisfeldern (Textilien/Kleidung und Mobilität) und zu dem umstrittenen Produktionssektor der Chlorchemie erarbeitet worden.

Die streckenweise sehr vorsichtige und recht allgemein gehaltenen Formulierungen des Berichtes sind nicht nur durch die Komplexität des Themenfeldes und durch die, gemessen am Umfang der Aufgabe, sehr begrenzte Bearbeitungszeit begründet. Aufgrund des in der Kommission vertretenen breiten Spektrums politischer Auffassungen, einer Mehrheit für CDU/CSU und FDP und spezifischer wirtschaftlicher Interessen führte die berühmte Suche nach dem Kompromiß dazu, daß strittige Fragen weitgehend ausgeklammert wurden.

Während im Hinblick auf normative Fragen und strategische Grundsätze weitgehende Übereinstimmung erzielt werden konnte, wurden bei der Bewertung der Fallbeispiele und der Diskussion konkreter Handlungsempfehlungen erhebliche Auffassungsunterschiede deutlich, die u.a. ihren Niederschlag in Minderheitsvoten fanden. So konnte sich z.B. die SPD mit ihrer Forderung nach einem Verbot bestimmter kurzlebiger PVC-Produkte und von PVC-Verbundwerkstoffen trotz Unterstützung durch IG-Chemie und Umweltorganisationen nicht gegenüber der Mehrheit von CDU/CSU und FDP durchsetzen.

Klare Handlungsvorschläge der Kommission für die nächste Bundesregierung fehlen deshalb in dem vorgelegten Bericht. Angesichts der politischen Mehrheitsverhältnisse in der Kommission ist das durchaus nachvollziehbar. Und deshalb muß genau auch hier die Kritik ansetzen. Schließlich setzt die Kommission selbst auf harte, machbare und nachprüfbar Umweltziele für alle "Stoffdealer", wie es Rainer Grießhammer vom Öko-Institut so schön ausdrückte: wie beim Umwelt-Leitplan der Niederlande sollen für die wichtigsten Problembereiche und Stoff-Emissionen Reduktionsziele sowie Zeitpläne per Gesetz festgelegt werden. Nur dann kommt die Umweltpolitik weg vom "Giftstoff des Monats", Last-Minute-Umweltschutz, immer aufwendigeren End-of-Pipe-Technologien, immer größerer Komplexität der Gesetzgebung und steigender Verbürokratisierung des Umweltschutzes.

Aus der großen Zahl in dem Bericht breit dargestellter Handlungsansätze hätten leicht einige wesentliche Handlungsvorschläge für die Zukunft zusammengestellt werden können: ökologische Steuerreform, Einstieg in die Reform des Ordnungsrechts mit Umweltzielen (z.B. Erweiterung des Chemikaliengesetzes zum Stoffgesetz), die Einführung sog. "weicher" präventiver Instrumente im Umweltschutz (insbes. betriebsbezogene Umweltmanagement- und Umweltberichtssysteme) und die Verschärfung des Haftungsrechts. Keine Frage, diesen Vorschlägen gehört die Zukunft.

Die Kommission hat eine Fortsetzung ihrer Arbeit in der nächsten Legislaturperiode vorgeschlagen. Die bislang vorliegenden umfangreichen Ergebnisse sollen dann einer abschließenden und systematischen Aufarbeitung zugeführt werden. Man darf gespannt sein, ob die Arbeit dann jene konkreten und zugespitzten Handlungsempfehlungen enthält, die diesmal aufgrund widerstreitender Interessenlagen auf der Strecke blieben.

* Dr. Detlef Bimboes, Diplombiologe, Wiesbaden

Schwarz-Grün in Mülheim

SPD scheidet an schlechter Politik, Filz und Affären

von Harald Schrapers*

Mülheim an der Ruhr ist die erste kreisfreie Großstadt in NRW, die von einem schwarz-grünen Bündnis regiert wird. Bündnis '90/Grüne verschafften dem CDU-Politiker Hans-Georg Specht die Mehrheit bei der Oberbürgermeister-Wahl im Stadtrat.

„Überrascht hat mich das nicht“, meinte Thomas Schulitz, Vorsitzender der Mülheimer Jusos, Daß sich die Grünen gegen ein rot-grünes Zusammengehen entschieden hätten, habe weniger an Inhalten gelegen. „Das Mißtrauen war zu groß.“ „Machtarroganz“ sei das richtige Wort für das Umgehen der SPD mit den Grünen in den vergangenen Jahre.

CDU kooperationsbereiter als SPD

Der rechte *Law-and-order*-Mann Specht wird der erste nicht-sozialdemokratische OB in Mülheim seit über 40 Jahren. Er war sicherlich nicht der Wunschkandidat der Grünen. „Doch was ist das für eine Kröte, die wir schlucken müssen, gegenüber den vielen Kröten namens Wichering, Müller, Meinolf, Schissmann etc., die wir bei einer Koalition mit der SPD schlucken müßten“, zählte ein Grüner gleich die gesamte Führungsriege der Mülheimer SPD auf. Zwar war der AfA-Rechtsaußen Hans Meinolf am Montag nach der Wahl als SPD-Fraktionsvorsitzender zurückgetreten, weil er für rot-grün nicht zu Verfügung stehen wollte. Starke AfA-Kräfte wollten lieber in die Opposition oder gar eine Große Koalition. Mit Meinolfs Rücktritt schien ein Hindernis für ein Zusammengehen mit den Bündnisgrünen aus dem Weg geräumt gewesen zu sein, als er dann jedoch in den Fraktionsvorstand gewählt wurde, sah alles schon wieder ganz anders aus. Und aus den Reihen der Grünen war zu hören, daß die Sozialdemokraten sich auch ansonsten bei den Kontakten nicht so benommen hätten, als ob sie zu gleichberechtigten Verhandlungen bereit seien.

Inhaltlich hat die CDU den Grünen fast alles geschenkt, was einer rot-grünen (und genauso einer roten) Kommunalpolitik gut zu Gesicht stände: Ausbau des ÖPNV, Stopp des U-Bahn-Baus, Projektversuch Frauentaxi, kein Ausbau der B1, Müllvermeidung, Kündigung der Verträge mit dem RWE, Einrichtung eines selbstverwalteten Jugendzentrums, gleichberechtigte Förderung aller Schularten, keine Lebensmittelgutscheine für Asylbewerber usw.

„Die konkrete Umsetzung steht erst in diesem Jahr an“, sagte Thomas Schulitz zur Frage, ob die Bündnisgrünen in der Koalition auch wirklich alles Ver-

mußten sich bislang regelmäßig mit dem Spruch „geht doch rüber“ (gemeint war: zu den Grünen) beschimpfen lassen.

Eine Schwächung droht dem rechten Parteiflügel durch Parteiaustritte. Wenn das rote Parteibuch nicht mehr - wie im Ruhrgebiet selbstverständlich - karriereförderlich ist, nimmt dessen Beliebtheit erheblich ab. Unbestätigte Gerüchte über bereits erfolgte Austritte von Angehörigen der Stadtverwaltung gibt es bereits.

SPD-Oberbürgermeisterin am Wahlabend zurückgetreten

Unter den Mülheimer Bedingungen läßt sich den örtlichen Bündnisgrünen - die bislang in NRW nicht gerade als Realo-Hochburg bekannt waren - nur schwer der Vorwurf machen, es nicht mit SPD versucht zu haben. Inhaltlich hatten die Grünen bei der CDU nahezu alles Realisierbare erreicht. „Für den Machterhalt hätten die das auch gemacht“, ist sich Thomas Schulitz sicher, daß mit der SPD die gleichen Vereinbarungen möglich gewesen wären. Dem Grünen-Argument, die SPD sei „zu tief im Filz“ verstrickt und deshalb als Partner für einen Neuanfang nicht geeignet, ist jedoch nicht leicht entgegenzutreten.

Knapp zehn Prozentpunkte hatten die Mülheimer Genossinnen und Genossen bei der Kommunalwahl verloren. Die in eine skandalöse Kreditaffäre verwickelte SPD-Oberbürgermeisterin Elenore Gullenstern trat am Wahlsonntag pünktlich um 18 Uhr zurück, „aus gesundheitlichen Gründen“. „Flucht vor der Verantwortung“, meinte der Mülheimer Juso-Unterbezirksvorsitzende. Den Versuch, die Verantwortung für die Stimmenverluste allein auf die zurückgetretene OB abzuwälzen, wies Schulitz jedoch entschieden zurück. „Die ist höchstens für drei, vier Prozent verantwortlich.“ Für die Meisten sei die Kreditaffäre höchstens noch der letzte Anstoß gewesen, der SPD-Politik den Rücken zu kehren.

Inhaltlich hat die CDU den Grünen fast alles geschenkt, was einer rot-grünen (und genauso einer roten) Kommunalpolitik gut zu Gesicht stände.

einbarte werden umsetzen können. Prognosen wollte er nicht abgeben, obwohl die bereits erfolgte Abschaffung des Kulturdezernats - damit ist eine Frau weniger an der Verwaltungsspitze - und die Nichtverlängerung des Arbeitsvertrages eines Umweltberaters nicht gerade grünes Profil bewiesen.

Die Strategie der CDU scheint klar zu sein: Die Macht übernehmen - egal wie. Und in fünf Jahren hat man sich etabliert, dann könnten die Christdemokraten es ohne die Grünen schaffen.

Übertritte von der SPD zur CDU

Für die Mülheimer SPD wird die Oppositionsarbeit schwer. Notwendig wäre Opposition von links, denn anders wird man einem CDU-Oberbürgermeister keinesfalls entgegentreten können. Der SPD wird dies jedoch enorme Überwindung kosten, denn in Mülheim ist der rechte Parteiflügel äußerst stark. Die Jusos

* Harald Schrapers, Student der Politikwissenschaft in Duisburg, Juso-Bezirksvorsitzender Niederrhein

Großes Debakel, kleiner Lerneffekt

Sachsen-SPD nach einem Superwahljahr

von Josef Didier*

Das Debakel war total und fast zum Negativrekord geraten. Nur einmal in der zweiten Jahrhunderthälfte fuhr die SPD bei Landtagswahlen mit 14,3% ein miserabeleres Ergebnis ein. Das war Ende 1955 an der Saar und Quittung der Berg- und Hüttenleute für die SPD, weil sie für Adenauers separatistisches Saarstatut geworben hatte, das kurz zuvor durch Votum der Saarbevölkerung gescheitert war. Viel hätte es nicht bedurft, und Sachsens SPD hätte diesen einsamen Rekord eingestellt. Mit ihrem Ergebnis von 16,6% lag sie noch um 2,5% niedriger als 1990 (19,1%) und nur 1% vor der PDS; die hatte kräftig zugelegt und steigerte sich gegenüber 1990 (10,2%) um 6,3 auf 16,5%.

Dagegen wirken die düsteren Prognosen in spw (vgl. Hefte 66, 73 und 74) nachgerade optimistisch; damals ging ich noch von spürbaren Verlusten der CDU, etwas Zuwachs für die SPD, aber ungefähr von dem Zugewinn aus, den die PDS tatsächlich erreichte. In einigen Industriezentren lag die PDS noch eine Nasenlänge vor der SPD.

Schwächen der SPD

Schon seit Jahresanfang warf Spitzenkandidat Karl-Heinz Kunckel einige Hundert Tausender auf die Straße für Großplakate mit landesweit flächendeckender, sogenannter Kopfwerbung (s. spw Nr. 80, S. 13). Erklärtes Ziel der Aktion war, im Bekanntheitsgrad gegenüber Biedenkopf aufzuholen. Es war nutzlos, wie auch Kunckels Fernsehauftritte nutzlos waren. Offensichtlich ohne sein Wissen hatte sie der Mitteldeutsche Rundfunk zu Klamauknummern umfunktioniert. Nutzlos war schließlich auch, daß er in der heißen Wahlkampfphase plötzlich gegen Übervater Biedenkopf rebellierte. Nachdem die CDU den Grünen ganz unverbindlich den Köder schwarz-grüner Koalition hingeworfen hatte, sah Kunckel keine Chance mehr für die erhoffte große Koalition. Der Nominierungsmodus der SPD - eine Melange aus Quote und Regionalpro-

porz - verbannte Spitzenleute der Fraktion auf hoffnungslos hintere Plätze. Sachsens IG-Metallchef Hasso Düvel war in Kunckels Schattenkabinett eingetreten; zweifellos nicht aus Begeisterung und so verwundert kaum, daß seines Bleibens darin nicht von langer Dauer war. Kunckel zog nach grünem Vorbild - gelegentlich per pedes oder mal gemacht burschikos auf dem Fahrrad - durchs Sachsenland. In der Regel vor 15 bis 20 Mitgliedern (Parteilose waren die Ausnahme) verkündete er, wie er sich das Regieren vorstellte. Guter Zweiter, war er sicher, würden wir allemal. Unmittelbar vor der Landtagswahl ließ er sich im MDR-TV auf eine Diskussion mit Widersacher Biedenkopf ein, dem er weder in Argumentation noch Eloquenz gewachsen war.

Günter Verheugen handelte richtig, als er nach der Niederlage Kunckel das Kreuz gegen Rücktrittsforderungen stärkte. Darauf setzte jene Fronde um den ehemaligen Landesvorsitzenden Lersow, welche 1993 zurückgedrängt werden konnte, sich aber von der Wahlniederlage ein Comeback erhoffte. In einem ersten Analyseansatz forderte Kunckel auf den Sachsenseiten des November-„Vorwärts“ u.a. solide gesellschaftliche Verankerung der SPD, Auseinandersetzung mit der PDS, auch „solide Bildungsarbeit“ sei vonnöten. Bezugnahme auf die CDU als Gegner vermißt man gänzlich.

Um beim Bilde zu bleiben: Den gesellschaftlichen Ankerplatz im linken Wählerspektrum hat die sächsische SPD (und nicht nur diese) von Anfang an verschmätzt; die magische Mitte aber existiert im Osten weit weniger als im Westen, was selbst Graf Lambsdorf resigniert erkennen mußte. Ihr Ankerplatz ist inzwischen - wie vorauszusehen - von der PDS besetzt und es wird nach Sachlage der SPD kaum gelingen, sie in Sachsen von dort zu verdrängen. Dazu gibt es auch keinen Versuch, sondern die SPD jagt immer noch einem imaginären sozialen Spektrum nach. Was die solide Bildungsarbeit angeht (was immer man darunter verstehen soll), frage ich mich, wer sie bei den politischen Bildungsdefiziten der sächsischen SPD-Ba-

sis und -Spitze denn leisten soll. Politische Bildung ist in der Tat vonnöten, vor allem zur Auseinandersetzung mit dem rechten Gegner. Mit den keimfreien Seminaren der Friedrich-Ebert-Stiftung ist da nichts zu machen. Eine Auseinandersetzung mit der strukturell und intellektuell gut gerüsteten PDS ist in Sachsen von vornherein aussichtslos. Deren Mitgliederzeitung „Disput“ z.B. ist qualitativ nicht vergleichbar mit der unsrigen. Letztere hat dafür den Vorzug, das Politikverständnis von uns sächsischen Sozis nicht zu überfordern.

Landesparteitag ohne Kurskorrektur

In dieser durch die Wahlniederlage entstandenen Lage, wurde zum weiß wievielten (6.) mal ein Landesparteitag, diesmal nach Plauen, einberufen - und es soll noch nicht der letzte sein, ist angekündigt. Auf diesem nächsten soll der PDS endgültig der Garaus gemacht werden. Hauptthemen des Plauener Parteitags waren Neuwahlen und ein „Reformprojekt Sachsen“. Hinter letzterem verbirgt sich, vor allem unter der beschönigenden Bezeichnung „Strukturreform“ und überlagert von vielschichtigen Personal- und Finanzquerelen, eine drastische Senkung der Anzahl von fünfzehn Unterbezirken. „Das geht manchen Lokalmatadoren, die um ihre Stellung fürchten, stark unter die Haut“, mokiert sich die Chemnitzer „Freie Presse“.

In der Tat, die Anträge aus dem ganzen Land an die Antragskommission des Parteitags widerspiegeln die Bestürzung über die vorgesehenen Kürzungen. Der UB Freiberg forderte in einem Antrag gar die Offenlegung der Umstände, die zu den finanziellen Zwängen der Unterbezirksreduzierungen führten. Als Inspirator des Antrags gilt der ehemalige Landesvorsitzende Lersow, der in diesem UB organisiert ist, weil er in Freiberg eine Zweitlogis innehat. Votum der Antragskommission: Ablehnung. Auch die vielen anderen Anträge bzw. Vorschläge, die sich mit der heiklen finanziellen Problematik beschäftigten, wurden großen Teils von der Antragskommissi-

* Josef Didier, Schwarzenberg

on abgeblitzt. Der Tenor dieser Anträge lief meist darauf hinaus, die Abgeordneten von Bundes- und Landtag auf bohemienhafte Manier zu schröpfen, um damit den Organisationsbestand auf diese oder jene Weise zu retten. Allerdings schließt dies nicht aus, daß die Abgeordneten mittels moralischem Druck seitens des Landesvorstands, aber auch durch mobbingähnliche Praktiken der erwähnten Lokalmatadoren um ein gut Teil ihrer Einkünfte gebracht werden. Das Wohlgefallen der Antragskommission erregte aber ein Antrag, der die kommunalen Mandatsträger dahin bringen soll, ihren Diäten entsprechende Sonderbeiträge zu leisten. Der §2(1) der Finanzordnung der SPD (nach dem Mitglieder von Fraktionen Sonderbeiträge zu leisten haben) ist hierzulande den meisten Mandatsträgern immer noch ein Dorn im Auge.

Eröffnung und Grußworte des Parteitags waren kaum verklungen, als der erste Vorstoß besagter Fronde erfolgte. Die vorgesehene Rede Kunckels, so der Antrag, müsse zum Rechenschaftsbericht deklariert werden, auch eine Diskussion über Schuld und Fehler der Landesspitze sei dringend geboten. Den meisten Delegierten schien nicht bewußt, daß dies ein Versuch abgeschlagener Konjunkturritter war, erneut in die Landesspitze zu kommen (was am zweiten Tag bei den Wahlen tatsächlich gelang): So fiel denn auch die Abstimmung aus: eine knappe Mehrheit für den Antrag und zahlreiche Enthaltungen. Kunckel und das Tagespräsidium wären davon offenbar nicht beeindruckt, denn alles lief entsprechend der Tagesordnung, was von den Delegierten anscheinend nicht bemerkt wurde. Selbst Lersow gerierte sich moderat als unverständiger Kritiker und gab Ratschläge mit abgestandenen Worthülsen und Phrasen („Unsere Botschaft an die Sachsen“ etc.).

Pünktlich erschien G. Verheugen und wußte viel Tröstliches zu sagen. Nicht nur, daß wegen der Wahlniederlage die Welt nicht unterginge, sondern auch, daß weitere Hilfe zu erwarten sei: „Wir lassen Euch nicht hängen.“ Drum sollten wir die Hoffnung auf eine rauschende Siegesfeier anno 1998 nicht fahren lassen. Dann aber redete er Tacheles: Über der PDS sollten wir die CDU nicht vergessen, und es folgte eine Abrechnung mit Biedenkopf, so ungeschminkt, daß es manchem Delegierten wie Blasphemie gegenüber König Kurt erschien.

Seine weiteren Ausführungen galten dann aber überwiegend dem „Auslaufmodell“ (PDS). Das Thema „Sozialmißbrauch“ stellte er - wichtig für die sächsische Parteibasis - in deutlicher Distanz zu seiner Landsmännin Renate unmißverständlich richtig. Auf die zugesagte Hilfe mochte er auch in der mittäglichen Pressekonferenz nicht näher eingehen. Im Sachsenradio war am frühen Morgen die Rede von 500.000 Mark.

Die anschließende Rede Kunckels enthielt für meinen Begriff nichts substantiell Neues. Denn auch die Anrede „Genossinnen und Genossen“ ist mittlerweile nicht mehr so neu; sie ging locker über die Lippen. Doch gleich danach kam es dann ganz dick: „Das sogenannte Superwahljahr ist vorbei. Von einigen Leuchttürmen abgesehen, viel Freude kann bei uns nicht aufkommen. Und wie es zu erwarten war, übrigens auch bei einem Wahlergebnis jenseits der 20%-Marke, schleichen einige um den Vorsitzenden, den Dolch im Gewande.“

Der Versuch, das Verhältnis zur PDS zu definieren und ihr nicht die alleinige Oppositionsrolle zu überlassen, wirkte verkrampft und war mit so vielen Vorbehalten belastet, daß unverkennbar war, wie schwer ihm seine persönliche Kurskorrektur fällt. Bei seiner schwachen Position gilt es nicht nur einen „Riesenkraich“, sondern auch Gunst- und Subsidienentzug zu vermeiden. Aus Gründen der Selbstachtung und Gesichtswahrung ist es zudem nicht leicht, die Hürde abzutragen, die er zur PDS, ihrem Führungspersonal und ihren Politikleitlinien mit Ignoranz und Verunglimpfung aufgebaut hat. Daß man sich mit dem Gegner nicht so tief verfeinden darf, daß ein Friedensschluß schlecht möglich ist, hätte er z.B. leicht bei Kant nachblättern können. Wie man mit ehemaligen SED-Mitgliedern nicht inquisitorisch umgehen soll, wenn sie sowieso nicht zu uns kommen, blieb sein Geheimnis.

Zerrissenheit des Landesverbands

Die weiteren Diskussionen reflektierten die Zerrissenheit des Landesverbandes in diffuse Interessenblöcke. Bemerkenswert jedoch der Beitrag von Professor Wolfgang Marcus, der 1990 aus Baden-Württemberg nach Sachsen kam. Er wird als Sprecher des neuen Radebeuler Kreises gesehen, der ein Thesenpapier

zum Thema PDS vorgelegt hat. Darin wird die PDS als linke Partei begriffen und nicht als Auslaufmodell. Daß Kunckel nicht der ideale Vorsitzende ist, scheint ausgemacht. Aber: „Es gibt im Moment keinen besseren als Kunckel“, äußerte W. Marcus vor der Presse. Mafiose Bestrebungen und Vorgehensweisen sind bei dieser Gruppierung nicht erkennbar.

Wenn man vom „Dolch im Gewande“ absieht, verlief der Parteitag insgesamt recht zivil. Rote Blutkörperchen waren zwar spürbar, wie die „Junge Welt“ schrieb, aber das reichte nicht für die entscheidende Kurskorrektur hin zur Arbeitnehmerschaft. Die wirklichen Probleme wurden mit der Kunckelschen Devise „Schluß mit der Trauerarbeit“ abgebügelt und „Mit frischem Mut“ - so das Parteitagmotto - unter den Teppich gekehrt. Kunckel wurde als einziger Anwärter Landesvorsitzender, aber nur noch mit 77,4% der Stimmen. Obwohl er dies Ergebnis als Abmahnung sehen muß, bedankte er sich dennoch sichtlich aufatmend dafür. Entspannt zurücklehnen kann er sich diesmal aber nicht.

Die Gefahr, daß sizilianische Gesinnung in einzelnen Interessenblöcken bestimmend wird, besteht nach wie vor in der Landespartei. Kunckel muß weiter damit leben, wenn der Eine oder Andere auch in Zukunft zu den Sitzungen des neugewählten Landesvorstandes balladesk bewaffnet erscheint.

Das Skandal-Urteil

des Mannheimer Landgerichts gegen den Neonazi Günter Deckert



„Der Mithras der Justiz“
Deutsche Justiz - blind auf dem rechten Auge
oder offene Kumpanei?

Dokumentation der Auseinandersetzung um den Deckert-Prozess 92 - 94

Linke - wie weiter?

Bericht von der spw-Jahrestagung 1994

von Ralf Krämer

Mehr als 60 Genossinnen und Genossen trafen sich vom 16. bis 18. Dezember 1994 in Hannover zur Jahrestagung der spw. „Nach der Bundestagswahl - wie weiter?“ lautete die Fragestellung der Diskussion am Freitag Abend, die von Edelgard Bulmahn aus Hannover, MdB und Mitglied des Parteivorstands, eingeleitet wurde.

Am Samstag ging es dann zunächst um „Die Linke im Osten“. Der einführende Beitrag von Christel Hanewinkel MdB aus Halle/Saale und eine Zusammenfassung wichtiger Diskussionsbeiträge findet sich auf den folgenden Seiten dieses Heftes.

Zur Frage „Rotgrüne Linke - was tun?“ stellte anschließend Uwe Kremer von der spw-Redaktion Grundüberlegungen dar, die der Konzeption eines sozialökologischen „new deal“ zugrundeliegen, und wies darauf hin, daß die Gestaltung einer solchen Alternative zur gescheiterten neoliberalen Politik unter durchaus unterschiedlichen Prämissen angegangen werden könne und nicht per se links sei. Das „Weißbuch“ der Europäischen Kommission zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung könne dabei als „magna charta“ einer Konzeption betrachtet werden, die unter dem Primat der Standortpolitik formuliert wird. Die zentralen Auseinandersetzungen fänden hier zwischen sozialen Kräften auf der „vorpolitischen“ Ebene statt (vgl. dazu seinen Artikel in spw 6/94). Die rot-grüne Linke müsse gemeinsame Diskussionen entwickeln, dabei müssen insbesondere linke GewerkschafterInnen verstärkt einbezogen werden.

Frieder Otto Wolf, bündnisgrüner Europaabgeordneter aus Berlin, stellte die Frage, ob es ein „rot-grünes Lager“ in der Gesellschaft eigentlich wirklich gebe - mehrheitsfähig sei es bislang jedenfalls nicht. Die Linke müsse um die WählerInnen der „Mitte“ kämpfen, der Niedergang der FDP böte allerdings Chancen zu einer Linksverschiebung. Während es zu dieser Erwartung unterschiedliche Auffassungen in der Runde gab, bestand Einigkeit darin, daß die inneren Widersprüche und Konfliktpotentiale innerhalb des rot-grünen Spektrums verstärkte Diskussion erforderten, die über Parteigrenzen hinweg zwischen



radikalreformerischen Kräfte bei SPD, Grünen und PDS organisiert werden sollten.

Am Sonntag standen die Entwicklung und zukünftige Vorhaben des spw-Projekts selbst zur Diskussion. 1995 soll eine rot-grüne Tagung durchgeführt werden, die im obengenannten Sinne parteiübergreifend angelegt sein, aber insbesondere auch GewerkschafterInnen, linke WissenschaftlerInnen und VertreterInnen von Bewegungen und fachlich orientierten Vereinigungen einbeziehen soll. Weiterhin ist eine

Redaktionskonferenz mit sozialistischen Zeitschriften aus verschiedenen anderen europäischen Ländern geplant.

Um die theoretische Arbeit wieder stärker voranzubringen, wird ein Theorieprojekt eingerichtet, das die bisherigen Projektgruppen des spw-Zusammenhangs bündelt.

Die nächste spw-Tagung wird zum Schwerpunkt „Politische Ökonomie des modernen Kapitalismus - wirtschaftspolitische Strategien der Linken“ vom 28. bis 30. April 1995 durchgeführt werden.

Frankfurter Kreis Frühjahrstreffen 1995

Vom 17. bis 19. Februar findet das diesjährige Frühjahrstreffen des Frankfurter Kreises der SPD-Linken statt, wie in den letzten Jahren im Sozialistischen Bildungszentrum in Oer-Erkenschwick nahe Recklinghausen. Freitag Abend soll ein Gespräch mit VertreterInnen wichtiger gesellschaftlicher Gruppen über ihre Erwartungen an die SPD geführt werden. Samstag soll zunächst im Plenum auf der Basis zweier Impulsreferate zu den Themen „Vom Wohlfahrtsstaat zum Standortstaat?“ und „Sozialstruktureller Wandel - Chancen soli-

darischer Reformbewegung?“ diskutiert werden. Anschließend sind drei workshops zu den Themenkomplexen „Ökologischer Umbau“, „Sozialstaat und Beschäftigung“ und „Weltinnenpolitik zwischen Globalisierung und Europäisierung der Wirtschaft“ geplant. Am Sonntag geht es dann um die Reform der Arbeitsweise und künftige Schwerpunkte des Frankfurter Kreises. Der Teilnahmebeitrag beträgt 160,- DM, Anmeldungen nimmt das Büro von Detlev von Larcher MdB, Bundeshaus, 53113 Bonn, entgegen.

Auf der spw-Jahrestagung 16.-18.12.1994 in Hannover war ein zentraler Diskussionsgegenstand die „Die Linke im Osten“, ihre Entwicklung und Widersprüche und ihr Verhältnis zur Linken im Westen Deutschlands. Eröffnet wurde die Diskussion durch einen Beitrag von Christel Hanewinkel, den sie für spw in eine schriftliche Fassung gebracht hat. „Was hat die Westlinke getan - in der Zeit vor 1989?": insbesondere diese Frage stand im Mittelpunkt der anschließenden Diskussion. Horst Peter hat die wesentlichen Wortmeldungen zusammengefaßt.

Die Linke im Osten

von Christel Hanewinkel*

Die Linke im Osten“ ist unser Thema für diesen Vormittag. Die Linke im Westen fragt sich und uns, warum ist die Linke im Osten so schwach, wieso profitiert die sozialdemokratische und bündnisgrüne Linke im Osten nicht davon, daß doch offenbar linke Visionen und Deutungsmuster wieder gefragt sind im Osten Deutschlands.

Mir, als einer Linken aus dem Osten, drängen sich bei diesem Thema mehr Fragen als Antworten auf:

- wer und was ist die „Linke“ im Osten?
- wer und was war die Linke im Osten?
- Haben wir uns im Osten je als Linke gefühlt und bezeichnet, die die Reformprojekte zu DDR-Zeiten angegangen sind?

Wir waren keine „Linken“, sondern Einzelne und Gruppierungen, die Veränderungen anstrebten, Veränderungen im DDR-System, Veränderungen, die grenzüberschreitend wirken sollten. Und wir waren, abgesehen von Kontakten auf der kirchlichen Ebene, ohne Verbindung zu „West-Linken“.

Ich will und kann heute hier keine Analyse vorlegen. Ich möchte von DDR-Erfahrungen berichten, sehr subjektiv; Erfahrungen aus Gruppen, die sich zu DDR-Zeiten neben und in der Kirche engagiert haben. Erfahrungen aus Gruppen, die Vorstellungen hatten von einer veränderten Gesellschaft. Und ich muß Fragen stellen - an die Linke im Westen; Fragen, die mir während der Vorbereitung auf diese Diskussionsrunde gekommen sind; Fragen, die die Situation der „Ost-Linken“ vielleicht etwas schärfer skizzieren und von deren Antwort ich erhoffe, das eine oder andere besser verstehen zu können.

Ansätze linker, oppositioneller Identität in der DDR

Hans Misselwitz (Berlin) nennt in einem Vortrag drei Ansätze, aus denen in

* Christel Hanewinkel MdB, Halle/Saale, Mitherausgeberin der spw

der DDR linke Identitäten erwachsen sind. Mir sind diese Ansätze als grobes Raster sehr einleuchtend. Ich will im folgenden ganz kurz auf sie eingehen und mich dann vor allem auf die 70er und 80er Jahre in der DDR beschränken.

- Den ersten Ansatz bezeichnet Misselwitz als den idealistischen, der sich vor allem auf den Antifaschismus beruft und in den 50er Jahren zu datieren ist, als markante Namen sind z.B. Robert Havemann, Stefan Heym, Ernst Bloch zu nennen.

- Sein zweiter Ansatz ist der pragmatisch-progressive der innerparteilichen Systemreformen, zeitlich anzusetzen in den 70er Jahren, bekanntester Vertreter ist Rudolf Bahro, in der Sowjetunion Michael Gorbatschow.

- Als dritten Ansatz nennt Misselwitz die protestantische Denkkultur, die sowohl bürgerliche als auch linke Identitäten stiftete. Träger dieser Kultur waren die evangelischen Kirchen, Christinnen und Christen und die unterschiedlichen Gruppen, die sich vor allem in den 80er Jahren in der DDR bildeten, arbeiteten und die Wende im Land maßgeblich mit herbeigeführt haben.

- Ich möchte die Gruppen und den „konziliaren Prozeß“ für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung als weiteren Ansatz zur Bildung von linken Identitäten verstehen.

Wenn ich mir diese vier Ansätze und die zeitlichen Zuordnungen anschau, fällt auf, daß erstens ein Sprung von ca. 20 Jahren zwischen dem ersten und zweiten Ansatz liegt, obwohl (oder womöglich gerade weil) dazwischen einschneidende Daten liegen, z.B. 1961 der Bau der Mauer, 1968 der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR und das Ende der Dubcek-Ära, 1970-72 die Hochschulreform in der DDR, 1973 der Machtwechsel Ulbricht/Honecker, 1976 Gespräche und neue Vereinbarungen zwischen Staat und Kirche, nur um einige, z.T. willkürliche Daten zu nennen.

Offenbar war das eine Zeitspanne, die z.T. lähmende Wirkung zeigte (1961;1968), in der sich zum anderen ganz allmählich neue Linien abzeichneten (Kirchengespräch 1976; Reiseerleichterungen, Ostpolitik, „Kirche im Sozialismus“). Auffällig ist daneben aber auch, daß Rudolf Bahro mit seinen Veröffentlichungen, die über den „Westen“ erst zu uns in die DDR kamen, keine Bewegung in der DDR ausgelöst hat, weder in breiterem Maße in der Bevölkerung, noch innerhalb der SED (wenn sie denn stattgefunden haben sollte, so haben wir nichts davon gemerkt).

In kirchlichen Gruppen, Gemeinden und Studentengemeinden war in den 70er Jahren der Platz, wo Schriftsteller bis zu Regimegegnern Möglichkeit hatten, ihre Überlegungen vorzustellen, eine Breitenwirkung fand aber auch zu dieser Zeit nicht statt. Vorrangiges und öffentlich bekanntes Feld in den 70er Jahren war die Auseinandersetzung, das Gegeneinander und Miteinander von Staat und Kirche. Die evangelische Kirche hat als Bund der evangelischen Kirchen in der DDR und durch ihre Selbstbestimmung als „Kirche im Sozialismus“ für sich eine Stellung gefunden, die den Handlungsrahmen für die angehenden 70er und 80er Jahre neu gesteckt hatte. Die evangelische Kirche war in diesen Jahrzehnten nicht zu übersehen oder zu übergehen. In vielen wichtigen gesellschaftlichen Fragen meldete sie sich in unterschiedlicher Art und Weise zu Wort (Wehrerziehung an den Schulen, Volksbildung, Strafrechtsreform, um nur einige zu nennen). Es waren Bereiche, in denen auch individueller Widerstand und Widerspruch praktiziert wurden.

Bewahrung des Friedens als Zentralthema

In den 80er Jahren war das vorherrschende Thema die Bewahrung des Friedens. Die Friedensbewegung war die Bewegung, die den Osten und den Westen Deutschlands gleichermaßen ergrif-

fen hatte. Im Osten war sie beheimatet in den Kirchengemeinden. Außerhalb von Kirchen konnten sich keine Gruppen organisieren, außer in der FDJ, dem Kulturbund oder in der Nationalen Front. Doch das war von der DDR-Führung nicht gewünscht, denn schließlich war solch eine Bewegung des eigenständigen Denkens und Handelns riskant für die Einheitspartei. Deshalb sollte alles abgewehrt werden mit der Feststellung und Festlegung Erich Honeckers: „Die ganze DDR ist eine einzige Friedensbewegung!“

Doch die Friedensbewegung bereitete sich aus. Kontakte zu Gemeindegruppen im Westen entstanden, das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ wurde zum Symbol des Widerstands und des eigenständigen Denkens überhaupt. Es verband unterschiedliche Aktionen und Personen miteinander.

1983 war das Jahr der Kirchentage in der DDR (Luthers 500. Geburtstag). Für die staatlichen Stellen bedeuteten sie Alarmstufe 3. Trotzdem gab es eine Art Schneeballeffekt und von den Kirchentagen gingen Impulse zur Weiterarbeit ins ganze Land. Themen waren die massiven Umweltprobleme, Nichteinhaltung der Menschenrechte, Verhütung des Atomkrieges, Gerechtigkeit zwischen Männern und Frauen, Verteilungsgerechtigkeit weltweit.

In und neben den Kirchen in der DDR entstand eine Bewegung, die in der Ökumene den „konziliaren Prozeß für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ initiierte. Die Themen des konziliaren Prozesses sind heute drängender denn je. Politische Lösungen sind notwendiger denn je. Mit und nach der Wende schien der konziliare Prozeß im Osten Deutschlands kaum noch gewärtig, im Westen hatte diese Bewegung nie eine so große Bedeutung gehabt. Inzwischen arbeiten wieder einige Gruppen und die Initiativen sind wieder organisiert und vernetzt. Bildungswerke wie die Ebert-Stiftung kommen dem Prozeß näher und nehmen ihn auf.

Wer ist die Linke im Osten?

Ich habe bewußt die Arbeit der ökologischen-, Friedens-, Demokratie- und Frauengruppen und den konziliaren Prozeß so deutlich herausgestellt, weil aus ihnen eine Reihe von SDP-Gründungsmitgliedern, Politikerinnen und Poli-

kern der Grünen, Gründern von „Demokratie jetzt“ und dem Demokratischen Aufbruch hervorgegangen sind. Viele sind in der politischen Szene nicht oder nicht mehr präsent. Die Gruppen sind in dieser Form nicht mehr nötig, teilweise sind Parteien aus ihnen geworden.

Was und wer ist die Linke im Osten? Sicher die Sozialdemokratie und die Bündnisgrünen; die PDS in ihrer jetzigen Form kaum; vor allem denke ich, sind es auch Einzelpersonen. Einzelpersonen, die Orientierung gegeben haben und geben - deren Erfahrung aber in der westlichen Demokratie kaum eine Rolle spielt, bzw. die vielleicht ihre Erfahrungen zu wenig deutlich und mit zuwenig Nachdruck einbringen.

Fragen an die Linke im Westen

Ich hatte am Anfang gesagt, daß ich

Wir waren keine „Linken“, sondern Einzelne und Gruppierungen, die Veränderungen anstreben, Veränderungen im DDR-System ...

Fragen stellen will und muß, um die Linke im Westen besser zu verstehen. Fragen, auf die ich Antworten in unserer Diskussion erhoffe.

Eine Feststellung, sehr subjektiv, zu Beginn: Ich bin eine, die sich seit Ende der 60er Jahre engagiert hat, in der Kirche, in verschiedenen Gruppen, im konziliaren Prozeß. Ich bin eine, die viele Kontakte und Besuch hatte, vor allem von kirchlichen Gruppen aus Westdeutschland. Was es nicht gab, waren Kontakte zu Linken - egal ob von der SPD oder den Grünen. Unser Problem war allerdings immer, daß die Kontakte von Euch, also vom Westen her geknüpft werden mußten. Aus bekannten Gründen war das für uns ziemlich unmöglich!

Es gab Kontakte zwischen Einzelnen, Gemeindegruppen; es gab intensive Kontakte der Gruppe der Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW). Es gab Fernseherteams von ARD und ZDF, die sich für die Umweltskandale im Raum Halle/Buna/Leuna/Bitterfeld interessierten und die über

spektakuläre Veranstaltungen oder den Auftritt des Bundespräsidenten auf Kirchentagen berichteten. Es gab einige Journalisten, die interessiert waren an unserer Situation.

Aber es gab keine intensiven Arbeitskontakte zur Linken im Westen. Bei den Grünen gab es spektakuläre Einreiseaktionen in Berlin; kontinuierliches gemeinsames, notfalls subversives Arbeiten gab es auch da nicht. Mein ganz subjektiver Eindruck: unsere Arbeit im Osten, in der DDR, unsere Projekte, unsere Nöte wurden von der Linken im Westen, in der BRD, nicht wahrgenommen. Ich möchte verstehen, warum das so war!

Es gab Kontakte auf der Ebene der Nomenklatura, auf Partei und Regierungsebene, zwischen Jusos und FDJ; es gab das (für uns sehr wichtige, weil wir die SED damit nageln konnten) gemeinsame Papier zwischen SPD und SED. Aber die Konsequenzen und Möglichkeiten, die dieses Papier im Osten hätte bringen können, wurden weder angestoßen noch genutzt. Ein Netzwerk, das diese Arbeit getragen hätte, gab es nicht. Anknüpfungen hätten vom Westen aus gesponnen werden müssen - das Netzwerk im Osten war vorhanden, aber die Linke wußte es nicht.

Ost-Linke und die PDS

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Gruppen, evangelische Kirche, der konziliare Prozeß, Einzelne waren nicht „die Linke im Osten“. So definitiv gab es sie nicht. Aber linke Identitätsbildung war möglich, und damit genügend Anknüpfungspunkte vorhanden.

Was nach 1989 nicht stattgefunden hat, und 1990 zu den Zeiten der Runden Tische, der Wahlen, der Neuorientierung, der Krise auch schwer stattfinden konnte, waren linke Identitätsangebote. Vom Osten haben wir das auch nicht geleistet, sondern auf allen Ebenen wurde dazugeholt, vereint, angepaßt, uniert, beigetreten! Eigenständige linke Ost-Reform-Projekte gab es nicht. Es gab und gibt sie auch nicht bei der PDS!

Für mich ist das die notwendige Arbeit, die uns vor den Füßen liegt. Dazu gehört auch die Frage der Wertigkeit unserer Erfahrungen - aus DDR-Zeiten, aus der Wendezeit, Runde-Tische-Erfahrungen, Erfahrungen des „Magdeburger Modells“ der rot-grünen Minderheitenregierung. Wenn es nicht gelingt, die Eigenständigkeit dieser Erfahrungen

zu bewahren und zu integrieren, steht es meiner Meinung nach schlecht um die Linke im Osten.

Neben den realen Erfahrungen, die wir mitbringen und die uns geprägt haben, stehen unsere Visionen und Träume. Sind sie gefragt im geeinten Deutschland? Was haben sie gemeinsam mit den Visionen der West-Linken? Gibt es hier Annäherung - oder fühlen wir uns aus dem Osten dann schon vereinnahmt? Sind wir in der Lage, uns gegenseitig Fragen zuzugestehen, Antworten zu hören und unsere Bilder neu zu malen?

Linke Visionen sind offenbar gefragt heute - wenn das Wahlverhalten im Osten so gedeutet wird. Aber sind PDS-Wähler die Wählerinnen und Wähler linker Optionen? Ich bin mir ziemlich sicher, daß dies nur für einen kleinen Teil gilt. Für mich ist die PDS in der Tat das, was Gysi vorstellte zur Bundestagswahl 94: eine bunte Truppe - aber keine linke! Die PDS hat in jeder Beziehung das Erbe der SED angetreten - das gilt es auch einzulösen, unter anderem auch aufzuarbeiten, das ist bisher nicht geschehen. Die Programmatik der PFDS gibt das auch nicht her.

Deshalb gilt für mich, sehr genau zwischen dem und der Einzelnen und der Partei zu unterscheiden. Das heißt auch, daß ich nicht umhin komme, mit Personen die Auseinandersetzung zu führen und dann mit dem Programm. Es ist für mich weder möglich, die PDS, und damit Mitglieder und Wählerschaft, auszugrenzen, noch Mitglieder und Wählerschaft als linkes Potential zu sehen.

Auch für den Umgang mit der PDS gilt für mich der Abschnitt im Berliner Programm (S. 7): „Der Mensch ist weder zum Guten noch zum Bösen festgelegt, ist lernfähig und vernunftfähig. Daher, ist Demokratie möglich. Er ist fehlbar, kann irren und in Unmenschlichkeit zurückfallen. Darum ist Demokratie nötig. ... Eine neue und bessere Ordnung, der Würde des Menschen verpflichtet, ist daher möglich und nötig zugleich.“

Der Stein ins Wasser schlägt Wellen! - Antworten von Westlinken

• Für viele westdeutsche Linke war die DDR ein "fremdes Land". Die Generation der 68er politisierte sich am Viet-

namkrieg und viele setzten ihre Hoffnung auf eine aus dem Befreiungskampf der Kolonialvölker inspirierte sozialistische Veränderung. Der Blick in das realsozialistische Lager fixierte sich auf den Reformkommunismus Dubceks und dessen gewaltsame Unterdrückung durch die Sowjetunion. Hier war Kritik an der Politik der sowjetischen Führung Gegenstand der westdeutschen linken Diskussion.

• Für die vorausgehende Generation der Nachkriegslinken war der Bezug zur ostdeutschen Entwicklung stärker gegeben. Aber auch für diese Sozialdemokraten war die DDR de facto ein fremdes Land, da sie sich dort nicht frei bewegen konnten. Besondere Kritik an der Entwicklung in der DDR entstand aus der Kontinuität der Kritik an der Geschichte der KPD in der zweiten Hälfte der 20er und 30er Jahre, da sich mit Ulbricht die stalinistischsten Teile der KPD-Kader durchgesetzt hatten. Im übrigen war die

... unsere Projekte, unsere Nöte wurden von der Linken im Westen, in der BRD, nicht wahrgenommen.

politische Schwäche der Linken in den 50er Jahren so groß, daß sie wenig politisch prägend auf die Politik der SPD gegenüber der DDR war. In der Zeit der Brandtschen Entspannungspolitik verschrieb sich die Mehrheit der Altlinken der "friedlichen Koexistenz" und setzte auf sozialistische Reformkräfte innerhalb der SED in der Hoffnung, daß es auf diesem Wege zu Reformen in der DDR kommen könne.

• Für die Jusos der nach-68-Generation war das Verhältnis zur DDR nicht geklärt, aber die DDR wurde mit den anderen sozialistischen Staaten gleichgestellt. Dabei war die eher verständnisvolle kooperationsbereite Haltung der marxistischen Juso-Strömung Gegenstand der Auseinandersetzung innerhalb der Jusos.

• Die Lage in der DDR hat in den achtziger Jahren die Juso-Linke im Grunde wenig interessiert. Die DDR war ein Faktor im Hinterkopf im Kontext der Systemkonflikte und der Auseinandersetzung um den DKP-Einfluß. Die Diskussion spitzte sich jeweils an bestimmten Konfliktfragen zu: Afghanistan,

Stellung zur Atomenergie, Stellung zur Frauenfrage, Menschenrechtsverletzungen. Aber das politische Diskussionsfeld waren die gesellschaftlichen Konflikte in der Bundesrepublik.

• Es gab bei einzelnen linken Gruppen subversive Kontakte zu Oppositionsgruppen, aber die Hauptorientierung galt den tatsächlichen oder vermeintlichen SED-internen Reformkräften sowohl bei jüngeren Teilen des Apparates als auch der Intellektuellen.

• Für die Linke gab es noch ein "besonderes Berlinproblem", das Nicaragua, Chile, Vietnam usw. zu den linken Kritikthemen machte. Beschäftigung mit der DDR war doppelt gefährlich: das "geh-doch-rüber-Syndrom", wenn nur in Ansätzen positive Aussagen zur DDR-Realität gemacht wurden, oder die Vereinnahmung entlang der Frontlinie des Antikommunismus, wenn Verhalten der DDR-Führung oder Verhältnisse in der DDR kritisiert wurden. Das Thema war für die linke Öffentlichkeit zu nah.

• Auch die marxistischen Strömungen innerhalb der Linken haben durchaus die Unterdrückung linker Dissidenten kritisiert. Aber Solidaritätsbekundungen mit Bahro, Havemann und anderen hatten oft die Funktion eines Alibis, um dann schnell zur linken Tagesordnung überzugehen. Erklärend mag wirken, daß für niemanden die "Bipolarität des Weltgeschehens" anders vorstellbar war. Die Suche nach etwas Drittem war utopisch. Der Ost-West-Gegensatz vermittelte sich für viele über die antiimperialistischen Kämpfe in der Dritten Welt und die Kritik am US-amerikanischen Imperialismus.

• Die innerdeutsche Diskussion war die Domäne der Parteirechten, während die Parteilinke sich darauf beschränkte, die Brandtsche Entspannungspolitik und auch den Diskussionsprozeß um das sogenannte SPD-SED-Papier abzustützen.

• Es ist zu befürchten, daß die PDS-Debatte von der Parteirechten wieder benutzt wird, um die antikommunistische Frontlinien gegenüber der Linken erneut zu errichten.

• Positionen ostdeutscher Linker spielten in Teilen friedenspolitischer Diskussionen zu Anfang der 80er Jahre ("Schwerter zu Pflugscharen") und in der Diskussion um den konziliären Prozeß eine Rolle.

Demokratische Linke in Deutschland - gespalten in Ost und West

von Horst Peter*



Fünf Jahre nach dem Jahr der Einheit. Es gibt unendlich viel zu tun. Warum lassen wir es liegen? Leben wir in einem Denk-Vakuum, einem Sprachvakuum, einem Macht-Vakuum, einem Politik-Vakuum, wie es Ulrich Beck in der taz (19.12.1994) konstatiert? Für mich ist das markanteste Kennzeichen der Zeit: die Abwesenheit einer deutsch-deutschen linken Reformdiskussion. Wie kommt es, daß die Linke von ihrer Stärke - gesellschaftliche Prozesse kritisch zu analysieren und aus der Kritik des Bestehenden Zukunftsperspektiven zu gewinnen - keinen politisch wirksamen Gebrauch macht?

Ein wesentlicher Grund ist die fehlende Kraft der Linken, durch kritische und selbstkritische Bearbeitung ihrer deutsch-deutschen Vergangenheit und Gegenwart die Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Reformperspektive zu schaffen. Flucht nach vorn, zur aktuellen politischen Tagesordnung überzugehen und vergangene Praxis zu verdrängen, analytische und politische Fehler ruhen zu lassen, ist der vermeintlich leichtere Weg.

Dieser Weg überläßt aber anderen

das Vakuum der Bearbeitung der Vergangenheit. Das Ergebnis ist dann Systemvergleich in der Retrospektive, in dem mit den Bewertungsmaßstäben der "Sieger" den "Verlierern" ihre Unterlegenheit nochmals vorgeführt wird. Daß Trabi und Wartburg Daimler und BMW unter Westmaßstäben unterlegen waren, hat sich längst herumgesprochen. Aber mit der Entwertung der Produkte und Institutionen werden auch die Menschen entwertet, die sie herstellten, die mit ihnen arbeiteten, sie prägten und mit ihnen lebten. Hier hätten Linke in den ostdeutschen Bundesländern die Chance, ihre Sichtweise, ihre Kritik und ihre Identität einzubringen. Hier hätte die westdeutsche Linke die Chance, ihre eigene Vergangenheit zu reflektieren. Aus dieser Auseinandersetzung der ostdeutschen- und der westdeutschen Linken mit ihrer Geschichte könnte eine Zusammenführung und eine Hilfe entstehen, die zu einer gemeinsamen Identität führen könnte. Danach würde die schwierige und schmerzhaft Einübung in die kritische Analyse der jetzigen, *einen* Gesellschaft leichter.

Versuche zur gemeinsamen Analyse der Vergangenheit in den letzten fünf Jahren sind oft daran gescheitert, daß die

westdeutsche Linke mit ihren Vorstellungen linker Reformpolitik ohne Berücksichtigung ostdeutscher Erfahrungen zur Tagesordnung übergehen wollte, wie Kanzler Kohl. In der westdeutschen Linken tat man sich ausgesprochen schwer, die ostdeutsche Linke vor 1989 überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Die ostdeutsche Linke sah hingegen die westdeutsche Linke in der Regel in der Systemkritik am DDR-System und im westdeutschen Verhältnis zur DDR-Praxis, als "auf der falschen Seite".

Aus alledem ergibt sich: es ist an der Zeit, daß die Linke die Auseinandersetzung mit der deutsch-deutschen Geschichte zum Gegenstand des noch zu entwickelnden linken Diskurses macht. Nicht, um sich vor den notwendigen Reformdiskussionen zu drücken, sondern um sich auf dieser Basis als deren Träger zusammenzufinden.

Die Herausgeber der "neuen spw" haben deshalb nicht ohne selbstkritische Einschätzung des "Projektes spw" im Editorial (spw 1/94) formuliert: "... daß eine grundlegende Neuorientierung der sozialistischen Linken erforderlich geworden ist. Dies gilt insbesondere im Kontext des Zusammenbruches des 'realen Sozialismus', der zur Folge hat, sozialistische Politik jenseits des Ost-West-Denkens und unter Einbeziehung unterschiedlicher Biographien neu zu formulieren und aus der Analyse der Situation Ziele neu zu gewinnen und zu gewichten. Die Ziele, Absichten und Hoffnungen derjenigen, die in der DDR und in der Phase des Umbruchs dem Sozialismus ein demokratisches und menschliches Gesicht geben wollten und nach politischen Alternativen suchten, sind für diesen Weg unverzichtbar." Was ist zu tun, damit das Vorhaben nicht erneut scheitert?

Kritische und selbstkritische Bearbeitung der Vergangenheit bedarf rationaler und nachvollziehbarer Rahmenbedingungen. Das politische, soziale und geistige Klima muß der Auseinandersetzung förderlich sein. Erinnern, Durcharbeiten, Nachvollziehen und erst dann

* Horst Peter, Kassel, Mitherausgeber der spw

Beurteilen wird verhindert, wenn Vorverurteilen zu Verdrängen oder Beschönigen führt. Das "Schuldig bei Verdacht" löst das "Arbeiten am eigenen Freispruch" aus. Diese kritische Reflexionsarbeit bedarf der Beteiligung von Akteuren, die sich ihrer Stellung im Prozeß der Bearbeitung der deutsch-deutschen Vergangenheit bewußt werden wollen.

Die Auseinandersetzung hat wenig Chancen, wenn bestimmte Akteure ausgeschlossen bleiben, weil sie Mitglied der SED waren, obwohl sie nachvollziehbare kritische Positionen mit dem Ziel der reformerischen Veränderung des DDR-Systems vertreten haben. Das gleiche gilt auch, wenn - bei aller der Anerkennung und der Würdigung biographischer Verletzungen - das Motiv der Vergeltung zum überwiegenden Handlungsprinzip wird.

Aber auch das Motiv, die Schlachten der Vergangenheit aus dem Blickwinkel des "Recht gehabt habens" nochmals zu schlagen oder sich selbst von jeder politischen Verantwortung freizusprechen, da ja der demokratische Sozialismus mit dem realen Sozialismus nichts zu tun gehabt habe - oder man schon immer ein Kritiker/eine Kritikerin der Stamokap-Theorie gewesen sei - dient dem Ziel des Diskurses wenig. Dies gilt auch für all diejenigen in Westdeutschland, die vor der Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte flüchten und zur Tagesordnung der Bewältigung der aktuellen Probleme übergehen wollen.

Es bedarf weiterhin und vor allem des Konsenses zwischen ostdeutschen und westdeutschen Linken über den Gegenstand der Auseinandersetzung. Es geht nicht um die Geschichte der DDR oder der Bundesrepublik, sondern um die deutsch-deutsche Vergangenheit: Trennungen, Brüche, Brücken, aber auch Gemeinsamkeiten in einem Geflecht von Wechselbeziehungen. Es geht um die Auswirkungen des Faschismus und des Zweiten Weltkriegs auf das Nachkriegsdeutschland und es geht um den unterschiedlichen Anspruch, damit umzugehen. Es geht um die Zeitgenossenschaft und Beteiligung am "kalten Krieg" im Kontext des weltweiten Systemkonflikts. Es geht um das Wendejahr und die Zeit danach und es geht um die vertanen Chancen des Einigungsprozesses.

Es geht aber zunächst einmal darum, wie jeder einzelne die Zusammenhänge

denkend und handelnd wahrgenommen hat, ob und wie er die Linke im jeweils anderen Staat erlebt hat. Für die westdeutsche Linke steht insbesondere die Auseinandersetzung mit folgenden Fragen an:

- Wie haben wir Brüche wie den Bau der Mauer, die gewaltsame Unterdrückung des Reformversuches in der CSSR 1968, die Ausbürgerungen und Verfolgungen von Dissidenten die Entstehung von Solidarnocs in Polen politisch behandelt?
- Haben wir die Diskussion mit Linken in der DDR gesucht etwa in den Hochzeiten der Friedensbewegung ("Schwerter zu Pflugscharen" war ein

Erinnern, Durcharbeiten, Nachvollziehen und erst dann Beurteilen wird verhindert, wenn Vorverurteilen zu Verdrängen oder Beschönigen führt.

symbolischer Bezugspunkt der Linken in der DDR), oder zu Trägern des konziliären Prozesses, die unter dem Dreiklang "Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung" Reformforderungen von kritischen Kräften in der DDR auf den Punkt brachten?

- Haben wir die Kategorien der Kritik auch auf die Strukturen des Systems des realen Sozialismus angewandt oder uns mit der Unterstützung der Deutschlandpolitik von Willy Brandt zufrieden gegeben?

- Wie beurteilen wir als linke Sozialdemokraten die Tatsache, daß innerdeutsche Fragen sowohl in der Bundestagsfraktion als auch im Parteivorstand unbestrittene Domäne der Parteirechten waren?

- Wo waren unsere Versuche, 1989 mit den kritischen ostdeutschen Kräften der SDP über das Berliner Programm in eine Diskussion einzutreten?

Gerade für die spw ist es nach ihrem eigenen Selbstverständnis als Projekt derjenigen in der SPD, die an der "Grundidee des Sozialismus in seiner ursprünglichen Gestalt festhalten", unerlässlich, diesen Diskurs anzustoßen und selbst zu betreiben.

Mein Vorschlag: eine Reihe von Veranstaltungen mit dem Ziel, dem Oktober 1995 - und zwar ausgehend vom richti-

gen Tag des Erinnerns, dem 9. (dem Tag der großen Montagsdemonstration in Leipzig) und nicht dem 3. Oktober - den Charakter eines linken Zukunftsdiskurses zu geben, der auf der solidarischen Auseinandersetzung mit der deutsch-deutschen Vergangenheit basiert, und damit ein Gegengewicht zu der Tendenz der Konservativen zu bilden, aus dem 3. Oktober einen „nationalen Gedenktag“ zu machen. Wir sollten über die ideologische gesellschaftliche Auseinandersetzung die Vereinigung als politischen Lernprozeß organisieren.

isw sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V.
Analysen Dokumentationen Fakten & Argumente

Charles Paul, Franz Gernsweier

Markt Umweltschutz Energiesteuer
Zur Diskussion über umweltverträgliche wirtschaftliche Entwicklung

Ökonomie - Ökologie
Nachhaltige Entwicklung
Kern der nachhaltigen Entwicklung
Nachhaltigkeit der Umwelt
Ökonomie und Ökologie
Wachstum und Umweltschutz
Umweltschutz als neues Kriterium
Voraussetzung: Das kann nicht sein "Siegler von der" - eine Idee

Mit der Energiesteuer
gegen die Klimawandelstrategie?
Umwelt- und Energieeffizienz
Die Energiekosten, die Energiekosten
Alternativen und
sozial-ökologischer Umweltschutz

isw REPORT NR. 21
sozial-ökologische Wirtschaftsforschung München e.V.

Analysen des isw sozial-ökologische
Wirtschaftsforschung e.V. (Auswahl):

isw-report
(vierteljährlich mit isw-wirtschaftsinfo).
Preis: DM 5,- plus Porto (Jahresabo: 30,- DM)

Wirtschaftsreform in Osteuropa

(Nr. 16, Juni 1993)

Krieg der Konzerne

(Nr. 17, Sept. 1993)

Energie - Müll - Verkehr

(Nr. 18, Jan. 1994)

Alternativen zum Neoliberalismus

(Nr. 19, April 1994)

Sackgasse Neoliberalismus

(Nr. 20, August 1994)

isw-spezial

Forza Italia - Vorwärts in die Vergangenheit

(Nr. 7, Mai 1994), DM 5,- + Porto

isw-wirtschaftsinfo

Standort D (Nr. 17, Mai 1994), DM 5,- + Porto

Zu bestellen / Prospekt anfordern bei
isw e.V., Georg-Wopfler-Straße 46,
80939 München, Tel. u. Fax: 089-323 17 80
Konto Sparda Bank München
Konto-Nr. 98 34 20 (BLZ 700 905 00)

Gab und gibt es eine Kolonialisierung der DDR?

von Wolfgang Dümcke*



Die Sozialwissenschaftler - und nicht zuletzt die Politikwissenschaftler - standen nicht nur, wie alle anderen Leute in Deutschland und Europa, fassungslos vor den sich überstürzenden Ereignissen des Zusammenbruchs der DDR und der Sturzgeburt einer „Wiedervereinigung“ - sie haben es auch bis zum heutigen Tage, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht vermocht, diesen Umbruchs- und Vereinigungsprozeß einer kritischen Analyse zu unterziehen. Es gibt inzwischen zwar Dutzende von Büchern über die Jahre 1989-94, aber nur ganz wenige besitzen soviel kritische Distanz, den ganzen Prozeß nicht wie ein überraschendes, letztlich aber unabwendbares Geschehen vorzuführen, sondern auch die Frage nach Verantwortlichkeiten, gravierenden Fehlentscheidungen und Fehlentwicklungen sowie nach möglichen und notwendigen Alternativen zu stellen.

In der Frühphase des Umgestaltungsprozesses, im Frühjahr 1990 an der

Humboldt-Universität, hat der Autor Fritz Vilmar, Professor an der Freien Universität Berlin, kennengelernt, zu einer Zeit, als an jener ehemaligen Ostberliner „Kaderschmiede“ noch intensive Versuche unternommen wurden, an denen Vilmar mitwirkte, in einer selbstkritischen, aber auch selbstbewußten und kooperativen Weise eigenständige Neuorientierungen zu verwirklichen - nicht zuletzt im Bereich der Politikwissenschaften. Diese wie auch andere Versuche wurden „plattgemacht“; das an der Humboldt-Universität neugegründete Institut für Politikwissenschaft wurde de facto - hinsichtlich des Personalbestandes und hinsichtlich der im Vergleich mit der altbundesrepublikanischen Politikwissenschaft originären wissenschaftlich-theoretischen Ansätze - genauso „abgewickelt“ wie unzählige andere wissenschaftliche Einrichtungen. Und am Fachbereich Politikwissenschaft der Freien Universität (dem „größten politologischen Fachbereich Europas“!) haben sich zwar einige einzelne Politologen sehr engagiert und - oft in Ko-

operation mit Ostberliner KollegInnen¹⁾ - bemüht, konstruktiv zu dem rasanten Umbruchs- und Neuordnungsprozeß beizutragen - der Fachbereich als Ganzes jedoch verharrete in einer geradezu gespenstischen Sprachlosigkeit, in einem „intellektuellen Winterschlaf“ (vgl. Dümcke/Vilmar 1993: 6).

Was heißt hier Kolonisierung?

Auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen haben beide Wissenschaftler seit dem Wintersemester 1991/92 wenigstens exemplarisch ein Kooperations- und Analyseprojekt realisiert, das sie als Gegenmodell zu der herrschenden west- und ostdeutschen Selbstbezogenheit und Kommunikationsunfähigkeit angesichts des sich immer katastrophaler vollziehenden „Vereinigungsprozesses“ zu entwickeln versuchten. Sie haben in projektmäßig organisierten Seminaren zur kritischen Analyse des Vereinigungsprozesses sich und den Studierenden die Frage gestellt, ob sich in diesen Jahren anstelle einer deutschen „Wiedervereinigung“ ein Prozeß westdeutscher *Kolonialisierung* der DDR vollzogen hat.

An dieser Stelle wird man vielleicht unzulässige Polemik vermuten. Wenn man aber Kolonialisierung nicht mit dem Einmarsch von Kolonialtruppen à la Lettow-Vorbeck, mit Massakern an „Eingeborenen“ etc. gleichsetzt, sondern das Entscheidende ins Auge faßt: die Zerstörung einer „einheimischen“ Wirtschaftsstruktur, die Ausbeutung der vorhandenen ökonomischen Ressourcen, die soziale Liquidation nicht nur der politischen Elite, sondern auch der Intelligenz eines Landes sowie die Zerstörung der gewachsenen - wie auch immer problematischen - Identität einer Bevölkerung, so hat sich in der Tat in der ehemaligen DDR im präzisen Sinne des Begriffs ein Kolonialisierungsprozeß vollzogen.

Die informativsten und interessantesten Arbeitsergebnisse der Projektseminare wurden inzwischen bereits in Aus-

* Dr. Wolfgang Dümcke, Potsdam, ist Lehrbeauftragter an der FU Berlin

zügen veröffentlicht (vgl. Dümcke/Vilmar 1993).

Als im Herbst 1991 der Autor von Fritz Vilmar das Angebot bekam, unter dem Titel „Kolonialisierung der DDR? Kritische Analysen des Vereinigungsprozesses“ als ostdeutscher Sozialwissenschaftlicher am Otto-Suhr-Institut ein gemeinsames Seminar durchzuführen, sah er keinen Grund, diese Provokation nicht aufzunehmen, vielmehr überwog der Reiz, aus unterschiedlichen, bisher gegensätzlichen sozialen Kontexten heraus, den Vereinigungsprozeß streitbar und diskursiv zu reflektieren. Nicht in den Sinn kam ihm der Hinweis eines Kollegen: „Fast jeder, der ihn (den Begriff Kolonialisierung, W.D.) benutzt, weiß um die Tabuisierung, und kaum ein integrationswilliger Ostdeutscher könnte es sich erlauben, ihn ohne Strafe des Ausschlusses aus diversen „communities“ zu benutzen“ (Brie 1993: 8). Zu Beginn des Wintersemesters 1991/92 war die These einer möglichen Kolonialisierung der DDR in der Tat zunächst eine wissenschaftliche Provokation und ein heuristisches Mittel für ein kritisches Hinterfragen des deutschen Vereinigungsprozesses in seiner scheinbar alternativlosen Dynamik und nach dem Muster konservativer Vereinigungsstrategien eines Beitritts der DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes. Titel und konzeptioneller Aufbau des Seminars sicherte eine große Resonanz der Studierenden. Seit dem Wintersemester 1991/92 wurde das Projektseminar dreimal wiederholt. Die Ursache für diese Kontinuität liegt vor allem darin begründet, daß sich tatsächlich mehr und mehr - nachweisbar - ein Prozeß westdeutscher Kolonialisierung der DDR vollzog. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß der Tatbestand der Kolonialisierung mehr umfaßt als die Prozesse der weltweiten europäischen Expansion vom 16. bis zum 19. Jahrhundert. Kolonisierung bedeutet in ihrem Kern die politische, ökonomische und kulturelle Dominanz eines gesellschaftlichen Systems im Verhältnis zu einem anderen. Die Übertragung des Kolonialisierungsbegriffs auf die kritische Reflexion des deutschen Vereinigungsprozesses provoziert das Nachdenken und Diskutieren der gravierenden Dominanzphänomene im Verhältnis von West- zu Ostdeutschland und die damit verbundenen

schwerwiegend fehlleitenden Weichenstellungen in Prozeß der deutschen Vereinigung.

Grundlegende „kolonialistische“ Strukturelemente

Auf der Grundlage einer Vielzahl von Einzelstudien in dem genannten Projektseminar wurde deutlich, daß es auf allen gesellschaftlich relevanten Gebieten und Politikfeldern einige grundlegende „kolonialistische“ Strukturelemente gibt, die in der gebotenen Kürze in folgender Weise umrissen werden können:

1. Abgesehen von wenigen und unbedeutenden Ausnahmen wurden die „bewährten“ institutionellen Strukturen der alten Bundesrepublik im Osten Deutschlands installiert. Insbesondere

Kolonisierung bedeutet in ihrem Kern die politische, ökonomische und kulturelle Dominanz eines gesellschaftlichen Systems im Verhältnis zu einem anderen.

die institutionellen, teilweise innovativen Potentiale aus der Zeit des Versuchs der Reformierung der DDR-Gesellschaft 1989/90 wurden ignoriert. M.E. ist es eine typische Form konservativen Herrschaftsverhaltens (das Gegenteil verantwortlichen politischen Verhaltens!), daß die Bundesregierung bzw. Vertreter der Machteliten niemals ernsthaft versucht haben, nach den Möglichkeiten und vor allen Notwendigkeiten einer kritischen Sichtung eigener Institutionen zu fragen und dabei vor allen die gesellschaftlichen Kräfte tatsächlich zu integrieren, die mit der ursprünglichen Intention einer radikalen Reform des Realsozialismus die Vereinigung der beiden deutschen Staaten erst ermöglicht haben. Aktiviert wurden die geistigen und politischen Ressourcen der Demokratisierung der Altbundesrepublik der 60er Jahre nach dem Motto: Es gibt viel zu tun, packen wir es an, wir haben es schon einmal geschafft. Daß es da

möglicherweise interessante institutionelle Ansätze in der DDR gab, die befreit von ihren staatssozialistischen Verformungen möglicherweise auch für die vereinigte Bundesrepublik eine diskutierenswerte Herausforderung darstellen, kam gar nicht in den Sinn. Der Verweis auf ein konservatives Wählervotum der Mehrheit der DDR-Bürger für einen schnellen Währungs- und Institutionentransfer von West gen Ost ist nur eine scheinbare Legitimation dieser Strategie, zumal die Verfassungskommission, die sich anschickte, den Vereinigungsprozeß verfassungsrechtlich zu reflektieren, von plebizitären Elementen im politischen Entscheidungsprozeß der gesamten Bundesrepublik nicht viel hält (Scholz 1993: 4).

2. Gravierend schlägt sich diese Strategie auf dem Gebiet der Wirtschaft nieder. Durch eine übereilte Einführung der DM am 1. Juli 1990 wurden die Produkte der DDR-Wirtschaft um ca. 300% verteuert (Priewe/Hickel 1991: 13). Dieser Schritt hatte die Zerstörung der Wettbewerbsfähigkeit und damit den Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie und Landwirtschaft, den sofortigen crash des Osteuropamarktes und Hunderttausende Arbeitslose zur Folge. Zugleich vollzog sich eine Eroberung der Märkte und Absatzwege durch westdeutsche Unternehmen, die ihren Absatz um 50% über das zuvor prognostizierte Wachstum hinaus steigern konnten. Produktion und Absatz ostdeutscher Betriebe gingen dagegen in den Keller.

Eine unterentwickelte, jedoch partiell sanierungsfähige Wirtschaft (nach vorsichtigen Schätzungen wären mittel- und langfristig ca. 80% der ehemaligen DDR-Unternehmen zu sanieren gewesen) wurde durch diese Schocktherapie der Einführung der DM und der Strategie der ausschließlichen Privatisierung aller ehemaligen sogenannten volkseigenen Betriebe durch die Treuhandanstalt vollends zerstört.

In Folge der Verwirklichung des Privatisierungsgrundsatzes des Einigungsvertrages für die DDR-Volkswirtschaft durch die Treuhand und der Umbewertung der Vermögenswerte, die von den Ostdeutschen in die vereinigte Bundesrepublik eingebracht wurden, in Verluste vollzog sich ein umfassender Eigentumstransfer von Ost nach West (vgl. Steinitz 1992). Eine Schaffung von Eigentum für ostdeutsche Bundesbürger - wie ursprünglich durch Wolfgang Ull-

mann bei Gründung der Treuhandanstalt durch Vergabe von Anteilsscheinen vorgeschlagen - ist nie verwirklicht worden. Allein schon hinsichtlich der Schaffung ökonomischer Voraussetzungen einer souveränen Existenz würden die Ostdeutschen durch diesen Wiedervereinigungsprozeß Bürger zweiter Klasse. Anschauliches Beispiel für derartige Entwicklungen und Ausdruck einer Ignoranz gegenüber den Gefährdungen des sozialen Friedens sind die gegenwärtigen Bestrebungen, ehemals volkseigene Wohnungen als Eigentumswohnungen den letztlich tatsächlichen ehemaligen Eigentümern anzubieten (vgl. Richter 1994: 98-100).

3. Alle gesellschaftlich bedeutsamen Gebiete werden personell durch die alte Bundesrepublik dominiert. Personelle Schlüsselpositionen - abgesehen von wenigen Ausnahmen - werden durch Vertreter Westdeutschlands besetzt.

Aufgrund dieser Entwicklung kommt es zwangsläufig zu einer Ausschaltung, einer zwar nicht physischen, aber sozialen Liquidierung der gesellschaftlichen Eliten, insbesondere der Intelligenz der ehemaligen DDR. Man sollte die Tatsache konstatieren, daß gegenwärtig ca. 70% der Hoch- und Fachschulaboventen der ehemaligen DDR aus ihren Stellungen entlassen sind. Es handelt sich dabei zu einem nicht geringen Teil um ein Potential, das in einigen Jahren nicht mehr zu regenerieren ist.

4. Die Bevölkerung befindet sich aufgrund der radikalen Veränderungen in einem enormen Anpassungsdruck, der es nicht möglich macht, sich mit der eigenen - wie auch immer problematischen - Vergangenheit auseinanderzusetzen. Die deutsche Vereinigung vollzieht sich als ein sehr ambivalenter Prozeß der Zerstörung ostdeutscher Identität. M.E. kann man den sich vollziehenden Prozeß in folgender Weise beschreiben: Die Abwicklung, Bewertung, Überprüfung und Sicherung der wirtschaftlichen Existenz bei rapide steigenden Lebenshaltungskosten im Gegensatz zur geringen Einkommensentwicklung, drohende und faktische Arbeitslosigkeit setzen die neuen Bundesbürger einem gewaltigen Streß aus. Mit ihrer eigenen tradierten Identität noch nicht fertig, wird ihnen eine neue Identität von „Siegern“ der Geschichte oktroyiert. Vornehmlich kann die Mehrheit der Ostdeutschen lediglich die Ressourcen fachliche Kompetenz und formale poli-

tische Unbedenklichkeit aktivieren, um einen Platz im sozialen Gefüge der Bundesrepublik zu verteidigen oder zu gewinnen. Souveräne politische Kompetenz ist nicht gefragt.

Dieser Adaptionen Druck an die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse wurde und wird dadurch verstärkt, daß vielen Betroffenen zum einen die formalrechtlichen Instrumentarien, sich mit Entscheidungen gegen ihre bisherige berufliche Tätigkeit auseinanderzusetzen, entzogen wurden. (Für ca. 600.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes der ehemaligen DDR wurde mit der sog. Warteschleifenregelung das Arbeitsrecht völlig außer Kraft gesetzt.) Zum anderen müssen große Teile der DDR-Bevölkerung Diskriminierungen hinnehmen, die letztlich ihr bisheriges Leben entwerten. (Die Einstufung von Teilen der Intelligenz als „staatsnah“ und

Die unzweifelhaft vorhandenen Bemühungen um Demokratisierung Ostdeutschlands werden durch den gleichzeitig sich vollziehenden Kolonialisierungsprozeß aufs schwerste diskreditiert - sie werden unglaubwürdig.

das entsprechende Streichen von bestimmten Zuschüssen für die Altersversorgung, sofern ein bestimmtes Niveau der Renten überschritten wird, entsprechend dem Rentenüberleitungsgesetz, trägt Züge einer strafrechtlich relevanten Diskriminierung von Teilen der DDR-Bevölkerung, die nunmehr aus dem Arbeitsleben ausscheiden.)

Kolonialisierung contra Demokratisierung

Wir können für uns das Recht in Anspruch nehmen, im Rahmen unserer Lehrtätigkeit und in daraus resultierenden Publikationen die These von einer westdeutschen Kolonialisierung der DDR erstmalig umfassend thematisiert zu haben. Nach nunmehr vier Jahren deutsche Einheit gehört der Kolonialisierungsbegriff zum „Standard“ eines

Diskurses über den Prozeß der deutschen Vereinigung. Jener Begriff der Kolonialisierung wird in unterschiedlicher Weise gebraucht und widerspiegelt anschaulich die verschiedenen, gegensätzlichen Standpunkte und Situationsdefinitionen zur nunmehr verfassungsrechtlich geeinten Nation. Arnulf Baring spricht von einer positiv zu bewertenden Ostkolonisation im Sinne einer langfristigen Rekultivierung (Baring 1991: 70); Michael Brie stellt gegensätzliche Vereinigungsdiskurse, Liberalisierungs- contra Kolonialisierungsdiskurs, dar (Brie 1994: 3-11); Wolfgang Richter ortet in der Behandlung der Ex-DDR durch die Alt-bundesrepublik Gemeinsamkeiten mit der klassischen Kolonialisierung (Richter 1994: 97-98).

In allen Ansätzen zeigt sich, daß der Kolonialisierungsbegriff mit verschiedenen Wertungen mehr und mehr akzeptiert wird. In der alltäglichen - auch sich wissenschaftlich gebenden - Diskussion dagegen wird Positionen wie der unsrigen vorgeworfen, mit der Kolonialisierungsthese verlasse man den wissenschaftlichen Diskurs bzw. mißbrauche ihn als Arena des Lamentierens einer bestimmten sozialen Gruppe, die zum größten Teil zu Recht aus den Entscheidungsprozessen ausgeschlossen worden ist und niemals mehr Macht bekommen sollte. Außerdem sei es im Unterschied zu anderen osteuropäischen Ländern im Osten Deutschlands gelungen, die Verarmung weiter Teile der Bevölkerung - vor allem der Senioren - zu verhindern. Wer angesichts dieser Leistung von Kolonialisierung spreche, sei undankbar und wolle nicht die Größe der historischen Herausforderungen sehen. Während einer wissenschaftlichen Tagung in den USA wurde zum Beispiel der Autor von einem Kollegen der Universität Wuppertal aufgefordert, diesen Terminus nicht mehr zu benutzen, es wäre besser, wenn man so etwas verbieten würde.

Im Sinne einer grundsätzlichen Diskursvoraussetzung sei auf das Folgende verwiesen: Der Terminus Kolonialisierung beschreibt nur eine Seite des Vereinigungsprozesses. Auf der anderen Seite ein und der selben Medaille gibt es den langfristig wirkenden Prozeß der Demokratisierung. Die bewußte Entscheidung der Mehrheit der DDR-Bürger für einen vollständigen Transfer der Institutionen der alten Bundesrepublik in den Osten Deutschlands war eine Entscheidung für

eine effektive Wirtschaft und funktionierende sowie bewährte demokratische politische Strukturen. Es vollziehen sich jedoch quasi zwei völlig heterogene Prozesse nebeneinander. M. Brie hat daher unrecht, wenn er meint: „Der Kolonialisierungsdiskurs geht auch daran vorbei, daß die eingeführten Strukturen per se eben nicht kolonialistisch wirken müssen, sondern durchaus auch liberal-emanzipatorisch genutzt werden können. Föderalismus, repräsentative Demokratie, marktwirtschaftliche Austauschbeziehungen sind ja keinesfalls auf eine kolonialistische Verfestigung von Machtverhältnissen festgelegt, sondern gestaltbar“ (Brie 1994: 11). Im Gegenteil: Die unzweifelhaft vorhandenen Bemühungen um Demokratisierung Ostdeutschlands werden durch den gleichzeitig sich vollziehenden Kolonialisierungsprozeß aufs schwerste diskreditiert - sie werden unglaubwürdig.

Wichtig ist m.E., daß es sich bei dem Phänomen der Kolonialisierung eben nicht schlechthin um einen Diskurs handelt, der von denen geführt wird, die vom Institutionentransfer betroffen sind und deren sozialer Status ins Wanken geriet. Der Terminus Kolonialisierung beschreibt eine reale Seite des Vereinigungsprozesses, nämlich die westlichen Dominanzprozesse, die die Entbindung des innovativen Potentials der Demokratisierung der ostdeutschen Gesellschaft be- bzw. verhindern. Aus diesem Grunde gleicht die Kolonialisierung der DDR in der Form so bedrückend dem Muster der klassischen Kolonialisierung: dem Ausschluß der Bevölkerung von der politischen Selbstbestimmung sowie ihrer Behandlung als Staatsbürger zweiter Klasse, der Entwicklung einer Schicht von Vermittlern und Gewinnern im Verhältnis zwischen Kolonialisiererten und Herrschenden, der Erosion der traditionellen sozialen Zusammenhänge u.a. (vgl. Richter 1994: 98)

Notwendigkeit demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten

M.E. geht es aber nicht nur um einen moralischen Protest gegen solche Formen der Entwürdigung von Teilen der Neubundesbürgerschaft. Genauso wenig angebracht ist die facettenreiche Beschwörung einer Verschwörung von „in

der Treuhand und den Länderregierungen repräsentierten Vertretermacht westdeutscher Eigentümerinteressen“ oder einer Vorgabe einer politischen 'Enthauptungsstrategie' durch den Einigungsvertrag (Richter 1994: 99-100). Vielmehr geht es um die Gestaltbarkeit von Marktwirtschaft, föderalen politischen Strukturen und repräsentativer Demokratie gegen die Verfestigung der Tendenzen einer westdeutschen Kolonialisierung. Das Spannungsverhältnis zwischen Kolonialisierung und Demokratisierung ist zugunsten der vollständigen Entbindung der Potentiale der Demokratisierung nur aufzulösen durch Schaffung der Möglichkeit, daß gesellschaftliche Akteure des Ostens die bewährten demokratischen Institutionen nutzen können und gleichzeitig in ihnen und vermittelt der Schaffung von neuen Institutionen spezifischen Interessen wahrzunehmen und durchzusetzen. Gleichsam ist es auch nur so möglich, zwischen der Diskriminierung von Teilen der Bevölkerung, der notwendigen Aufhebungen von Privilegierungen sozialer Gruppen und der zwingenden strafrechtlichen Verfolgung einzelner Personen der DDR-Gesellschaft wirklich zu unterscheiden.

Wolfgang Richter verweist zum Beispiel als Vorsitzender der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde darauf, daß ca. 750.000 Menschen in Angst leben müssen, in Ermittlungsverfahren einbezogen zu werden, da eine Reihe von Gesetzen die Nichtverjährung von in der DDR begangenen Straftaten vorsehen (vgl. Richter 1994: 101). Diese lähmende Situation schützt die eigentlichen Täter und macht einen ehrlichen sowie souverän auf die Zukunft gerichteten Umgang mit der Geschichte der staatssozialistischen Gesellschaft unmöglich. Die Prozesse gegen Mielke, Mittag, Honecker u.a., in denen nach formaljuristischen Gesichtspunkten an den tatsächlichen Verbrechen dieser früheren Funktionsträger und Repräsentanten der DDR vorbei versucht wird, Recht zu sprechen, zeigt offensichtlich das Dilemma einer Politik, die versucht, nach formalen Kriterien, die der untergegangenen Gesellschaft kaum gerecht werden, diese zu bewältigen oder besser abzuwickeln.

Es geht vor allem um gesellschaftliche Lernprozesse, die es möglich machen, sich politisch Herausforderungen zu stellen. Solche Lernprozesse werden eben durch einen simplen Systemtrans-

fer von West gen Ost nicht ausgelöst, da diese Herausforderungen vor dem Zusammenbruch der DDR bereits einen Reformierungsdruck in der Bundesrepublik hervorriefen. Letztlich geht es um eine Gestaltung politischer Institutionen in Ost und in West, die globalen Risiken in der Zukunft gewachsen sind. Gleichzeitig ist es notwendig, den spezifischen territorialen Bedingungen jenseits der Makroebenen des Institutionentransfers wirkungsvoll Rechnung zu tragen. Unreflektierte Kopien des Westens helfen in dieser Hinsicht wenig.

1) Verwiesen sei auf die auf die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen R. Rytlewski (Freie Universität) und B. Musiolek (vormals Humboldt-Universität) zur Herausbildung des Parlamentarismus in den neuen Bundesländern.

Literatur

- Baring, Arnulf, 1991: Deutschland, was nun? Berlin
 Brie, Michael, 1994: Die Ostdeutschen auf dem Wege vom „armen Bruder“ zur organisierten Minderheit? Berlin
 Dümcke, Wolfgang/ Vilmars, Fritz (Hg.), 1993: Kolonialisierung der DDR? - Kritische Analysen des deutschen Vereinigungsprozesses, in: Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt (kda, Nr. 3/4 und Nr. 5/8)
 Prieue, Jan/ Hickel, Rudolf, 1991: Der Preis der Einheit, Frankfurt/M.
 Richter, Wolfgang, 1994: Kolonialisierung der DDR, in: Scherer, Klaus-Jürgen/ Wasmuth, Ulrike C. (Hg.): Mut zur Utopie, Münster
 Scholz, Rupert, 1993: Die Gemeinsame Verfassungskommission. Auftrag, Verfahren und Ergebnisse, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 52-53/93, 24. Dezember
 Steinitz, Klaus, 1992: Waigels Altschulden - Tricks und die Tatsachen, in: Neues Deutschland vom 17./18. September

Dividende kann nicht alles sein

Aktionärinnen und Aktionäre müssen auch ihre Verantwortung für Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit bei ihren Unternehmen wahrnehmen - meinen wir.

Deshalb haben wir uns zusammengeschlossen, um den Vorständen die Leviten zu lesen. Und wir suchen weitere Unterstützer.

Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Schlackstraße 16, D-50737 Köln
 Telefon 0221-599 56 47, Telefax 0221-599 10 24

Die Reproduktion von Klassengesellschaft in Ostdeutschland

von Dietmar Wittich*



Es ist nicht mein Thema an dieser Stelle, ob die DDR eine Klassengesellschaft war, ob sie eine Klassengesellschaft neuen Typs war (Weidig et al. 1984) oder ähnliches. Wir kommen auf der Basis empirischer Forschungen, in denen wir seit 1990 die sozialen Veränderungen in Ostdeutschland im Zuge der Integration in die Bundesrepublik Deutschland untersuchen, zu dem Ergebnis, daß sich wesentliche Seiten der Veränderungen der Sozialstruktur mit den Mitteln der Klassenanalyse beschreiben und mit denen der Klassentheorie erklären lassen. Das steht einerseits durchaus in der Kontinuität der Sozialstrukturforschung in der DDR, kann aber andererseits nicht auf dem Niveau erfolgen, auf dem Klassentheorie im Marxismus-Leninismus im allgemeinen war.

In der westlichen, speziell der bundesdeutschen Soziologie wird seit geraumer Zeit die Klassentheorie, vor allem die in der Marx'schen Tradition stehende Klassentheorie behandelt wie ein „toter Hund“. Die griffigen Formeln

sind bekannt. Sie reichen vom „Abschied vom Proletariat“ (Gorz 1980) bis zur These von der „historic mission unfulfilled“ (Lipset 1981), allenfalls abgemildert in Formulierungen wie „Klassengesellschaft ohne Klassen“ (Beck 1986). Es ist auch nicht mein Problem, ob diese Aussagen für die westlichen kapitalistischen Metropolen zutrafen, in welchem Maße sie zutrafen oder gar nicht (ausführlicher bei Biebling 1994, S. 30f.). Mein Gegenstand sind die sozialstrukturellen Veränderungen in der ostdeutschen Gesellschaft seit 1989.

Auch für eine marxistische Klassentheorie muß gelten, was Hans Wagner für die marxistischen Gesellschaftswissenschaften im realen Sozialismus generell einschätzte: „Unsere theoretische Sicht auf die praktischen Evolutionsprozesse entfernte sich ... in dem Maße von der Wirklichkeit, wie letztere sich von der Art und Weise der Regulation und den sozialen Klassenverhältnissen des 19. Jahrhunderts entfernte“ (Wagner 1994, S. 51). Indessen ist auf diesem wie anderen Gebieten in West und Ost gearbeitet worden und es wird auch weiter gearbeitet.

Klassentheoretische Ausgangsposition

Aus unserer Sicht erscheinen drei Aspekte bedeutungsvoll und sollen exemplarisch zur Explikation des Ausgangspunktes berührt werden: (1) eine kritische Sicht auf die Geschichte marxistischer Klassentheorie und -analyse, (2) Ansätze zur Entwicklung der Klassentheorie, (3) die Sozialstrukturforschung im realen Sozialismus.

Erstens: Die notwendige Kritik des Marxismus kann Marx selbst nicht aussparen. Marx hat eine gewaltige Arbeit in der detaillierten Kritik spekulativer Konstruktionen geleistet und insgesamt - bei Beachtung der Differenz zwischen Forschungs- und Darstellungsweise - seine Theorie rationell konzipiert. Aber wir sollten heute sehr genau analysieren, wo es auch in seinem Werk selbst Momente spekulativer Konstruktionen gibt. Eine davon ist wohl die von der „historischen Mission der Arbeiterklasse“ (Goldschmidt 1994, S. 86-88) als einzigem und notwendigem Subjekt der menschlichen Emanzipation und der sozialen Revolution (MEW 2, S. 38).

Zweitens: Bei den Anregungen aus der westlichen Sozialstrukturtheorie und -analyse denke ich z.B. an Anthony Giddens. Sein Konzept von der Klassenstrukturierung (Giddens 1979) zum einen mit seiner doppelten Strukturierung von Rollen/Regeln und Ressourcen (S. 66) ist ein Angebot, den Dualismus von Handeln und Struktur transparent zu machen. Zum anderen kann die Unterscheidung von unmittelbarer und vermittelter Strukturierung einen rationalen Ausweg aus der Dichotomie des Zweiklassenschemas bieten.

Drittens: Hier geht es vor allem darum, den von außen kommenden Klischees entgegenzutreten, in der DDR usw. sei alles orthodox, scholastisch, damit unwissenschaftlich und unbrauchbar gewesen. Das ist mit der problematischen und heute vorherrschenden Praxis verbunden, Realität und deren Analysen im Westen zum allgemeinen Kriterium für die Realität im Osten zu er-

* Dr. Dietmar Wittich, Leiter und Mitbegründer des 1990 gegründeten isda, Institut für Sozialdatenanalyse e.V., Berlin

Tabelle 1: Sozialstrukturveränderungen in Ostdeutschland Mai 1990 - November 1993 (nur Erwerbstätige bzw. -fähige, Prozent einer repräsentativen Stichprobe der Wohnbevölkerung ab einem Alter von 18 Jahren)

	Mai 1990	November 1993	
	Berufstätige	Erwerbsfähige	Erwerbstätige
Arbeiter	38,0	29,2	25,5
Angestellte	28,2	40,8	42,8
Beamte	-	1,7	2,2
Intelligenz	20,0	18,4	19,3
Bauern	6,3	2,1	1,4
Handwerker	0,8	3,5	3,3
Unternehmer	2,7	2,7	3,5
Freiberufler	-	1,4	1,8
Mithelfende	-	0,2	0,2
Anteil an Gesamt	83,5	73,7	54,2

heben. Auch dabei wird diese Realität nicht als solche genommen, sondern im besten Falle nur die Abweichungen vom Westen gemessen. Dem gilt es die konkreten Insider-Kenntnisse jener entgegenzusetzen, die zur Sozialstruktur der realsozialistischen Gesellschaft geforscht haben (bei gleichzeitiger selbstkritischer Reflexion).

1. Differenzierung und Entdifferenzierung

Die Forschungen im Rahmen des von isda seit 1990 betriebenen Projekts „Sozialstruktur und Lebensqualität“ (SLQ) zählen den Funktionsgruppenansatz von Manfred Lötsch zu den Ausgangspunkten. Er knüpft an der Prozeßhaftigkeit von Gesellschaft an, daran „daß die jetzige Gesellschaft kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozeß der Umwandlung begriffener Organismus ist“ (Marx 1962, S. 16).

Aktuelle Entwicklungen - wie die offensichtliche existentielle Bedeutung der Realisierungsmöglichkeiten des Warencharakters der Arbeitskraft (also des Problems von Lohnabhängigen, einen Erwerbsarbeitsplatz zu finden, Anm. d. Red.) - bestärken die Position, daß sich mit klassentheoretischen und klassenanalytischen Sichtweisen und Modellen sicherlich nicht alle Aspekte und Dimensionen sozialer Strukturierung ausleuchten lassen, wohl aber durchaus wesentliche. Es geht nicht um Aus-

schließlichkeit, es geht um Kompatibilität. Klassenanalyse ist nicht mit ökonomistischen Klassenreduktionismus gleichzusetzen.

Die erste Phase der sozialstrukturellen Veränderungen in Ostdeutschland haben wir wie folgt zusammengefaßt: „Der gegenwärtige Stand der sozialstrukturellen Analyse ... spricht dafür, daß sozialstrukturelle Veränderungen nicht auf die Ebene der Klassenstrukturierung reduziert werden können, daß sie jedoch für die Erfassung bestimmter

Tabelle 2: Art der Tätigkeit und Erwerbsstatus in Ostdeutschland 1993 (Erwerbsfähige, Prozent spaltenweise)

	Berufstätige	Vorruhestand	Arbeitslose
Herstellen	12,9	18,5	25,8
Reparieren	10,8	8,3	8,5
Transportieren	5,6	4,2	5,2
Ein-, Verkaufen	10,2	6,5	8,9
Verwalten	13,3	8,9	14,1
Leiten	5,6	20,8	3,8
Forschen	4,1	4,2	4,2
Heilen	7,8	2,4	2,3
Bilden	9,1	8,9	4,7
kulturelle Tätigkeit	1,8	0,6	4,2
andere Dienstl.	8,6	6,0	9,4
andere Tätigkeit	10,2	10,7	8,9

Entwicklungen durchaus von entscheidender Bedeutung ist.“ (Wittich 1994, S. 47) Genau diese Entwicklungsaspekte haben sich mittlerweile noch deutlicher konturiert.

Einige empirische Befunde

1. Die Bevölkerungszahl in Ostdeutschland sinkt rapide. Noch wesentlich schneller haben sich jedoch Zahl und Anteil der Erwerbstätigen reduziert, ihr Anteil beträgt heute ca. 56% (1990: ca. 80%, nahezu alle Nichterwerbstätigen waren Rentner). Die Nichterwerbstätigen haben jetzt einen Anteil von 44%, nahezu die Hälfte von ihnen sind Arbeitslose (einschließlich Kurzarbeiter und Vorrrentner). Frauen sind unter den Arbeitslosen in Ostdeutschland, wo die Berufstätigkeit von Frauen eine akzeptierte Normalität war, deutlich überrepräsentiert.

2. Es haben sich seit 1989 erhebliche Bewegungen und Veränderungen in der Struktur der Erwerbstätigen vollzogen. Ca. drei Viertel der heute Erwerbstätigen haben seither den Job gewechselt (mehr als ein Drittel zweimal und öfter). Die Gründe lagen vor allem im Stellenabbau im Zusammenhang mit Rationalisierungen und in den verschiedenen Arten der Schließung von Betrieben und Institutionen (in der Erfindung von Begriffen gibt es erhebliche Kreativität: Abwicklung, Warte-

schleife, Evaluierung, Liquidation, Schließung ...).

3. In der Sozialstruktur der DDR bildeten die Arbeiter die größte soziale Gruppe (38% 1990), ihr Anteil ist jetzt auf 25% zurückgegangen. Die relativ größte soziale Gruppe bilden jetzt die Angestellten (von 29% 1990 auf 43% 1993). Das ist aber kein Wachstum, ihre Zahl hat sich gleichfalls - wenn auch geringer - reduziert, es handelt sich lediglich um eine relative Vergrößerung. Die Intelligenz (akademisch Gebildete) haben ihren Anteil erhalten, ihre Verringerung bewegt sich im Trend der Gesamtentwicklung.

4. Unternehmer, Freiberufler, Beamte und Handwerker sowie insgesamt in Dienstleistungen Beschäftigte haben ihre Zahlen und Anteile zum Teil erheblich vergrößert (Unternehmer von 1,5% auf 3%). Die dramatischste Entwicklung hat sich in der Klasse der Genossenschaftsbauern vollzogen, von den

Der Umfang der Tätigkeitswechsel in den vier Jahren 1989 bis 1993 übertrifft entsprechende Entwicklungen, die sich in der DDR über das gesamte Berufsleben erstreckten. Das Bild ähnelt dem eines Zeitraffers ...

ehemals knapp 7% in der DDR sind noch zwei Prozent übrig geblieben, die heute in agrarischen Gesellschaften bzw. Genossenschaften tätig sind (Krumbach u.a. 1991). Die politisch gewünschte Gruppe der privaten Bauern ist statistisch bisher nicht meßbar. Diese Entwicklungen gehen einerseits einher mit einer größeren Differenzierung der Arten der Tätigkeiten, andererseits mit Unterschieden im Arbeitsplatzrisiko.

5. Der Umfang der Beschäftigten in der Industrie hat sich seit 1990 etwa halbiert, ähnlich ist es im Bereich Verkehr, das Bauwesen ist mittlerweile auch auf zwei Drittel geschrumpft, ähnlich ist der Trend in den Bereichen Wissenschaft und Kultur. Der Handel verharrt bei drei Vierteln des Niveaus von 1990. Allein die staatlichen Verwaltungen ha-

ben ihren Umfang erhalten und damit ihren relativen Anteil erheblich erhöht. Der Anteil der Staatsbeschäftigten ist inzwischen kräftig auf über 30% gestiegen.

Das Gesamtphänomen der Arbeitslosigkeit setzt sich (bezogen auf die Gesamtheit der Erwerbsfähigen) wie folgt zusammen: Arbeitslose 15,7%, Vorruhestand u.ä. 11,6%. Hinsichtlich der Qualifikation kann man die Entwicklung auf die Formel bringen: je niedriger die Qualifikation, um so höher ist das Arbeitsplatzrisiko.

Parallelität mehrerer Prozesse

Insgesamt haben wir es also zu tun mit der Parallelität mehrerer gleichlaufender Prozesse: einer Entindustrialisierung, verbunden mit einer partiellen Entproletarisierung, einer De-Agrarisierung, einer (nicht empirisch dargestellten) Reduzierung von Wissenschaft und Forschung, verbunden mit einer Entintellektualisierung der gesellschaftlichen Arbeit in Ostdeutschland. Deutlich erkennbar steht dem gegenüber eine relative Bürokratisierung, die im Alltagsleben als absolute Bürokratisierung erfahren wird. Diese Parallelitäten schließen in sich widersprüchliche Entwicklungen ein. Wir haben auf der einen Seite die Konturierung sozialer Gruppen entlang der Achse Eigentum, vor allem die Vergrößerung der Gruppen der Unternehmer und der Freiberufler, und damit zusammenhängende Differenzierungen in Soziallagen und Lebenschancen. Hinsichtlich der konkreten Reprodukti-

onsleistungen sind die heute übrig gebliebenen Reste klarer strukturiert als es der Reproduktionsprozeß in der DDR war, es handelt sich um eine „funktionale Differenzierung“, die jedoch durch ihren engen Zusammenhang mit der Herausbildung von Lohnarbeitsverhältnissen (bzw. deren Nicht-Herausbildung) deutlich klassengesellschaftliche Züge trägt.

Auf der anderen Seite steht, daß hier erhebliche Qualifikationspotentiale, zu erheblichen Teilen dauerhaft, stillgelegt sind, für ihre Träger nicht mehr verwertbar sind. Es handelt sich um stillgelegte, potentielle Funktionen, die im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß nicht mehr produktiv (allenfalls in der Funktion von Konsumenten) wirksam werden.

Diese stillgelegten Potentiale finden sich vor allem in den Gruppen mit herstellenden Tätigkeiten (Arbeitslose fast 26%, Vorruhestand 19%). Bei den Vorruheständlern ragen weiterhin leitende Tätigkeiten und auch bildende Tätigkeiten heraus, bei den Arbeitslosen verwaltende Tätigkeiten. Diese Teile der Gesellschaft sind nicht funktional. Sie sind dysfunktional, weil sie überwiegend aus objektiven und subjektiven Gründen keine „industrielle Reservearmee“ sind. Da ihre soziale Situation weitgehend auf relativ niedrigem Niveau nivelliert wird, kann man auch von Entdifferenzierung sprechen: „Entdifferenzierung“, ein zweiter Grundprozeß in den Veränderungen der ostdeutschen Sozialstruktur. Auch diese Entwicklung ist als Moment von Klassenstrukturierung zu identifizieren, als eine negative Defini-

Tabelle 3: Soziale Gruppenzugehörigkeit in der DDR, Vergleich Beginn der Berufstätigkeit und Gegenwart (1989, Prozent)

Soziale Gruppe	bei Beginn des Berufslebens					
	Arbeiter	Ange-stellte	Beamte	Intelli-genz	Bauern	Hand-werker
Arbeiter	54,7	4,3	-	-	24,0	19,6
Angestellte	30,1	63,3	20,0	2,9	4,0	15,2
Beamte	1,6	1,7	30,0	2,9	-	-
Intelligenz	7,3	24,9	50,0	82,9	8,0	8,7
Bauern	1,6	0,3	-	-	60,0	-
Handwerker	2,3	0,9	-	-	-	64,9
Unternehmer	2,3	2,6	-	2,9	4,0	4,3
Freiberufler	-	1,2	-	5,7	-	-
Mithelfende	0,2	0,9	-	2,9	-	-

Tabelle 4: Tätigkeitswechsel in Ostdeutschland seit 1989 nach sozialen Gruppen (nur Erwerbsfähige, Prozent zeilenweise)

	nein	ja, freiwillig	ja, unfreiwillig
Arbeiter	47,8	19,9	32,3
Angestellte	50,4	10,8	38,8
Beamte	71,4	21,4	7,1
Intelligenz	54,0	15,9	30,2
Bauern	84,6	7,7	7,7
Handwerker	34,6	26,9	38,5
Unternehmer	35,0	35,0	30,0
Freiberufler	83,3	16,8	-
Gesamt	49,8	16,7	33,5

tion von Klassenlagen, hier ist nicht die Zuweisung bzw. die Erreichbarkeit (Optionen) eines Platzes im gesellschaftlichen Reproduktion durch sozialökonomische Faktoren bestimmt, sondern die Verweigerung eines Platzes, das Fehlen dieser Optionen.

2. Eine neue Qualität sozialer Mobilität

Soziale Mobilität hat es in der DDR in gewissem Umfang auch gegeben. Um den Umfang der Mobilität in der DDR-Gesellschaft zu rekonstruieren,

wurden empirisch Tätigkeitswechsel vor 1989 erfaßt. Kriterium war dabei, daß nicht einfach ein Betriebswechsel vollzogen wurde, sondern tatsächlich ein Wechsel der beruflichen Tätigkeit stattgefunden hat.

Danach ergibt sich, daß mehr als die Hälfte in der DDR bei der Tätigkeit geblieben ist, mit der sie ins Berufsleben gestartet war. Jeder fünfte hatte die berufliche Tätigkeit einmal gewechselt, jeder achte zweimal, jeder zwölfte dreimal und nur jeder 25. viermal und öfter. Demnach hatten vor 1989 insgesamt 44% ihre Tätigkeit gewechselt, am rela-

tiv häufigsten Angestellte und Angehörige der Intelligenz, am relativ wenigsten jene, die heute die Gruppen der Freiberufler und der Unternehmer bilden. Es bietet sich insgesamt das Bild einer Gesellschaft mit eher gemächlicher Mobilität, die Veränderungen erstreckten sich über das gesamte Berufsleben. Dabei lassen sich drei dominierende Bündel von Ursachen für Mobilität ausmachen: (1) Gründe, die auf den Inhalt der Arbeit bezogen sind (anderes Betätigungsfeld, qualifiziertere Arbeit), (2) Gründe, die familienbezogen sind (höheres Einkommen, Wohnortwechsel, günstigere Arbeitszeit), und (3) Gründe, die sich aus der Spezifik der gesellschaftlichen Rahmenordnung ergaben, darunter politische Gründe.

In der Zeit seit 1989 hat gleichfalls etwa die Hälfte der Erwerbsfähigen die Tätigkeit gewechselt, etwas mehr als vor 1989. Das Besondere liegt jedoch darin, daß es sich um Veränderungen in nur vier Jahren handelt. Anders gesagt: Der Umfang der Tätigkeitswechsel in diesen vier Jahren übertrifft entsprechende Entwicklungen, die sich in der DDR über das gesamte Berufsleben erstreckten. Das Bild ähnelt dem eines Zeiträffers, in nur wenigen Jahren werden Veränderungen in einem Umfang vollzogen, zu dem es zuvor Jahrzehnte gebraucht hatte.

Zugleich wird deutlich, daß diese Veränderungen in der überwiegenden

Tabelle 5: Gründe für Tätigkeitswechsel in Ostdeutschland nach 1989 nach sozialen Gruppen (nur Erwerbsfähige, Prozent)

	Arbeiter	Ange-stellte	Beamte	Intelli-genz	Hand-werker	Unter-nehmer	Frei-berufler	Gesamt
anderes Betätigungsfeld	12,8	6,8	-	10,4	-	15,4	40,0	9,7
besser verdienen	11,5	3,4	33,3	6,3	30,8	-	-	7,5
günstigere Arbeitszeit	1,3	2,6	-	-	-	-	-	1,4
qualifiziertere Arbeit	2,6	1,7	33,3	4,2	7,7	7,7	-	3,2
Qualifik. nicht anerkannt	1,3	0,9	-	-	-	-	-	0,7
Stellenabbau	37,2	32,5	-	25,0	7,7	-	-	28,7
Konkurs des Betriebes	5,1	6,8	-	-	7,7	-	-	4,7
Arbeitsstelle aufgelöst	14,1	30,8	33,3	22,9	15,4	38,5	20,0	24,7
Arbeitsst. abgewickelt	5,1	1,7	-	16,7	-	15,4	20,0	6,1
Betrieb geschlossen	3,8	6,0	-	-	15,4	-	-	4,3
politische Gründe	-	0,9	-	4,2	-	-	-	1,1
andere Gründe	5,1	6,0	-	10,4	15,4	23,1	20,0	7,9

Zahl der Fälle sich als Einschnitte in die berufliche Entwicklung realisieren. Insgesamt sind zwei Drittel der Arbeitsplatzwechsel seit 1989 unfreiwillig erfolgt. Besonders hoch ist der Anteil der unfreiwilligen Wechsler in den Gruppen der Angestellten und der Handwerker. Letztere Gruppe ragt auch deshalb heraus, weil in ihr nach den Unternehmern zugleich auch der höchste Anteil zu finden ist, die die Tätigkeit freiwillig gewechselt haben. Dieser Anteil ist auch bei den Beamten überdurchschnittlich. Das spricht dafür, daß diese für die ostdeutsche Gesellschaft relativ neuen Gruppen in der Sozialstruktur sich auf durchaus unterschiedliche Weise herausbilden. Zum einen handelt es sich bei den Zuwanderern zu diesen Gruppen zum Teil um Menschen, die sich neue Chancen eröffnen wollen. Zum Teil handelt es sich offenbar auch um Menschen, die den Übergang in diese neuen Struktur unfreiwillig vollziehen. Vor allem die Gruppe der Unternehmer ist in diesem Zusammenhang von Interesse. Die oben dargestellte scheinbare Kontinuität in den Relationen der sozialen Gruppe der Selbständigen zur sozialen Gruppe der Unternehmer erweist sich als außerordentlich differenziert. Nur reichlich ein Drittel der heutigen Gruppe der Unternehmer rekrutiert sich aus den Selbständigen in der DDR, ein weiteres reichliches Drittel wird von jenen gebildet, die neue Chancen ergreifen. Ein weiteres knappes Drittel hat zumindest den Anstoß zum Übergang in die neue soziale Gruppe aus dem Verlust früherer Tätigkeitsfelder und einem Mangel an Alternativen erhalten.

Hinsichtlich der Ursachen steht jetzt der Stellenabbau im Vordergrund, dieser betrifft Arbeiter und Angestellte

besonders häufig. Dem folgt in der Häufigkeit die Auflösung von Betrieben, davon waren vor allem Angestellte und nunmehrige Unternehmer betroffen. Wenn man dazu die verschiedenen anderen Formen der Liquidation von Betrieben und Institutionen nimmt (Abwicklung der Arbeitsstelle entsprechend Einigungsvertrag, Betriebschließung durch die Treuhandanstalt und Konkurs von Betrieben), dann stehen rund 40% der Tätigkeitswechsel seit 1989 in diesem Kontext. Andere Gründe sind demgegenüber deutlich relativiert. Die Suche nach einem anderen Betätigungsfeld spielt zwar noch eine Rolle, insbesondere für Freiberufler, aber auch für Unternehmer und Arbeiter, aber längst nicht in dem Um-

Die Ausdifferenzierung von Sozialtagen tendiert immer stärker zu sozialer Polarisierung, zur Herausbildung von Klassenlagen.

fang wie vor 1989. Ähnlich ist es mit der Suche nach besseren Verdienstmöglichkeiten. Erwähnt werden soll auch an dieser Stelle, daß gleichfalls rund ein Prozent den Arbeitsplatz aus politischen Gründen wechseln mußte.

Insgesamt erscheint nunmehr die soziale Mobilität durch zwei Faktorengruppen dominiert: zum einen durch wirtschaftliche Faktoren (Stellenabbau, Konkurse), zum anderen durch die Veränderung der institutionellen Rahmenordnung, insbesondere die Reorganisation der Wirtschaftssubjekte

und Institutionen (bzw. durch ihre Nicht-Reorganisation).

Sozialstrukturelle Turbulenzen

Es ist deutlich, daß die gesellschaftlichen Veränderungen seit 1989 eine nach Art und Geschwindigkeit neue Qualität von sozialer Mobilität bewirkt hat, die den Eindruck „sozialstruktureller Turbulenzen“ vermittelt. Die Übernahme der Wirtschafts-, Sozial- und Institutionenordnung der Bundesrepublik Deutschland auf das Gebiet, das vorher DDR war, greift tief in die Lebensgestaltung der Menschen ein. Es handelt sich um eine Doppelwirkung: zum einen die Einführung der neuen Rahmenordnung als solche, zum anderen, daß dabei nicht genügend Arbeitsplätze überführt bzw. geschaffen werden.

Es deuten einige Anzeichen darauf hin, daß die sozialstrukturellen Turbulenzen weiter anhalten werden. Zum einen zeigt sich das in dem erheblichen Umfang, den prekäre Beschäftigungsverhältnisse heute in Ostdeutschland haben. Zum anderen ist der Anteil der Personen auf geförderten Arbeitsplätzen bzw. in Fortbildung und Umschulung mit 24,4% immer noch erheblich. Die größten Gruppen bilden jene in Qualifizierungsmaßnahmen. Diese Gruppen befinden sich zugleich in alimentierter und prekärer Lage, sie befinden sich bei anhaltender Grundsituation zu erheblichen Teilen im Vorfeld dysfunktionaler Entdifferenzierung (siehe oben).

Weil diese Entwicklungen insgesamt gleichfalls mit der Gleichzeitigkeit von Herausbildung von Lohnarbeit, Umverteilung von Lohnarbeit und Limitierung von Lohnarbeit verknüpft sind, erscheinen sie als Verstärkung der klassengesellschaftlichen Züge in den Strukturierungsprozessen in Ostdeutschland.

Damit sind insbesondere zwei Entwicklungen verknüpft, die sich heute bereits als politisch relevant erweisen und die es weiter zu untersuchen gilt. Zum einen wird die in historisch kurzer Frist akkumulierte Mobilitätserfahrung subjektiv als soziale Verunsicherung reflektiert und in eine verbreitete Angst vor existentieller Bedrohung verlängert. Zum anderen findet eine Umschichtung von Soziallagen statt, „die

Tabelle 6: Abwanderung nach Westdeutschland und Pendler in Ostdeutschland 1989, Qualifikations- und Altersgruppen (Prozent spaltenweise)

	unter 20	21 - 40	41 - 60	über 60	Gesamt	Pendler
Hochschule		13,6	18,7		11,7	20,0
Fachhochsch.		2,5	6,3	20,0	4,2	1,4
Fachschule		11,1	25,0		14,2	7,1
Meister		3,7	12,5	20,0	6,7	4,3
Facharbeiter		63,0	34,4	60,0	54,2	58,5
Angelernte		2,5	1,7		1,4	1,6
Ungelernte	100,0	3,7	3,1		5,0	7,1
alle Abwanderer	1,7	67,5	26,7	4,2	100,0	/

vor allem an der Trennlinie der Verwertbarkeit bzw. Nichtverwertbarkeit von Arbeitskraft in Form von Lohnarbeit, dann aber auch im Zusammenhang mit solchen Ressourcen wie Eigentum und Verfügung über hohe oder spezielle Qualifikation erkennbar wird“ (Wittich 1994, S. 82). Diese Ausdifferenzierung von Soziallagen tendiert immer stärker zu sozialer Polarisierung, zur Herausbildung von Klassenlagen. Indem dies als von bisheriger beruflicher Biographie und Leistungsfähigkeit als weitgehend unabhängig erfahren wird, wird es verbreitet als sozial ungerecht reflektiert. Beides - die soziale Verunsicherung und die Erfahrung sozialer Ungerechtigkeit - erklären zu einem erheblichen Teil Spezifika z.B. des Wahlverhaltens in Ostdeutschland.

3. Zur sozialen Migration

Die Wanderung bzw. Abwanderung nach Westdeutschland hat einen beträchtlichen Umfang angenommen. Im Projekt SLQ wurde als Indikator die Frage verwendet, ob Verwandte ersten Grades der Probanden seit 1989 nach Westdeutschland verzogen sind. Derartige Abwanderungen werden aus 14,5% der Haushalte berichtet, in den berichteten Fällen gibt es durchschnittlich 1,3 Nennungen. Hochgerechnet sind insgesamt ca. 900.000 Familien davon betroffen.

Als Hauptgründe werden genannt: die Suche nach einem Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz, finanzielle Gründe (bessere Einkommen) und der Wunsch, ein neues Leben anzufangen (also Brüche in der Biografie). Diese Wanderung hat eine spezifische soziale Zusammensetzung.

Die ältere Generation ist an den Wanderungen kaum beteiligt, gleichfalls die jüngste Generation. Letzteres dürfte damit zusammenhängen, daß der Ausbildungsplatz im Westen in der Regel nicht (noch nicht) mit einem Wohnortwechsel verbunden ist. Der Hauptanteil der Migranten gehört zur Altersgruppe zwischen 20 und 40 Jahren. Auffällig ist in dieser Gruppe der hohe Anteil von Facharbeitern, aber auch eine gewisse Polarisierung. Hochschulabsolventen stellen gleichfalls einen erheblichen Anteil, aber vor allem Ungelernte sind klar überrepräsentiert. Die 41 bis 60jährigen unter den Migranten bilden eine wesentlich kleinere Gruppe mit ei-

nem hohen Anteil von Hochschulabsolventen und Technikern.

Diese spezifische Wanderung ist mit Konsequenzen sowohl für die ostdeutsche als auch für die westdeutsche Gesellschaft verbunden. Im Westen erhöhen sie die Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen auf dem ohnehin enger werdenden Arbeitsmarkt. Im Osten ist jedoch ein permanenter Verlust an jungen und an kompetenten Arbeitskräften nach wie vor im Gange, der seinerseits die Voraussetzungen für eine positive Wendung in der Wirtschaftsentwicklung untergräbt.

Unvollständige Klassengesellschaft an der Peripherie

Die genannten sozialstrukturellen Veränderungen haben in den Möglichkeiten bzw. Barrieren in der Herausbildung und Realisierung von Lohnarbeit einen gemeinsamen Nenner. Das vermittelt den Eindruck, als käme die Sozialstruktur der Bundesrepublik als das nach Ostdeutschland, was sie möglicherweise in den letzten Jahren in dieser Eindeutigkeit schon nicht mehr war: als *unvollständige Klassengesellschaft*, und das in einem doppelten Sinne: zum einen ist die Klasse der Kapitalisten nicht präsent, sie läßt sich durch Beauftragte vertreten, und zum anderen bildet sich das Lohnarbeitsverhältnis zwar formal umfassend und alles beherrschend heraus, aber real nur sehr unvollständig. Klassenanalytische Modelle sind in Ostdeutschland gegenwärtig durchaus geeignet, Ausdifferenzierungen von Lagegruppen zu beschreiben. Insofern gilt hier jedenfalls nicht, daß Klassenverhältnisse sozial fast irrelevant (Hradil 1990, S. 362) geworden sind.

Es soll an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden, ob und inwieweit die DDR als „staatssozialistische“ Gesellschaft gleichfalls klassengesellschaftliche Züge aufwies. Was sich gegenwärtig vollzieht, ist in wesentlichen Zügen eine Rekonstruktion von kapitalistischer Klassengesellschaft. Aus gesamtgesellschaftlicher Perspektive der Bundesrepublik stellt sie sich dar als spezifisch ostdeutscher Entwicklungsweg bei der Umgestaltung der „Klassenlandschaft“ (Kremer 1994, S. 19), als relativ geschlossene Ausbildung einer ganzen Region zur „Peripherie“. Radikalität

und Geschwindigkeit der Klassenstrukturierung, die Herausbildung neuer Strukturmomente wie die massenhafte Herausbildung alimentierter Existenzen u.a. deuten zugleich darauf hin, daß in dieser spezifischen Rekonstruktion kapitalistische Klassengesellschaft eine neue Qualität gewinnt.

Dabei ist die Perspektive durchaus offen. Es kann durchaus sein, daß die Region, die einmal DDR war, dauerhaft Peripherie westlicher Klassenlandschaft bleibt. Es ist zwar heute schwer vorstellbar, aber nicht ganz auszuschließen, daß sich hier „nur“ ein Freiraum für neue Modernisierungsmöglichkeiten des Kapitalismus herausbildet. Da sich Spezifika der „Vereinigungskrise“ mit Momenten der strukturellen Krise verkoppeln, sollte aber auch nicht ausgeschlossen werden, daß hier ein Vorgriff auf Entwicklungen realisiert wird, die in allen kapitalistischen Metropolen ganz oder teilweise bevorstehen.

Literatur

- Bieling, Hans-Jürgen, Klassenkampf „von oben“ ohne Gegenwehr?, in: spw - Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 6/1994.
- Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede, Frankfurt a.M. 1983.
- Giddens, Anthony: Die Klassenstruktur fortgeschrittener Gesellschaften, Frankfurt a.M. 1979.
- Goldschmidt, Werner: Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt - Mythos oder Realität, in: Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 17, 1994.
- Hradil, Stefan: Sozialstrukturanalyse in einer fortgeschrittenen Gesellschaft, Opladen 1987.
- Hradil, Stefan: Sozialstrukturelle Paradoxien und gesellschaftliche Modernisierung, in: Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt a.M. 1990, Frankfurt a.M./New York 1990.
- Krambach, Kurt / K. Hubatsch u.a.: Genossenschaftsbauern 1990/91. Existenzformen und Lebensweise im Umbruch, Berlin 1991.
- Kremer, Uwe: Klassen im Umbau. Einige Überlegungen zur politischen Aktualität der Klassentheorie, in: spw - Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 6/1994.
- Lötsch, Manfred: Über die soziale Struktur der Arbeiterklasse. Einige Schwerpunkte und Probleme der soziologischen Forschung, in: Soziologische Probleme der Klassenentwicklung in der DDR. Materialien vom 2. Kongreß der marxistisch-leninistischen Soziologie in der DDR. Berlin, Dietz, 1975, S. 95.
- Marx, Karl: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Band 23, Berlin 1962.
- Müller, Hans-Peter: Sozialstruktur und Lebensstile. Der neuere theoretische Diskurs über soziale Ungleichheit, Frankfurt a.M. 1992.
- Parsons, Talcott: Aktor, Situation und normative Muster. Ein Essay zur Theorie des sozialen Handelns, Frankfurt a.M. 1986.
- Wagner, Hans: Politische Ökonomie, globale Krise und Transformation des Kapitalismus, in: Utopie kreativ, Heft 39/40, 1994.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen 1972.
- Wittich, Dietmar (Hg.): Momente des Umbruchs. Sozialstruktur und Lebensqualität in ostdeutschen Transformationsprozessen, Berlin 1994.

Arbeitsmarktpolitik für Frauen und Jugendliche in Sachsen-Anhalt

von Gerlinde Kuppe*

Fünf Jahre nach dem politischen und ökonomischen Zusammenbruch der DDR ist der Übergang vom ehemals planwirtschaftlich-zentralistischen System zur sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland weit fortgeschritten, jedoch noch keineswegs abgeschlossen. Daß dieser Übergang nicht schmerzlos vonstatten gehen würde, haben viele vorausgesehen. Dennoch wurde die Mehrzahl der Menschen in Ostdeutschland vom Ausmaß der ökonomischen, politischen und sozialen Umwälzungen und den damit verbundenen, oftmals weitreichenden persönlichen Auswirkungen überrascht. Fast alle Menschen im erwerbsfähigen Alter waren von tiefgreifenden beruflichen Veränderungen betroffen. Arbeitslosigkeit wurde für viele zur ständigen Bedrohung. In besonderem Maße sind von dieser Entwicklung die Frauen - in Teilbereichen auch die Jugendlichen - betroffen.

Arbeitsmarktprobleme in Sachsen-Anhalt

In Sachsen-Anhalt ist die Umstrukturierung der Wirtschaft im Vergleich zu den übrigen neuen Bundesländern besonders aufwendig und langwierig. Hier konzentrierte sich die industrielle Produktion weitgehend auf die Chemieindustrie, den Maschinen- und Fahrzeugbau sowie die Energie- und Brennstoffindustrie, insbesondere den Bergbau. Der Anteil dieser Wirtschaftszweige lag in Sachsen-Anhalt bei ca. 26%, während er in den übrigen neuen Ländern fast 10% niedriger war. Gerade diese Branchen unterlagen einem besonders starken Konkurrenz- und damit auch Umstrukturierungsdruck, so daß Produktionseinbrüche und Massenentlassungen in einem enormen Ausmaß die Folge waren. Zudem hatte Sachsen-Anhalt zu DDR-Zeiten auch die meisten Beschäftigten in der Landwirtschaft und - nach Brandenburg - im Zeitraum zwischen November 1989 und November 1992 den stärksten Beschäftigungsrückgang

in diesem Bereich. In Folge dieser besonderen Branchenstruktur sind bestimmte Regionen des Landes durch Monostrukturen geprägt. Gerade im Raum Halle, Merseburg, Mansfeld und Magdeburg dominierten die großen Kombinate im Chemie- und Metallbereich sowie im Bergbau. Kein anderes neues Bundesland hatte so viele Beschäftigte in Großunternehmen wie Sachsen-Anhalt. Besonders hart wurde Sachsen-Anhalt darüberhinaus vom Zusammenbrechen der Ostmärkte getroffen, da hier der Exportanteil am Bruttoinlandsprodukt höher lag als in den übrigen neuen Ländern. Aufgrund dieser Problemlage dürfte der in allen neuen Ländern klar zu Tage tretende Mangel an modernen und wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen und der daraus abzuleitende hohe Investitionsbedarf in Sachsen-Anhalt - auch wegen der starken Umweltbelastungen - mit am größten gewesen sein.

In Folge dieser ungünstigen Ausgangsbedingungen hat Sachsen-Anhalt mit einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Seit Herbst 1993 hat Sachsen-Anhalt sogar die höchste Arbeitslosenquote in der Bundesrepublik. Der bisherige Höchststand der Arbeitslosigkeit wurde dabei im Februar 1994 erreicht. Zu diesem Zeitpunkt waren über 250.000 Menschen in Sachsen-Anhalt offiziell als arbeitslos registriert, die Arbeitslosenquote lag bei fast 20%. Seither hat sich die Situation wie in den anderen neuen Bundesländern etwas entschärft, die Zahl der Arbeitslosen ist unter 200.000 und die Arbeitslosenquote knapp unter 15% gesunken. Dabei ist zu beachten, daß das Ausmaß der realen Unterbeschäftigung deutlich größer ist. Bezieht man alle Personen, die sich zur Zeit in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden, in die Betrachtung ein, ergibt sich eine Unterbeschäftigungsquote von etwa 27 Prozent. Das heißt, daß für 27% der Erwerbswilligen keine regulären Arbeitsplätze vorhanden sind.

Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Situation auf dem Arbeitsmarkt in zunehmendem Maße auch durch einen Zustrom von neuen Arbeits-

plätzen stabilisiert wurde. So sind in den letzten Jahren mehrere hunderttausend neue Arbeitsplätze entstanden, die den Wegfall von alten Arbeitsplätzen zumindest teilweise ausgleichen konnten. Dies wird auch durch die Ergebnisse des Arbeitsmarktmonitors 1994, einer repräsentativen Umfrage unter etwa 10.000 Personen im erwerbsfähigen Alter, bestätigt. Danach hielt der bereits im letzten Jahr feststellbare Trend zur Stabilisierung beziehungsweise sogar zur leichten Erhöhung des Beschäftigungsniveaus auch in diesem Jahr an. Im Herbst 1994 waren in Sachsen-Anhalt 1,22 Mio. Personen erwerbstätig. Das sind rund 36.000 Personen mehr als im Vorjahr. Diese Erhöhung der Beschäftigtenzahl kam zu rund 2/3 durch zusätzliche reguläre Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt und nur zu 1/3 durch geförderte Beschäftigung (ABM / §249h AFG) zustande. Es sind also im letzten Jahr per Saldo rund 24.000 wettbewerbsfähige Arbeitsplätze mehr entstanden, als alte, unrentable Arbeitsplätze weggefallen sind. Neue Beschäftigungsverhältnisse entstanden - mehr oder weniger stark - in allen Wirtschaftszweigen, also auch dort, wo noch immer absolute Arbeitsplatzverluste zu verzeichnen sind. Schwerpunktmäßig entstanden neue Beschäftigungsverhältnisse jedoch wie in den Vorjahren in der Bauwirtschaft und im Dienstleistungsbereich. Festzumachen ist eine Stabilisierung am Arbeitsmarkt aber auch daran, daß die in der Vergangenheit beobachtete hohe Dynamik personeller Bewegungen am Arbeitsmarkt im letzten Jahr spürbar nachgelassen hat. Waren in den vergangenen Untersuchungsjahren noch etwa 30% der Erwerbstätigen von beruflichen Veränderungen betroffen, traf dies im letzten Jahr nur noch auf etwa 21% der Erwerbstätigen zu.

Frauenarbeitslosigkeit besonders gravierend

Trotz dieser positiven Signale ist unbestritten, daß das absolute Niveau der Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt nach wie vor zu hoch ist. Auch hat sich die Problemlage auf dem Arbeitsmarkt ge-

* Dr. Gerlinde Kuppe, Ministerin für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Sachsen-Anhalt

genüber 1991 weiterentwickelt. Es wird immer deutlicher, daß einzelne Bevölkerungsgruppen unterschiedlich hohe Arbeitsmarktrisiken tragen. Waren kurz nach der Wende fast alle Gruppen von Erwerbstätigen gleichermaßen von der durch den wirtschaftlichen Strukturbruch verursachten Arbeitslosigkeit betroffen, kristallisieren sich nun die Gruppen heraus, die besondere Probleme bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben. In Folge dieses Selektionsprozesses sind ältere Arbeitnehmer, gering Qualifizierte und Frauen in wesentlich höherem Maße von Arbeitslosigkeit betroffen als alle anderen Erwerbspersonen. Bei den Jugendlichen ist insbesondere der Einstieg in eine Ausbildungsstelle, teilweise auch der Übergang an der sogenannten zweiten Schwelle schwierig. Langzeitarbeitslosigkeit wird zunehmend zum Problem. Bereits jetzt sind über 40% aller Arbeitslosen - das sind rund 80.000 Menschen - länger als ein Jahr arbeitslos, 50.000 von ihnen bereits seit mehr als zwei Jahren. Hier ist das Ausmaß der Frauenarbeitslosigkeit besonders bedrückend. Etwa Drei-Viertel aller Langzeitarbeitslosen in Sachsen-Anhalt sind Frauen.

Ein weiteres besonderes Merkmal des Arbeitsmarktes in Ostdeutschland ist, daß die Erwerbsneigung der Frauen trotz der anhaltenden Arbeitslosigkeit bisher nicht nachgelassen hat und nach wie vor deutlich höher ist als in Westdeutschland. Nach den neuesten Ergebnissen des Arbeitsmarkt-Monitors für Sachsen-Anhalt gaben fast 80% aller Frauen bei der Befragung an, gegenwärtig erwerbstätig zu sein oder innerhalb der nächsten drei Jahre eine Arbeit aufnehmen zu wollen. Bei den männlichen Befragten machten 76% diese Angabe. Es ist also entscheidend, in Zukunft vermehrt Arbeitsplätze für Frauen zu schaffen und damit Frauen wieder auf dem ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Aufgrund dieser Problemlage besteht in Ostdeutschland auch eine erhöhte Notwendigkeit, eine neue Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern zu erreichen, um beiden Geschlechtern eine gleichberechtigte Teilhabe am Berufsleben zu ermöglichen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß zumindest bei den Frauen die Bereitschaft zur Teilung von Arbeitsplätzen sehr hoch ist. Rund 60% der erwerbswilligen Frauen wären grundsätzlich auch an einer Teilzeitbeschäftigung interessiert. Wichtigstes Argument ist hierbei die bessere Verein-

barkeit von Familie und Beruf. Bei den Männern ist diese Bereitschaft noch nicht so stark ausgeprägt. Hier muß noch ein gutes Stück Überzeugungsarbeit geleistet werden.

Die Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland steht angesichts dieser sich neu herausbildenden Problemstruktur in Zukunft insbesondere vor der Aufgabe, Lösungen in Bezug auf die hohe Frauenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland zu entwickeln. Kurzfristig bedeutet dies zunächst, eine erhöhte Teilhabe von Frauen an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sicherzustellen, um Frauen zumindest befristete Beschäftigung zu bieten und

Über 40 Prozent aller Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt - das sind rund 80.000 Menschen - sind länger als ein Jahr arbeitslos, etwa Drei-Viertel aller Langzeitarbeitslosen sind Frauen.

damit ihre individuellen Wiedereinstiegschancen zu erhöhen. Mittel- und langfristig müssen jedoch zusätzliche reguläre Beschäftigungsverhältnisse für Frauen - auch mit Hilfe von neuen Arbeitsteilungsmodellen - geschaffen werden.

Arbeitsmarktpolitische Initiativen und Schwerpunkte

In diesem Zusammenhang ist auch eine Initiative der seit Sommer 1994 SPD-geführten Landesregierung in Sachsen-Anhalt zu sehen. Aktive Arbeitsmarktpolitik hat nicht nur die Aufgabe, die Zahl der vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten zu stabilisieren, sondern darüber hinaus die Entstehung neuer, zusätzlicher Arbeitsplätze zu fördern. Möglichkeiten hierzu bietet auch die Flexibilisierung von Arbeitszeiten. Damit kann eine gerechtere Verteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens erreicht, und letztlich eine größere Zahl von Erwerbstätigen in Beschäftigung gebracht bzw. gehalten werden. Zugleich ist die Flexibilisierung der Arbeitszeit nicht nur als beschäftigungspolitisches Instrument gefragt, sondern

entspricht auch den Bedürfnissen vieler Menschen, Familie, Beruf und Freizeitinteressen in Einklang zu bringen. Das in der Flexibilisierung der Arbeitszeit steckende Potential ist auch in Sachsen-Anhalt noch lange nicht ausgereizt. Deshalb hat die Landesregierung vor kurzem beschlossen, sich an einer Bundesratsinitiative zur Förderung der Teilzeitarbeit zu beteiligen. In dem Gesetzentwurf hierzu ist sowohl eine sogenannte Teilzeitbeihilfe bei entsprechender Verkürzung der Arbeitszeit, als auch eine Regelung zum Altersteilzeitgeld enthalten, womit Beschäftigten ab dem 55. Lebensjahr ein fließender Übergang in den Ruhestand ermöglicht werden soll. Durch beide Instrumente könnten künftige Entlassungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern vermieden und Arbeitslose zusätzlich eingestellt werden. Gerade mit dem Instrument des Altersteilzeitgeldes ist dabei auch eine indirekte Förderung von Jugendlichen denkbar. So könnten durch dieses Instrument Modelle unterstützt werden, die den gleitenden Übergang älterer Beschäftigter in den Ruhestand mit einem gleitenden Einstieg jüngerer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in das Erwerbsleben verbinden. Vielen Jugendlichen, die ansonsten gar keine Möglichkeit zum Einstieg in das Berufsleben haben, könnte zumindest eine Teilzeitstelle angeboten werden. Dort hätten sie dann die Möglichkeit, sich in der beruflichen Praxis zu bewähren und mittelfristig auf eine Vollzeitstelle zu wechseln.

Bundespolitische Initiativen sind jedoch nur ein Weg, auf dem eine Landesregierung Arbeitsmarktpolitik für Frauen und Jugendliche gestalten kann. Ein anderer und bei den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag mit Sicherheit kurzfristig erfolgreicherer Weg ist die Auflage eigener Förderprogramme auf Landesebene. Dabei muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß bei der Betrachtung von regionalen Ansätzen der Arbeitsmarktpolitik stets auch die dominierende Rolle der Bundesanstalt für Arbeit in diesem Politikfeld im Blick behalten werden muß. Von der Bundesanstalt für Arbeit sind in den letzten Jahren Transferzahlungen in Höhe von rund 10 Milliarden DM pro Jahr nach Sachsen-Anhalt geflossen. Weit über 50% dieser Mittel wurden zur Finanzierung von Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik eingesetzt. Schon an diesen wenigen Eckpunkten ist zu erkennen, daß die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen

der Länder niemals ein Ersatz für die Arbeitsmarktpolitik des Bundes beziehungsweise der Bundesanstalt für Arbeit sein können. Dies ist jedoch auch gar nicht beabsichtigt. Die Länder können die zentrale Arbeitsmarktpolitik jedoch durch entsprechende Kofinanzierungsstrategien ergänzen, an regionale Problemlagen anpassen und verbliebene Lücken im AFG durch eigenfinanzierte Maßnahmen füllen. Finanzielle Möglichkeiten bietet hier auch der Europäische Sozialfonds, aus dem nun schon im zweiten Programmzeitraum in erheblichem Umfang finanzielle Mittel für die neuen Länder bereitgestellt werden.

In diesem Sinne verfolgt das Land Sachsen-Anhalt vier Schwerpunkte in der Arbeitsmarktpolitik:

1. Die Kofinanzierung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Maßnahmen nach §249h AFG vor allem im Bereich der ökologischen Sanierung ehemaliger Betriebsgelände und im Tourismusbereich. In zunehmendem Maße werden aber auch Projekte im sozialen Bereich und in den Feldern Jugendhilfe, Kultur, Denkmalpflege und Breitensport unterstützt. Besonders in diesen Bereichen entstehen überwiegend Arbeitsplätze für Frauen.

2. Die Qualifizierung von Beschäftigten und von Existenzgründerinnen und -gründern mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds. Ansatzpunkt ist hier zum einen die Anpassung der Qualifikationen von Beschäftigten an die neuen, durch die Umstrukturierung der Wirtschaft erzeugten Anforderungen. Zum anderen werden Existenzgründungen in der ersten Phase der Selbständigkeit durch Qualifizierungsangebote und finanzielle Unterstützungsleistungen begleitet.

3. Die Förderung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen für Jugendliche.

4. Arbeitsmarktpolitik für am Arbeitsmarkt besonders benachteiligte Personengruppen, insbesondere für Frauen, aber auch für Langzeitarbeitslose, benachteiligte Jugendliche und Behinderte.

Im folgenden sollen nur die Konzepte des Landes zur Ausbildungsförderung und zur Förderung benachteiligter Jugendlicher sowie zur Förderung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ausführlicher dargestellt werden.

Förderkonzepte für Jugendliche

Grundsätzlich bietet eine abgeschlossene Berufsausbildung den *Jugendlichen*

die besten Chancen für die Einmündung und auch für den Verbleib in Erwerbstätigkeit. Allerdings weist die berufliche Verbleibsforschung in den neuen Bundesländern noch große Lücken auf. Statistisch gesicherte Kenntnisse über den Übergang Jugendlicher von der Berufsausbildung in das eigentliche Berufsleben, die sogenannte „zweite Schwelle“, sind gegenwärtig noch nicht vorhanden. Diese Lücke soll durch den Arbeitsmarkt-Monitor 1994 geschlossen werden. Zu diesem Zweck wurde in diese Umfrage ein Fragenkomplex aufgenommen, der sich gerade dieser Problematik widmet und insbesondere den Verbleib der Jugendlichen nach der Ausbildung untersuchen soll. Detaillierte Ergebnisse liegen zur Zeit leider noch nicht vor.

Im Gegensatz zu den Problemen an der sogenannten zweiten Schwelle sind

Bisher konnte jedem und jeder ausbildungswilligen Jugendlichen in Sachsen-Anhalt ein Ausbildungsplatz garantiert werden.

die Probleme der Jugendlichen, einen adäquaten Ausbildungsplatz zu finden, offensichtlich und statistisch leicht nachweisbar. In der Regel bestand in den letzten Jahren in Sachsen-Anhalt eine Ausbildungsplatzlücke in Höhe von rund 10.000 Plätzen. Durch gemeinsame Anstrengungen aller an der Berufsausbildung beteiligten Institutionen konnte diese Lücke bisher jedoch noch in jedem Ausbildungsjahr geschlossen werden.

Der Schwerpunkt der Ausbildungsförderung des Landes liegt dabei auf der Förderung zusätzlicher *betrieblicher* Ausbildungsplätze. Unter bestimmten Bedingungen erhalten Arbeitgeber einen einmaligen Zuschuß, der je nach Fallgestaltung zwischen 3.000 DM und 15.000 DM (in Einzelfällen auch darüber) liegt. Bisher konnten auf diese Weise pro Jahr rund 8.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze bereitgestellt werden.

Außerbetriebliche Ausbildungsplätze werden nur im Zusammenhang mit der „Gemeinschaftsinitiative Ausbildung-Ost“ gefördert. Diese Gemeinschaftsinitiative zwischen Bund und Ländern dient dazu, die nach den gemeinsamen Anstrengungen der Arbeitgeber und der Länder zur Schaffung be-

trieblicher Ausbildungsplätze noch verbleibende Lücke durch außerbetriebliche Angebote zu schließen. Im Jahre 1994 wurden auf diesem Wege etwa 1.650 Ausbildungsplätze in Sachsen-Anhalt bereitgestellt, so daß jedem und jeder ausbildungswilligen Jugendlichen ein Ausbildungsplatz garantiert werden konnte.

Zusätzlich zu diesen Maßnahmen der allgemeinen Ausbildungsförderung wird die berufliche Eingliederung von Jugendlichen aber auch im Rahmen der Zielgruppenförderung unterstützt. So erhalten insbesondere jugendliche Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger, aber auch sonstige benachteiligte Jugendliche (z.B. Jugendliche ohne Schulabschluß, Kinder von Aussiedlern etc.) und langzeitarbeitslose Jugendliche die Möglichkeit der Beschäftigung und Qualifizierung im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses von 13 Monaten Dauer. Ziel ist auch hier die Einmündung in ein unbefristetes Arbeits- oder Ausbildungsverhältnis. Bis Ende 1994 befanden sich über 2.000 Jugendliche in Maßnahmen dieses Programms.

Bereits bei den beschriebenen Programmen sollen Mädchen und junge Frauen besonders gefördert werden. Über diese Maßnahmen hinaus ist jedoch noch ein neues Programm vorgesehen, das sich insbesondere an Mädchen ohne berufliche Perspektive wendet. Durch aufsuchende und begleitende Sozialarbeit soll versucht werden, diese Mädchen bei der Suche nach Ausbildungsplätzen bzw. bei dem Wechsel von Ausbildung in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu unterstützen.

Arbeitsmarktpolitik für Frauen

Neben der Ausbildungsgarantie für Jugendliche ist die Schaffung von Arbeitsplätzen für arbeitslose *Frauen* eine der wichtigsten Aufgaben der Zukunft. Nach wie vor sind etwa zwei Drittel der Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt Frauen; die Arbeitslosenquote der Frauen ist mit etwa 22% doppelt so hoch wie die der Männer. Vordringliche Aufgabe ist daher die Reintegration der Frauen in den Arbeitsmarkt. In diesem Punkt wird die Politik der neuen Landesregierung in Sachsen-Anhalt weit über die Anstrengungen der früheren Regierung hinausgehen. Ein erster Schritt in diese Richtung war die Auflage eines arbeitsmarktpolitischen Sonderprogramms für Frau-

en noch im Herbst 1994. Durch dieses Programm wurden kurzfristig 5.000 zusätzliche ABM-Stellen für Frauen bereitgestellt. Die Durchführung dieser zusätzlichen Maßnahmen wurde durch entsprechende Sachkostenzuschüsse des Landes zur Lohnkostenförderung der Bundesanstalt für Arbeit ermöglicht. Mittelfristig ist geplant, bei jedem der beschriebenen Förderprogramme, also auch in den Bereichen der ABM-Förderung und bei der Qualifizierung von Beschäftigten Präferenzregelungen für Frauen einzubauen, um möglichst breite Effekte zu erreichen.

Neben der Erhöhung der Frauenanteile an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen muß es jedoch vor allem Ziel sein, Frauen in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Deshalb enthält das arbeitsmarktpolitische Programm für

Verbindung von unternehmerischem Handeln mit der Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für besonders benachteiligte Arbeitslose.

Frauen auch Maßnahmen, die unmittelbar auf den ersten Arbeitsmarkt zielen. Mit großem Erfolg wurden bisher schon Einstellungsbeihilfen an Arbeitgeber gewährt, wenn diese zusätzliche Arbeitsplätze für Frauen ab 45 Jahren, für Alleinerziehende und für Frauen, die einen Teilzeitarbeitsplatz suchen, einrichteten. **Bisher** konnten durch diese Förderung **fast 8.000** Frauen zusätzlich in Beschäftigung gebracht werden. Um den Eingliederungserfolg noch weiter zu steigern, **sollen** die Konditionen dieser Einstellungsbeihilfen in Zukunft verbessert werden. Ein neues Förderprogramm sieht die Unterstützung von Unternehmen bei der Einrichtung von Sozialräumen vor, **wenn** erstmals Frauenarbeitsplätze geschaffen werden. Darüberhinaus ist ein Programm zur Qualifizierung und Vermittlung von arbeitslosen Frauen in Vorbereitung. Frauen, die nach einer AFG-geförderten Fortbildungsmaßnahme keinen Arbeitsplatz gefunden haben, sollen über Praktikumsplätze in Betrieben in reguläre Beschäftigung vermittelt werden. Das Land sichert für die Zeit des Praktikums den Lebensunterhalt der Frauen ab und ermöglicht damit sowohl den interessierten Arbeitgebern,

als auch den betroffenen Frauen eine risikofreie Probezeit, die im Falle der Bewährung in ein reguläres Arbeitsverhältnis übergehen soll.

Förderung sozialorientierter Erwerbsbetriebe

Nach diesen speziellen arbeitsmarktpolitischen Ansätzen für Frauen soll in diesem Zusammenhang noch ein neues Instrument zum gezielten Fördern von am Arbeitsmarkt benachteiligten Personengruppen in Sachsen-Anhalt vorgestellt werden, das nicht auf Frauen begrenzt ist, von dem Frauen aber ebenfalls in hohem Maße profitieren sollen: Die Landesregierung fördert seit Herbst 1994 die Errichtung von sozialorientierten Erwerbsbetrieben, um bestimmten Zielgruppen der Arbeitsmarktpolitik über den Weg eines zeitweise geförderten Arbeitsplatzes eine Dauerbeschäftigung in einem Betrieb des ersten Arbeitsmarktes zu ermöglichen. Gefördert werden neu- oder ausgegründete Unternehmen, die mindestens 10 neue Dauerarbeitsverhältnisse schaffen. Von den beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern müssen mindestens 70% einer der in der Richtlinie genannten Zielgruppen angehören, für die auf dem Arbeitsmarkt besondere Vermittlungsschwierigkeiten bestehen. Die Richtlinie zielt dabei zum einen auf Langzeitarbeitslose mit einem weiteren vermittlungshemmenden Merkmal, zum anderen auf Schwerbehinderte.

Die Wettbewerbsnachteile, die ein Unternehmen mit dieser besonderen Beschäftigtenstruktur zunächst hat, werden in der Startphase durch die Förderung des Landes und des Europäischen Sozialfonds ausgeglichen. Im ersten Jahr umfaßt die Förderung 100% der anfallenden Lohn- und Lohnnebenkosten für alle Beschäftigten des sozialorientierten Erwerbsbetriebs. Im zweiten und dritten Jahr wird die Förderung entsprechend der steigenden Leistungsfähigkeit des Unternehmens verringert, auf zunächst 70% und schließlich auf 40% der Lohn- und Lohnnebenkosten. Nach diesen drei Jahren Förderung muß das Unternehmen wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen. Die degressive Ausgestaltung der Förderung macht deutlich, daß die Landesregierung für die sozialorientierten Erwerbsbetriebe keine Dauerförderung einrichten will. Vielmehr sollen

sich die geförderten Unternehmen bereits während der dreijährigen Förderung auf dem Markt behaupten und ihre Einnahmen weitgehend selbst erwirtschaften. Wesentlich ist daher, daß das Unternehmenskonzept diese wirtschaftliche Tragfähigkeit erwarten läßt. Grundgedanke des sozialorientierten Erwerbsbetriebs ist also die Verbindung von unternehmerischem Handeln mit der Schaffung von Dauerarbeitsplätzen für besonders benachteiligte Arbeitslose. Inzwischen liegen erste bewilligungsfähige Anträge vor, so daß mit dem Anlaufen der ersten Modellprojekte noch in diesem Jahr zu rechnen ist.

Fazit

Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche und insbesondere die Förderung der Berufsausbildung wird in Sachsen-Anhalt auch in Zukunft einen hohen Stellenwert haben. Nur wenn jungen Menschen ein vernünftiger Einstieg in das Berufsleben garantiert werden kann, wird es gelingen, die junge Generation als wichtiges Entwicklungspotential im Land zu halten und für die Mitwirkung in der Gesellschaft zu gewinnen. Der Schwerpunkt der Förderung wird dabei im Bereich der betrieblichen Ausbildung liegen. Hier müssen auch weiterhin alle an der Berufsausbildung beteiligten Institutionen Hand in Hand zusammenarbeiten. Die Förderung außerbetrieblicher Ausbildungsformen ist nur dann sinnvoll, wenn anders die Ausbildungsplatzgarantie nicht eingelöst werden kann.

Arbeitsmarktpolitik für Frauen muß in Sachsen-Anhalt, wie in den neuen Bundesländern insgesamt, in Zukunft einen deutlich höheren Stellenwert bekommen als bisher. Das Problem der Arbeitslosigkeit kann hier nur gelöst werden, wenn es gelingt, die arbeitswilligen Frauen wieder in Beschäftigung zu bringen. Kurzfristig kann eine gewisse Entlastung durch eine Erhöhung des Frauenanteils an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen erreicht werden. Letztendlich hat jedoch die Wiedereingliederung der Frauen in den ersten Arbeitsmarkt Priorität. Zusätzliche Arbeitsplätze für Frauen müssen geschaffen und die Übergänge für Frauen vom sogenannten zweiten in den ersten Arbeitsmarkt durch geeignete arbeitsmarktpolitische Instrumente erleichtert werden. Ergänzend aber die Notwendigkeit, neue Formen der Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen zu finden.

Was wird künftig „links“ sein ?

Thesen zur sozialistischen Neuorientierung

von Fritz Vilmar*



Ich versuche in einigen Thesen¹ festzuhalten, was aufgrund meiner praktischen und theoretischen Erfahrungen² in der Linken künftig links sein, sozialistisch genannt werden kann: nämlich ökosozialistisch.

1. Ein alternatives Sozialismuskonzept ist überlebens-notwendig.

„Market-Democracy“, Kapitalismus plus Parlamentarismus ist, im Gegensatz zur voreiligen Prophezeiung Fukujamas (nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems), keineswegs der Höhepunkt und das triumphale „Ende“ der Geschichte. Dieses System treibt vielmehr zunehmend in die ökologische Selbstzerstörung der Menschheit. Die sozialistische Alternative ist in der Tat überlebens-notwendig, aber sie wird sich nur durch ein alternatives Sozialismuskonzept als weltgeschichtliche Alternative präsentieren können.

Nichts Nennenswertes wird künftig „links“ (bzw. „die Linke“) sein, wenn es nicht in den nächsten Jahren gelingt, anstelle der Zersplitterung in marxistische, reformsozialistische, sozialdemokrati-

sche, feministische, ökologistische und „alternative“ Ideologien und Gruppierungen allmählich Gemeinsamkeiten und aufgrund dessen ein integrales „Alternatives Sozialismuskonzept“ zu entwickeln, das ein neues, nicht auf die „Arbeitschaft“ fixiertes linkes Selbstbewußtsein schafft, die überlebensnotwendige Zusammengehörigkeit der heute isolierten Befreiungsbewegungen überzeugend darstellt und damit die Basis für eine breite parlamentarische und außerparlamentarische Bündnispolitik herstellt.

2. Der Grundgehalt von „links“ bleibt bestehen - aber durch die Ökokrise wird er qualitativ erweitert

2.1. Gegenüber der (auch bei einigen „Alternativen“ und Grünen) modischen These, die Begriffe links und rechts hätten ihren Inhalt eingebüßt, man könne/ solle daher auf sie verzichten, ist der - seit es Herrschaftsgesellschaften gibt - unverändert gültige Grundgehalt von „linker“ Praxis und Theorie festzuhalten: Ausbeutende Herrschaft von Menschen über Menschen abzubauen/aufzuheben und an deren Stelle eine Gesellschaft der Gleichen und Freien zu er-

richten. Überall, wo es um Bewahrung von Privilegien oder Abbau von Privilegien zugunsten bislang Benachteiligter geht, geht es nach wie vor um rechte oder linke Politik.

2.2. Im Zeitalter der industriellen Massengesellschaft bedeutet dies nach wie vor Aufhebung der (a) patriarchalen und (b) rassistischen (imperialen) - und speziell: (c) Aufhebung der kapitalistischen und (d) staatsbürokratischen Ausbeuterherrschaft über abhängige Menschen. Einer der Irrtümer des marxistischen Sozialismuskonzeptes war es, von diesen vier - untereinander verflochtenen, aber nicht aus der ökonomischen Herrschaftsform „ableitbaren“ - Herrschaftsformen eine: die auf Privateigentum begründete, als „Kern allen Übels“ verabsolutiert zu haben. So ist es heute weithin unfähig, andere als antikapitalistische „Fronten“ der Linken - etwa die feministische oder die antibürokratische (insbesondere antistalinistische) - als integrale eigenständige Bewegungen der Linken (an)zuerkennen, die nicht abgeleitet, keine „Nebenwidersprüche“ sind.

Mit anderen Worten: Der „klassische“ Grundgehalt dessen, was links ist, muß heute auf eine viel breitere Basis einer viel gründlicheren Analyse der repressiven Herrschaft gestellt werden.

2.3. Zu den sozialistischen „linken“ Prinzipien der Freiheit und Gleichheit (erreichbar durch Abbau der Herrschaftsgesellschaft, Aufbau einer realdemokratischen Gesellschaft) ist in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts ein entscheidendes, qualitativ neues, „bewahrendes“ Prinzip hinzugetreten: Existenzsicherung. Genauer: *Bewahrung einer humanen Menschheitsexistenz.*

Neben die (von Marxisten wie Sozialliberalen gehegte) Fortschrittsutopie, daß (mit oder ohne Abschaffung des Kapitalismus) die industrielle Revolution Reichtum, Bildung, glückliches und gleichberechtigtes Leben für alle bringen werde, ist die Schreckensutopie einer schleichenden Zivilisationskatastrophe getreten: daß mit der konkurrierenden privat- wie staatswirtschaftlichen (Welt-)Herrschaft und Rüstung, mit der privat- wie staatswirtschaftlichen welt-

* Prof. Dr. Fritz Vilmar, Politikwissenschaftler an der FU Berlin

weiten „Plünderung unseres Planeten“ die Lebensgrundlagen einer zivilisierten Menschheit im Laufe der kommenden Jahrzehnte zerstört werden.

Das Ziel der Grünen: Die Bewahrung der ökologischen Existenzgrundlage der Menschheit, ist ein unzweifelhaft „linkes“ Ziel, ist ein qualitativ neuer, erweiterter Grundgehalt dessen, was künftig „links“ sein wird - wenn überhaupt eine relevante linke Theorie und Praxis „sein“ wird. Aus einem einfachen Grund: Weil ohne die linke Kritik, Reform und schrittweise Aufhebung der nationalen wie internationalen Herrschaftsgesellschaften mit ihrem - weltweit konkurrierenden - industriellen Verschwendungs-, Wohlfahrts- und Rüstungssystem eine friedliche, nicht-imperiale, sparsame, solidarische, dezentrale, mit „soft-technologies“ wirtschaftende Gesellschaft nicht herstellbar ist.

2.4. Die Hauptkrise der Linken heute beruht darin, daß die Grünen keine Kritik der Politischen (Verschwendungs-) Ökonomie besitzen, sondern nur pragmatische oder abstrakt fundamentalistische Forderungskataloge - die Linke aber, im Besitz einer wissenschaftlichen Kapitalismuskritik, keine ökosozialistische Alternative („Vom Haben zum Sein“) entwickelt hat, sondern krampfhaft in naivem Fortschrittsglauben und phantasieloser Arbeitsethik verharret: Recht auf Arbeit - statt: Pflicht zur Arbeitszeitverkürzung plus egalitärer Einkommenspolitik.

3. Der Sozialismus muß Abschied nehmen von den revolutionären Wunschträumen seiner Kindheit und in harter Reformarbeit erwachsen werden.

3.1. Eine der lähmendsten Wirkungen des Marxismus war und ist sein Glauben an die Wunderkraft der Revolution. Seine revolutionäre Prophetie von der Beseitigung der kapitalistischen Klassengesellschaft durch den kollektiven Messias, das revolutionäre Proletariat, trat wissenschaftlich verkleidet auf als Lehre vom geschichtlich-„naturnotwendigen“ Prozeß der zunehmenden kapitalistischen Krisen und revolutionär sich verschärfenden „Widersprüche“ zwischen Kapital und Arbeit. Millionen

vertrauten dieser u.a. im „Erfurter Programm“ festgeschriebenen Prophetie - viele Jahre vergebenden, irregeleiteten Wartens!

3.2. Ganz abgesehen davon, daß die Hoffnung auf diesen „objektiven“ Prozeß - wie alle Endzeithoffnungen - sich nicht erfüllte (was Bernstein schon 1900 erkannte und wofür er wütend verketzert wurde) - die Vorstellung als solche, daß gesellschaftliche Systeme sich durch Revolutionen umgestalten, ist vollkommen geschichtsfremdes Wunschdenken. Krisen und Revolutionen können - im besten Falle - Wandlungsprozesse einleiten, beschleunigen, Verkrustetes umstoßen, neue Normen und Gesetze (oft nur kurzfristig) schaffen. Die *Durchsetzung* des Neuen, das Mehr an Wohlstand, an Gerechtigkeit und Demokratie, ist in der gesamten Geschichte nie durch Revolutionen (oder „revolutionäre Epochen“), sondern *ausschließlich* durch langfristige, mühselige Reformprozesse verwirklicht worden.

3.3. Heute und in Zukunft gilt es, diese Ernüchterung, dieses Erwachsenwerden der linken Theorie und Praxis, dieses Abschiednehmen von jugendlich-ohnmächtigen Endzeit- und Umschlagsphantasien - positiv: dieses Aufsichnehmen sehr mühsamer *Reformarbeit* als der einzig historisch wirksamen Lokomotive solider Veränderung *zum linken Prinzip zu erheben*.³

4. Das Prinzip der sozialistischen Reform ist geschichtlich erprobt, demokratisch legitimiert, und es ermächtigt alle, nicht nur die „Arbeiterklasse“.

4.1. Zwei entscheidende geschichtliche Erfahrungen und programmatische Entwicklungen der „realen Linken“ in Westeuropa - d.h. der maßgeblichen Parteien und Gewerkschaften - sind bisher nur in der reformsozialistischen Theorieentwicklung, nicht dagegen in den antireformistischen linken Theorien verarbeitet worden:

Alle praktischen Erfolge der westeuropäischen Linken in den vergangenen hundert Jahren sind - unabhängig von reformistischer oder revolutionärer Programmatik - Erfolge von Reformpolitik: in der Entwicklung der Organisationen, der Erkämpfung der politischen Demokratie, der Sozial- und Arbeitsgesetze,

der betrieblichen Vertretungen und Mitbestimmungen, der qualitativen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der gesellschaftlichen Demokratisierungsansätze.

Alle relevanten Fraktionen der westlichen Linken bekennen sich heute zur *Verfassungsordnung der parlamentarischen Demokratie* - nicht zuletzt aufgrund sechzigjähriger sowjet-kommunistischer Erfahrungen, daß Sozialismus, der den Boden der demokratischen Grundrechte und -freiheiten verläßt, sich selbst zerstört. Mit diesem Bekenntnis ist das Prinzip der Reform nicht nur de facto, sondern als grundlegende Handlungsnorm angenommen worden: Auf der Basis demokratischer Mehrheitsbildung und periodischer freier Wahlen kann ich zwar durchaus bestimmte „revolutionäre“ Gesetzgebungswerke, aber keine Revolution als unabänderliche „Diktatur des Proletariats“ durchsetzen, ganz abgesehen von der hochgradigen empirischen Unwahrscheinlichkeit einer radikal-linken Mehrheitsbildung in Westeuropa. (Und nicht nur hier: für Chile galt dasselbe.)

4.2. Haben wir aber aus historischen Gründen und aufgrund einer unaufgebaren Option für den demokratischen Verfassungsstaat das Prinzip der Reform zu akzeptieren, so bedeutet das:

4.2.1. Wer immer sich links definiert, muß bereit sein, im Rahmen demokratischer Mehrheitsentscheidungen in Gewerkschaften, Parteien, Bürgerinitiativen, Alternativbewegungen ein Leben lang sozialistische Kleinarbeiten zu leisten und gegen herrschende Mächte, Apathie der Massen, Opportunismus in den eigenen Reihen *bestenfalls* im Tempo: zwei Schritte vorwärts, ein Schritt zurück, voranzukommen.

4.2.2. Im Gegensatz zur „revolutionären“ Verurteilung der Reform, die angeblich das „Wesen“ des „Systems“ nicht verändere, hat reformsozialistische Theorie gesellschaftlicher Befreiung solche „Wesensschau“ ins Reich der Theologie und Metaphysik zu verweisen und zu erkennen, daß sich die überhaupt nicht unter einem „Wesensbegriff“ zu erfassenden inhumanen Gesellschaftsstrukturen daher auch nicht durch die revolutionäre Aufhebung eines solchen monokausalen Prinzips (z.B. des „Kapitalverhältnisses“ oder der „Staatsmacht“) auflösen, sondern nur durch eine lange Reihe von notwendigen, sehr vielgestaltigen kleinen und großen Reformschritten, durch die die repressiven

Herrschaftsformen zurückgedrängt und schließlich aufgehoben werden können.⁴

4.2.3. Wenn sozialistische Reformpolitik erkannt hat, daß linke Politik Abbau repressiver Herrschaft in mindestens vier Systemdimensionen (vgl. 2.2.):

- im familialen,
- im bürokratisch-institutionellen,
- im ökonomischen,
- im national-internationalen

Bereich bedeutet, so kann das „Subjekt“ linker, befreiender Politik keineswegs nur die „Arbeiterklasse“ sein (was auch düstere Aussichten für den Sozialismus schaffte: da sie ständig schrumpft), sondern *jede Gruppe in allen gesellschaftlichen Subsystemen, in denen die von repressiver Herrschaft Betroffenen um Gleichberechtigung und*

schritts festzuhalten:

- daß der Kampf um parlamentarische Mehrheiten zwar notwendig ist, eine fortschrittliche (befreiende und sozial schützende) Gesetzgebung zwar *eine* wesentliche Basis darstellt,
- daß aber die *außerparlamentarische* politische Arbeit, die gewerkschaftliche Organisation und Aktion wie auch die feministische oder studentische oder die in den Bürgerinitiativen oder in den autonomen (Selbsthilfe-)Bewegungen, eine zweite unabdingbare Bedingung zur Herstellung einer menschenwürdigen Gesellschaft ist.

Dies ist aber keineswegs nur als Votum und „Druck der Straße“, Druck von „unten“ zu verstehen, damit „die da oben“ etwas tun. Vielmehr gilt:



demokratische Entscheidungsprozesse kämpfen: Heranwachsende gegenüber der repressiven Autorität der Erwachsenen, Frauen gegenüber der patriarchalen Herrschaft, Lernende gegenüber autoritären Lehrbetrieben, Mieter und Bürger gegenüber der repressiven Wohnungs- und Gemeindepolitik, - nicht zuletzt aber Arbeiter, Angestellte und Beamte gegenüber repressiver Herrschaft in der Arbeitsorganisation, in privaten wie auch öffentlichen Unternehmen und Verwaltungen ...

4.4 Im Gegensatz zu der zentralen „sozialdemokratischen“ Beschränkung, sich nur auf Partei- und Parlamentsarbeit zu konzentrieren, um durch Mehrheiten, Koalitionen (historische Kompromisse!) die sozialeren Gesetze und damit die Basis für linke Politik zu schaffen, ist als unaufgebbares Prinzip sozialen Fort-

5. Als Linke/r wird künftig nur gelten, wer selber ökosozialistisch handelt und lebt.

Das heißt zweierlei:

5.1. Praktisch werden: „Links“ ist nur, wer auch praktische politische Arbeit macht und nicht nur theoretische (freilich auch umgekehrt). Eine linke Position, die sich ohne praktisch-politische Erfahrung darin erschöpft, „kritische Theorie“ zu produzieren, bleibt luftig und leer. „Nachzuweisen“, daß Praxis, insbesondere die in Gewerkschaften, SPD, Bürgerinitiativen und alternativen Lebensformen nichts Sozialistisches an sich hat und „das System“ nicht verändert, ist nichts anderes als die alte,

nur jetzt linksgestrickte Selbstrechtfertigung der Unpolitischen.

Natürlich ist Theoriearbeit an sich nicht Nichtstun, aber sozialistische Theoriearbeit muß sich durch praktische Erfahrung lehren, vermitteln, korrigieren und wieder auf Praxis beziehen lassen. Da ist Kästner sozialistisch gehaltvoller als die gesamte Frankfurter Schule und ihre Ableger: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.“

5.2. Vor allem aber ist Kaputtmachen (was uns kaputt macht) zwar notwendig, - sofern es nicht bloßes steriles Umsichschlagen ist, mit negativer Dialektik hochstilisiert - aber es schafft, entgegen allen Spontaneitäts-Theorien, noch nichts Neues, geschweige Sozialistisches. Ebenso wenig schaffen Mitbestimmungs- oder Sozialisierungsgesetze oder neues Ehe- oder Umweltrecht schon sozialistische Inhalte. Einzig und allein die wachsenden Minderheiten, die weder auf die Revolution noch auf den Sozialstaat warten, sondern die selber etwas (Öko-)Sozialistisches anfangen, werden die Gesellschaft allmählich sozialistischer, d.h. gerechter, freier, menschenwürdiger machen.

Es gibt keine andere, keine größere als die Graswurzelrevolution. Die Frauen, die mit ihren Männern nicht länger als Untertanen mit Herren leben wollen; die Menschen, die ihre Umwelt zerstörenden Lebensgewohnheiten ändern; die Arbeitenden, die nicht nur durch kollektiven Druck humane, mitbestimmte, gleichbezahlte Arbeit und Arbeitszeitverkürzung erzwingen, sondern auch selbst (besonders als gut abgesicherte Beamte!) freiwillig teilzeitarbeiten und dadurch Arbeitsplätze schaffen bzw. erhalten; die Selbsthilfegruppe der Alten, die sich organisieren gegen das Abgeschriebenenwerden; die Leute im Stadtteil, die ihren Kiez instandbesetzen und begrünen und ein Stadtteilcafé gründen; die Bürgergruppe, die den Müll an ihrem Waldrand wegräumt; die Frauen, die sich ihr Frauenzentrum schaffen; die Jungen, die sich mit Hilfe kooperativer Politiker ein selbstorganisiertes Jugendzentrum aufbauen - das sind heute und künftig die praktizierenden, d.h. die einzig realen Linken. *Statt nur über die „Sozialstaatsillusion“ zu rasonieren, eine wirklich soziale, solidarische ökologische Ordnung selbst mit aufbauen - das wird künftig linke Politik sein. Und eine Partei- oder Jusoorganisation, die ihre Mitglieder für solche Selbsthilfefaktivitäten mobilisiert, würde anstelle der*

heutigen Parteiverdrossenheit ein ganz neues Prestige hervorbringen.

Ein Schauer rieselt den Alten und Neuen Linken den Rücken 'runter: Sozialethik, Moralpredigt? Pfui Deibel! Ganz recht - genau darum geht's: Weg von dem gescheiterten Organisations-Sozialismus, der glaubte, durch Massenbewegungen, Massenorganisationen, sozialisierte Industrieorganisationen an die Stelle des individualistischen Ellbogenprinzips die kollektive Harmonie setzen zu können. Wir werden die Organisationen (hoffentlich demokratisieren und) brauchen, wo sie notwendig sind. Aber wir werden sie nur dann mit sozialistischem Inhalt füllen, wenn Links-Sein in Zukunft ebenso heißt, moralische Ansprüche stellen: an sich selbst und an andere. Sozialismus hieß niemals nur Befreiung von - sondern immer auch ethisches Engagement für, und Solidarität mit. Dies ist, am 1. Mai, auch zur Organisationsphrase verkommen - wir müssen es herunterholen in unseren Alltag.

5.4. Und diese Praxis schafft noch eine weitere Umwertung lieb gewordener sozialistischer Werte, aber auch lieb gewordener Klischees der „Alternativen“: Selbstorganisation geht nicht nur ohne oder gegen den Staat; Selbstorganisation, solidarische Eingreifen wird auch als „Sozialengagement“, als freiwilliges Bürgerengagement in Zusammenarbeit mit kooperationsbereiten sozialstaatlichen Verwaltungen eingeübt. Wer aus den Verwaltungen weiterhin eines jener pseudo-religiösen „Wesen“ macht: den „Staat“, jenen kapitalistischen „Leviathan“, der wird weiterhin lahm und gelähmt im Anti verharren. Künftige Linke, die nicht auf Wunder (-Krisen) warten wollen, sondern - ohne oder mit offizielle(n) Institutionen - hier und jetzt was verändern wollen, werden übrigens damit auch die einzigen sein, die in der Lage sind, aus dem schlechten autoritären „Sozialstaat“ einen kooperativen, sozialistischen Staat zu machen, der tatsächlich dient, statt zu herrschen.

1 Ein Wort sollte hier doch über Entstehung und Schicksal dieser Thesen verloren werden, weil insbesondere der orthodoxen Linken dokumentiert wird, sich selbstkritisch mit ihrem gescheiterten Sozialismus-Konzept auseinanderzusetzen: Die marxistische Zeitschrift „Aesthetik und Kommunikation“ hatte (1987) die Thesen für einen Sammelband „Was ist heute noch links“ erbeten - sie dann aber schlicht und einfach unterschlagen, „ausgegrenzt“. Begründung: keine. Den wirklichen Grund auszusprechen, wäre eben doch allzu peinlich gewesen: Die antireformistische Linke konnte es damals (noch) nicht ertragen, wenn Reformsozialisten den Tatbestand beim Namen nennen, daß ihre Theorie und Praxis gescheitert ist. Die reformsozialisti-

sche Linke dagegen, die hier ebenfalls hart kritisiert wird, hat wenigstens angefangen umzudenken. Der Text wurde 1994 für die spw - nicht zuletzt unter dem Eindruck der „Wende“ 1989 - überarbeitet.

2 Diese Erfahrungen summieren sich wie folgt: Seit 1951 aktive Arbeit in der sozialdemokratischen Linken, speziell 1951-55 im SDS, 1968-72 im deutschland- und friedenspolitischen Arbeitskreis des SPD-Bezirks Hessen-Süd (daher mit Walter Möller: Sozialistische Friedenspolitik für Europa, 1972); seit 1975 aktiv als Mitbegründer der „Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus“ (HDS). 1977-83 in der Grundwertekommission der SPD; 1988-92 im Fachausschuß I (Deutschlandpolitik) der SPD-Berlin. - 1950-70 Lehrer an den (Jugend-)Bildungsstätten der IG Metall und anderer Gewerkschaften (daher, ursprünglich als Bildungsmaterial der IGM u.a.: „Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus“, 1965, 6. Aufl. 1973; sowie „Menschenwürde im Betrieb“, 1973; „Industrielle Arbeitswelt“, 1974; und „Wirtschaftsdemokratie und Humanisierung der Arbeit“, 1978). - Seit 1971 wissenschaftliche Arbeit - ab 1975 als Professor für Politikwissenschaften an der FU - an einem alternativen Sozialismuskonzept (daher: „Strategien der Demokratisierung“, 1973; „Ökosozialismus“, 1986, mit K.J. Scherer; „Auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft, 1986 und 1988, mit B. Runge). Zur genaueren inhaltlichen Füllung der hier vorgestellten Thesen sei auf unsere Arbeit über Ökosozialismus und die darin zusammengefaßten „Essentials“ (48-61) verwiesen sowie auf die umfassende Darstellung und Interpretation meiner sozialismustheoretischen Arbeiten in: Scherer/Wasmuth (Hg.): Mut zur Utopie, Münster 1994.

3 In diesem Sinne stellte Hellmuth Bütow bereits 1973 fest: „Solche Auffassungen passen sicher nicht in das Konzept von Berufsrevolutionären, wie es auch nicht in das Konzept von Berufsrevolutionären paßt, daß gerade die Arbeiter in der Bundesrepublik zur Zeit sehr sorgsam zwischen dem abwägen, was sie durch eine Revolution gewinnen und verlieren könnten. Mancher Intellektuelle geht in die Irre, wenn er meint, sich aufgrund „objektiver“ Erkenntnisse eine Art proletarisches Gefühl leisten zu müssen. Wenn ich es richtig sehe, drückt dieses Gefühl in der Regel nur seine Entfremdung vom wirklichen Arbeiter aus. Wie könnte er sonst die Reformen gering achten, an denen nachweislich gerade den Arbeitern viel liegt?“ (Bütow, Hellmuth G.: Was ist Demokratischer Sozialismus heute? Schriftenreihe der Eng. Akademie Sankelmark, N.F. 17, 1973).

4 Vgl. dazu H. Bütow: „Wer eine Veränderung der Gesellschaft anstrebt, muß das Risiko der Reformen tragen lernen. Wer weiß schon, wieviel Reformen eine Gesellschaft verträgt, bis die Sache kritisch wird, weil die summierten Veränderungen eine Beibehaltung überkommener Strukturen und Verfahrensweisen nicht mehr zulassen? Die von den Demokratischen Sozialisten bevorzugte Strategie der systemverändernden Reformen stellt auf diesen Umschlag ab, ohne ihn exakt benennen zu können und benennen zu wollen. ... Flinke Köpfe unter den Demokratischen Sozialisten fanden, es sei zu blaß, von systemverändernden Reformen zu sprechen und erfanden die Formel von der Strategie der systemüberwindenden Reformen. Soll damit ein Restbestand revolutionären Gemüts gerettet werden? Diese Formel suggeriert, es könne irgendwann einmal doch ein Schlußpunkt hinter die Anstrengungen gesetzt werden. Sie übersehen außerdem, daß auch ihre Vorstellung von Demokratischem Sozialismus bereits im Entwurf „Systemcharakter“ besitzt. ... Ferner: Bestimmte Elemente unseres „Systems“ stehen nicht zur „Überwindung“ an: So z.B. die parlamentarische Demokratie. Hier geht es um Veränderung. Oberstes Ziel der Strategie bleibt die Erweiterung der materiellen Demokratie, nicht ihre Überwindung“ (a.a.O., S. 18f.).

OST-WEST informationen

Heft 1/94 BOSNIEN-HERZEGOWINA Nationalismus und Krieg

Beiträge von/Interviews mit Hamza Baksic, Nikolas Cemy, Emir Kuljuh, Marko Orsolc, Christian Promitzer, Catherine Samary, Zekerijah Smajic, Dzermal Sokolovic, Holm Sundhaussen, Melita H. Sunjic. Kontroverse Karl Kumpfmüller - Christian Promitzer.

Heft 2/94 WIRD DER OSTEN BRAUN? Rechtsextreme im Osten/Heft 1

Beiträge von/Interviews mit Ruslan L. Bogomonov, Alexander Buzgalin, Hannes Hofbauer, Paul Hockenos, Vlasta Jalusic, Karl Pfeifer, Bela Rasky, Janko Sekaj, Stepan Steiger, William Totok, Nenad Zakosek.

Heft 3/94 Rechtsextreme im Osten/Heft 2

Beiträge von/Interviews mit Alexander Buzgalin, Ivan Colovic, Helmut Konrad, Jeremy Lester, Tamás Péli, Wladimir Minowski, Rastko Mocnik, Adam Novak, Paul Parin, Jozsef Sebes.

Heft 4/94 ZWISCHEN NOSTALGIE UND UTOPIE Linke im Osten

Beiträge von/Interviews mit Laszlo Andor, Judith Dellheim, Boris Kagarlitzky, Sonja Lokar, Jean Yves Potel, Györgyi Sebestien, Janko Sekaj u.a.m. (erscheint Ende Dezember)

Bestellungen, Probeexemplare, Inhaltsverzeichnisse:

Ost-West-Gegeninformationen

c/o Dezentrale für Alternativen

Prokopigasse 2/1,

A-8010 Graz, Österreich.

Fax Nr. (0)316/810594

Preis: 40 öS/6 DM incl. Porto/Heft, Umfang: ca. 50 Seiten

Sozialismus als offenes historisches Projekt

Einige Skizzen und Mutmaßungen -

von Uwe Kremer*



Erörterungen über die Konzeption des Sozialismus enden heutzutage häufig darin, auf der einen Seite - im Angesicht des Zusammenbruchs des sowjetischen Lagers - das Scheitern des *Sozialismus als System* zu konstatieren und auf der anderen Seite - im Angesicht ungelöster globaler und gesellschaftlicher Probleme - die Gültigkeit des *Sozialismus als Idee* zu proklamieren. Um die dazwischen liegende Kluft zu überbrücken, scheint es mir erforderlich zu sein, sich nicht von vorneherein auf ein bestimmtes spezifisches Verständnis von „Sozialismus“ - sei es in Form einer real existierenden Systemalternative, sei es als ethisch begründeter Wertehorizont, als radikale Utopie usw. - zu fixieren, sondern die verschiedenen Aspekte des „Sozialismus“ der Vergangenheit wie der Zukunft von vorneherein in einem übergreifenden Zusammenhang zu denken.

Insofern verstehe ich den Sozialismus zunächst als ein historisches Projekt bzw. spreche vom *sozialistischen Projekt*, in dessen Mittelpunkt die

Gemeinschaftlichkeit als moralisches und regulatives Prinzip des menschlichen Zusammenlebens steht und das - wiewohl in begrenzten bzw. bornierten Formen vormoderner Epochen wurzelnd - sich im Kontext der modernen Zivilisation, also der Industrie und des Weltmarktes, der Arbeiterklasse, der Intelligenz und der Volksmassen entfaltet. Dieses Projekt umfaßt m.E. - man kann auch andere Klassifizierungen wählen - drei zentrale Aspekte:

- den *Sozialismus als real existierende gesellschaftliche Struktur* (als System, Produktionsweise, Gesellschaftsformation o.ä.),
- den *Sozialismus als moralisch-kulturelles Ensemble* (als Wertehorizont, Lebenseinstellung, Kommunikationsform o.ä.),
- den *Sozialismus als kollektive Betätigungs- bzw. Kampfform* (als soziale Bewegung: spontane Vereinigung wie auch Organisation).

(Der Marxismus muß in diesem Kontext als eine materialistisch fundierte Fassung dieses Projektes verstanden werden, wobei die drei ge-

nannten Elemente im Marxismus in ihrer spezifischen Ausprägung als Formationstheorie, als Theorie eines „radikalen Humanismus“ und als „Philosophie der Praxis“ existieren.)

Es scheint mir wichtig zu sein, bei einer Neukonzipierung sozialistischen Denkens die hierin enthaltene Reichhaltigkeit des *sozialistischen Projekts* und die Zusammenhänge und Wechselwirkungen seiner Aspekte zu erfassen. Ich will mich hierbei gar nicht auf die Frage einlassen, inwieweit es sich formationstheoretisch oder auch in den Kategorien von Produktionsweise und Produktionsverhältnissen bei den Ländern des sowjetischen Lagers um „sozialistische“ gehandelt hat (s.u.). Sicher scheint mir allerdings zu sein - und dies ist entscheidend - , daß der sowjetische Gesellschaftstyp auf das engste mit dem sozialistischen Projekt zu tun hatte - und zwar in objektiver wie auch in subjektiver Hinsicht.

Die Problematik des „realen Sozialismus“ besteht aber nicht nur in der Frage, inwieweit er tatsächlich etwas Sozialistisches an sich hatte, sondern auch darin, daß mit der Behauptung eines „realen Sozialismus“ die Existenz anderer Formen und Elemente des Sozialismus implizit oder explizit negiert wurde. Dabei muß die Geschichte des sozialistischen Projekts natürlich wesentlich als eine Geschichte der Sowjetunion und der kommunistischen Parteien, aber eben auch und gerade als eine der Sozialdemokratie und des Sozialstaates, als eine der antiautoritären basis- und rätendemokratischen Strömungen und im übrigen auch des christlichen Sozialismus (als einer der mächtigsten und von den offiziellen Partei-Sozialisten am meisten unterschätzten Bestandteile dieses Projekts) verstanden und rekonstruiert werden.

Sozialismus als „Systemfrage“

Natürlich kann die Entwicklung des sozialistischen Projektes und die Ent-

* Dr. Uwe Kremer, Dortmund, spw-Redaktion

faltung des Sozialismus als Bewegung nicht von der Frage losgelöst werden, was der Sozialismus als reale Struktur und insbesondere unter dem Gesichtspunkt der sozial-ökonomischen Mechanismen zu bedeuten hat. Für die Bewertung der Vergangenheit wie auch der Zukunft schlage ich dabei folgendes vor: Bevor wir uns auf die Ebene formationstheoretischer Gesamtdefinitionen begeben, sollten wir zunächst von Elementen des Sozialismus zu sprechen und sie in der Entwicklung des Kapitalismus wie auch der sowjetischen Formation zu identifizieren. Diesem Vorschlag unterliegt die Auffassung, die bisherige Geschichte des Sozialismus als eine Geschichte der Herausbildung derartiger sozialistischer Elemente zu verstehen - in gewisser vergleichbar mit der Vorgeschichte der bürgerlich-modernen Produktionsweise, deren Elemente sich schon im Rahmen von vorkapitalistischen Formationen bzw. in Verbindung mit vorhergehenden Produktionsweisen entwickelten - bis die historische Zeit in einigen Regionen der Erde reif für die Durchsetzung des Kapitalismus war. Redet man über den Sozialismus als Systemalternative, als Produktionsweise oder gar als Gesellschaftsformation, so gehe ich mithin von Marx' bekannter Feststellung aus, daß eine Gesellschaftsformation nicht untergehe, bevor sie in ihrem Schoß sämtliche Elemente der neuen hervorgebracht habe.

Als *sozialistische Elemente* bezeichne ich zunächst Elemente gemeinschaftlicher Regelung, die sich innerhalb anderer Logiken bzw. Formbestimmungen herausbilden und diesen (noch) unterliegen (man müßte vielleicht besser von „sozialistischen Potentialen“ sprechen). Die Schriften von Marx sind voll mit Hinweisen auf derartige Elemente (bzw. Potentiale) - erinnert sei hier an seine Bemerkungen zur Verkürzung des Arbeitstages als Sieg der Politischen Ökonomie der Arbeit über die des Kapitals, seine Ausführungen zur Verwissenschaftlichung der Produktion und ihrer Konsequenzen für das Wertgesetz und die Rolle des Arbeiters, seine Hinweise auf die Veränderung bzw. Herausbildung neuer Eigentumsformen von den Aktiengesellschaften bis hin zu den Kooperativfabriken... Als „sozialistische Elemente“ bezeichne ich Elemente gemeinschaftlicher Regelung, die schon einen relativ eigenständigen Charakter ange-

nommen haben, auch wenn sie durchaus mit anderen Logiken bzw. Formbestimmungen koexistieren bzw. aus dieser Koexistenz entstanden sind (und ihnen weiterhin über- oder untergeordnet sein können).

Vor diesem Hintergrund kann man ungezwungener an die Frage herangehen, wie es mit der Realität des Sozialismus in der sowjetischen Formation des Ostens, aber auch hinsichtlich des Sozialstaats im Westen aussah. Denn die Geschichte des Sozialismus des 20. Jahrhunderts war sowohl auf sozialdemokratischer wie auch kommunistischer Seite mit der Herausbildung bzw. Freisetzung derartiger Elemente verknüpft - und zwar i.w. in zweierlei Weise:

- als Herausbildung des Sozialstaates und eines dadurch geprägten Sektors der Verteilung von Reichtum und der Erbringung von Dienstleistungen sowie der gewerkschaftlichen Mitbestimmung und genossenschaftlichen Kooperation, der zwar funktional auf die in der Produktion dominierende kapitalistische Akkumulationslogik (in seiner monopolkapitalistischen und fordistischen Ausprägung) bezogen war, selbst aber eine andere Logik beinhaltete (Schweden kann hier als Inbegriff des „realen Sozialismus“ sozialdemokratischer Prägung im Kapitalismus der Metropolen angesehen werden);

- als Herausbildung gemeinschaftlicher Strukturen im Zuge nachholender Industrialisierungsprozesse an der Peripherie des Weltmarktes, die v.a. auf den Gebieten der sozialen Sicherung, des Bildungs- und Gesundheitswesens, der Arbeitskollektive, der Volkskultur u.a.m. eine eigenständige Ausprägung annahmen, dabei nach innen sowohl mit vormodernen Formen und Elementen (von der Dorfgemeinschaft bis zum Despotismus) wie auch mit einem extremen Etatismus, nach außen mit einem kapitalistisch dominierten Weltmarkt koexistierten.

Beiden Versionen des „Realsozialismus“ gemeinsam ist die starke Rolle des Staates bei der Entfaltung dieser Elemente gegenüber der Logik kapitalistischer Akkumulation und bürgerlicher Bereicherung. Eine besondere Ausprägung nahm dieser Etatismus im Falle des peripheren Sozialismus ein, wo der Staat als Motor der nachholenden Industrialisierung auftrat und zugleich das Projekt der Gemeinschaft-

lichkeit - an Stelle einer unterentwickelten Arbeiterklasse und Zivilgesellschaft - verkörperte und dabei eine eigene bürokratische Logik entwickelte. Inwieweit es sich bei der sowjetischen Formation um Staatssozialismus handelte oder um eine Formation sui generis namens „Etatismus“, in dessen Rahmen sich starke sozialistische Elemente herausbildeten, läßt sich hier nicht klären (und ist mir im übrigen auch unklar). Entscheidend ist jedoch, daß der Sozialismus als Struktur gesellschaftlicher Selbstverwaltung und „assoziierte Produktionsweise“ (Marx) sich bislang weder in sozialdemokratischer noch in kommunistischer Regie entfalten konnte.

Der Hinweis auf das Konzept der „sozialistischen Elemente“ in Bezug auf die Vergangenheit betrifft in seiner Konsequenz aber vor allem die *Zukunft* des sozialistischen Projektes. Wie sieht es heute mit den sozialistischen Elementen - Elementen einer ökologisch-sozialen Kontrolle der Produktion und einer gesellschaftlichen Selbstverwaltung - aus? Zunächst sollte unbedingt an den Aufgaben einer Weiterentwicklung des Sozialstaates - und zwar auch in durchaus altmodischer Betonung der *sozialen Sicherheit* - festgehalten werden, wobei die Verknüpfung mit der Gestaltung der Arbeit und damit die stärkere Ausweitung auch auf den Bereich der Produktion und die Wiederbelebung des Gedankens der Selbstverwaltung von sozialen Einrichtungen und sozialen Fonds hervorzuheben wäre. In Verbindung damit geht es um weitere regulative wie auch stoffliche Elemente, deren Verdichtung auf das hinausläuft, was man dann - vielleicht - als sozialistische Produktionsweise bezeichnen könnte. Und hierbei scheint mir vor allem die Erörterung folgender Komplexe weiterführend zu sein:

- Wir erleben vielfache mehr oder weniger sinnvolle Versuche einer ökologischen Umorientierung der Wirtschaftsweise. Dabei bilden sich schon im Rahmen kapitalistischer Produktionsweise Elemente einer *Politischen Ökonomie der Stoff- und Energiekreisläufe* heraus, die m.E. deutlich über eine kapitalistische und letztlich auf Wertrechnung basierende Logik des Wirtschaftens hinausweisen. Die erforderliche stofflich-energetische Bilanzierung von Kreisläufen, eine darauf beruhende Bewirtschaftung der Res-

sources und eine entsprechende Umrüstung der Produktion unterstellt den Einbau von gemeinschaftlichen regulativen Elementen in das Wirtschaftssystem, wobei hierbei natürlich durchaus monetäre und marktorientierte Instrumente zum Einsatz kommen können. Entscheidend ist aber, daß das Moment der gemeinschaftlichen Regulierung (im nationalen wie auch internationalen Maßstab) in den Vordergrund tritt: Hierbei würde mich vor allem interessieren, welche Konsequenzen der

hingegen die langfristige Effektivität des Kapitalstocks und der Ressourcenbewirtschaftung, die produktive Problemlösung und eine entsprechende Qualität der lebendigen Arbeit. Auch wenn die heutigen Entwicklungen in den Betrieben v.a. unter den Vorzeichen der „Standortdebatte“ verlaufen - in den Bemühungen um Qualitätszirkel und Gruppenarbeit, um Ökobilanzen und Ökocontrolling verbergen sich auch neue Elemente industrieller Demokratie, die über eine grundlegende

punkt der damit verbundenen Potentiale an gesellschaftlicher bzw. gemeinschaftlicher Regulierung: Die sozialistische Produktionsweise wird nach meiner Prognose auf der Basis eines vergesellschafteten Bankenwesens v.a. eine *Ökonomie der Investitionsfonds* sein - mit diversifizierten und demokratisch verfaßten Fondsstrukturen, in denen überbetriebliche Rentabilitätsgeichtspunkte mit ökologisch-sozialen Zielsetzungen der beteiligten Kräfte zusammenfließen und die sich zwischen die am Markt agierenden Unternehmen und die vom Staat entwickelten Rahmensetzungen schieben.

Formationstheoretisch betrachtet scheinen mir erst jetzt die Elemente und Potentiale einer sozialistischen Produktionsweise heranzureifen - und zwar in Verbindung von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. V.a. die mikroelektronisch gestützten Informations-, Kommunikations- und Steuerungstechnologien auf der einen und die solaren energetisch-stofflichen Technologien auf der anderen Seite stellen in Verbindung mit entwickelten Formen gesellschaftlicher Investitionsfinanzierung, ökologischer Bilanzierung und Steuerung und sozialer Kontrolle des Produktionsprozesses die Basis eines modernen Sozialismus dar, der sich auch auf der Ebene der internationalen Beziehungen in eine „Systemkonkurrenz“ - hinsichtlich der globalen Problemlösungskompetenz - begeben und gegenüber den kapitalistisch dominierten Strukturen des Weltmarktes behaupten kann. Freilich: Gerade in dieser Hinsicht gilt, daß ein neuer „Vormarsch“ bei der Herausbildung sozialistischer Elemente gerade in den kapitalistischen Metropolen stattzufinden hätte (s.u.).



Übergang in das „Solarzeitalter“ für die Ökonomie des Sozialismus hätte bzw. inwieweit die weltweite Durchsetzung einer Solarwirtschaft neue Perspektiven im Sinne einer gemeinschaftlichen Regulierung von Stoff- und Energiekreisläufen aufwirft.

- Marx' Ausführungen aus den Grundrissen zur Veränderung der Arbeit unter den Bedingungen fortschreitender Technologie hat an Aktualität nichts verloren. Die grundlegende Tendenz des modernen Kapitalismus: Das fixe Kapital wird im Verhältnis zur angewandten Arbeitskraft beständig ausgedehnt. Dadurch wiederum wird die Arbeitskraft in ihrer Rolle als „Kostenfaktor“ reduziert, zugleich als qualitativer Faktor („Produktionsintelligenz“) aufgewertet. Die Effizienz einer modernen Wirtschaft läßt sich insoweit immer weniger in einer Relation zwischen Profiten und Löhnen, also auf Basis der Ausbeutung bzw. der Mehrwerttrate, bemessen. Immer mehr zählt

Veränderung der betrieblichen Leitungs- und Rentabilitätskriterien freizusetzen wären, und auf Formen des selbstverwalteten Gemeineigentums verweisen.

- Hinsichtlich der ökonomischen Formen scheint es mir auf der anderen Seite zentral zu sein, auf Marx' Ausführungen zum Kreditwesen und zu den Aktiengesellschaften und die darin enthaltenen Hinweise auf eine assoziierte (sozialistische) Produktionsweise zurückzukommen und sie auf die heutigen Verhältnisse zu beziehen. So sollte die heutzutage typische Entkoppelung von Erträgen, ihrer Verwendung und damit auch der Refinanzierung und die damit einhergehende Ausweitung von Anlage- und Investitionsfinanzierungsmöglichkeiten - insbesondere in Form von Investmentfonds - nicht alleine unter kritischen Gesichtspunkten - nicht alleine bezüglich ihrer parasitären, spekulativen u.ä. Aspekte gesehen werden, sondern auch unter dem Gesichts-

Sozialismus als moralisch-kulturelles Problem

Trotz der vielfach diskreditierenden Wirkungen „realsozialistischer“ Entwicklungen für den Sozialismus als überlegene moralisch-kulturelle Disposition scheinen sich v.a. seine Prinzipien und Werte erhalten zu haben, wobei es sicherlich kein Zufall ist, daß man dies v.a. in christlichen Bereichen feststellen kann. Dennoch: Die Rekonstruktion des sozialistischen Projektes stellt uns gerade auf dieser Ebene vor

komplexe Probleme, die in entscheidendem Maße das Wechselverhältnis von persönlicher Lebenseinstellung und gesellschaftlicher Hegemonie bestimmen und zugleich die Art und Weise des Produzierens und des Regulierens - und damit auch die „Systemfragen“ - betreffen. Sie lassen sich m.E. in zweierlei Weise bündeln:

- Die Beziehung von Selbstverwirklichung und Arbeitsverausgabung innerhalb und außerhalb von Warenproduktion und Erwerbsarbeit stellt sich im heutigen „sozialistischen“ Diskurs äußerst disparat dar. Vielfach wird der Ästhetik der Warenwelt die Ästhetik des Verzichts und der Eigenarbeit entgegengehalten, ohne daß es zu einer Vermittlung kommt. Viel scheint mir aber davon abzuhängen, daß der Sozialismus ein produktives Ethos und eine Vorstellung gemeinschaftlicher Leistung und individueller Kompetenz beinhalten muß, die sich auch auf der Ebene komplexer Vergesellschaftungsformen mit der produktivistischen Ideologie der Warenproduktion wie auch bürokratischen Kompetenzanmaßungen messen kann und sich zugleich gegen deren Kehrseiten - leistungslose Einkommen und Inkompetenz bei der Lösung von Problemen - wendet.

- Die Debatte um Gemeinschaftlichkeit im sozialen und auch im politischen Raum ist bekanntlich von nicht geringer Bedeutung und gewinnt - wie im Falle des Kommunitarismus, einer auf gemeinsame Werte und nicht auf Staatlichkeit gegründete Vorstellung von Gemeinschaft(en) - neue Anhänger. Mit Blick auf die Vorstellung gesellschaftlicher Selbstverwaltung ist dies von nicht zu unterschätzendem Wert, wobei in der Geschichte des Sozialismus mit den dort vorhandenen genossenschaftlichen wie auch basis- und rätedemokratischen Traditionen reichhaltige Ansatzpunkte zu finden sind, die auch die gewohnten Vorstellungen parlamentarischer Demokratie praktisch kritisieren. Der hierin angelegte Diskurs der Gemeinschaftlichkeit ist aber auch gerade deshalb von eminenter Bedeutung, als die offenkundige Problematik einer rechtspopulistischen Aufladung sozialer Identitätsverluste besteht.

In beiderlei Hinsicht geht es letztlich um die Frage der Selbstverwirklichung und Aufhebung von Entfremdung in Konfrontation mit einer

hochproduktiven und zugleich zutiefst zerstörerischen kapitalistischen Warenwelt und der ihr zugrundeliegenden Produktions- und Konsumweise. Wird der „Sozialismus“ sich als radikaler Ausdruck dieser moralisch-kulturellen Dispositionen und Facetten etablieren können? Die Antwort hängt entscheidend davon ab, inwieweit sie sich in einem neuen Aufschwung von sozialen Bewegungen und Kämpfen entfalten können.

Sozialismus in Bewegung

Gegenüber diesen Bemühungen, das sozialistische Projekt auf der Ebene der Produktionsweise (bzw. sozialistischen Elemente) sowie seiner moralisch-kulturellen Implikationen zu rekonstruieren, ist nunmehr auf den Aspekt der Bewegung (und damit auch des „Subjektes“ des sozialistischen Projektes) zu verweisen - in einem Verständnis, das die Bewegung nicht auf ein zweckgerichtetes Instrument der Weltgeschichte oder einer sie verkörpernden Partei degradiert, sondern ihren eigenständigen Stellenwert herausarbeitet. Der *Sozialismus als Bewegung* übernimmt nicht nur eine verbindende Rolle gegenüber den beiden zuerst genannten und einander häufig fremd gegenüberstehenden Aspekten der Systemregulierung und des moralisch-kulturellen Ensembles. Von ihm hängt von ihr die Dynamik des gesamten Projektes ab, das zum Stillstand kommt, wenn die Bewegung sich dem Sozialismus als v.a. regulative und/oder moralische „Ordnung“ bzw. „Macht“ unterwirft. Die Behauptung, daß der Sozialismus in der Bewegung lebt, impliziert natürlich eine stärker „subjektivistische“ und „prozessuale“ Definition.

Zum einen geht es um die Momente im alltäglichen Lebensprozeß, in denen sich Elemente der Gemeinschaftlichkeit mit dem Widerstand gegen vorherrschende Strukturen und Mechanismen und einem darüber vermittelten Streben nach gesellschaftlicher Gestaltung verbinden, zum anderen schließt sich daran die Frage an, wie und wo sich ihre Dynamik im Auf und Ab sozialer Bewegungen, Kämpfe und Formierungsprozesse entfaltet. *Sozialismus als Bewegung* artikuliert sich v.a. dann, wenn in diesen Prozessen selbst die Legitimität bisheriger Strukturen, Mechanismen und Wertvorstellungen aufgebrochen und Elemente demokrati-

scher Basis- und Gegenmacht und gesellschaftlicher Selbstverwaltung sich entfalten und spürbar werden und mit der Vorstellung eines umfassenden Aufbruchs und einer produktiven Neugestaltung der Verhältnisse verbinden.

In dieser Hinsicht war der Sozialismus allerdings bislang auch eine Geschichte der Konfrontation mit dem schon unter regulativen Gesichtspunkten thematisierten Etatismus sowohl sozialdemokratischer wie auch kommunistischer Provenienz, dem die radikal-demokratischen Strömungen regelmäßig unterlegen waren. Die radikalen Impulse der sozialen Bewegungen sind insofern niemals wirklich hegemonial geworden, wenn sie auch in historisch entscheidenden Situationen gesellschaftlichen Fortschritts ihre Dynamik zunächst entfalten konnten. Insofern ist das Erbe der Pariser Commune, der proletarischen Rätebewegung, der antifaschistisch-demokratischen Basismacht wie auch vieler Elemente der internationalen 68er Bewegungen historisch keineswegs eingelöst worden: Es liegt noch unter den staatssozialistischen Trümmern begraben.

Wie dem auch sei: Wir sind nicht nur damit konfrontiert, daß mit dem Desaster des östlichen und der Krise des westlichen „Staatssozialismus“ die bisherige durch die traditionellen Massenorganisationen geprägte politische Kultur des „Sozialismus“ wohl unwiderruflich darniederliegt. Zugleich ist es auch vielfach zu einer Entkoppelung zwischen sozialen Bewegungen und subjektiven sozialistischen Elementen, die es ja in den 68er Bewegungen noch in sehr starkem Maße gegeben hat, gekommen. Welche Möglichkeiten und Ansatzpunkte gibt es, den Sozialismus als Bewegung zu rekonstruieren, um überhaupt die Voraussetzungen für die Entfaltung „objektiver“ sozialistischer Elemente und Potentiale wie auch seiner moralisch-kulturellen Dimensionen zu schaffen? Zwei Stoßrichtungen erscheinen mir zunächst einmal wesentlich zu sein:

- Wir erleben seit einiger Zeit in vielen Teilen der Welt und auch in Westeuropa den Aufschwung von *populären Bewegungen*, die sich häufig aus einer Vielzahl von Initiativen, Gruppen und Strömungen zusammensetzen, die in keinerlei organischer Verbindung zu einem bestimmten traditionellen Lager oder einer bestimmten dominierenden

Partei stehen. Offensichtlich ist der progressive Charakter dieser Bewegungen keineswegs von vorneherein gegeben - im Gegenteil! Allerdings darf die Furcht vor den neuen Spielräumen, die dadurch auch und gerade rechtspopulistische Kräfte vielfach erhalten, die Linke nicht dazu führen, sich auf die Seite des „herrschenden Blocks“ zu schlagen. Die Veränderung in der Struktur des politischen Systems und der Vertretung gesellschaftlicher Interessen beinhaltet aber auch radikal-demokratische Elemente von *Gemeinschaftlichkeit* und damit auch reale Elemente des Sozialismus - feststellbar in Italien ebenso wie in manchen lateinamerikanischen Ländern. Sozialismus würde sich hier - bei optimistischer Sichtweise - als Bewegung der moralischen und sozial-kulturellen Reform der Gesellschaft artikulieren, als Bewegung, die in ihrer Struktur und ihren ideologischen Facetten eher einer *Regenbogenkoalition* gleicht als einem „antikapitalistischen Bündnis“ traditionellen Typs.

• Aber mit Bezug auf den Sozialismus als Produktionsweise scheint mir ein anderer Aspekt zentral, den ich mit *Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur* umschreiben möchte. Ich gehe davon aus, daß der Sozialismus in Zukunft - v.a. mit Blick auf die globalen Problemstellungen - in noch stärkerem Maße als früher davon abhängig sein wird, daß große Projekte der Gestaltung formuliert und entsprechende produktive Allianzen von „Werk tätigen“ gebildet werden. Der altmodische Terminus erscheint mir insofern passend zu sein, weil er jenseits der Kategorie der bedeutsam bleibenden Lohnabhängigkeit den schöpferischen Aspekt anspricht. In dem Maße, wie es „Werk tätigen“ spürbar und bewußt wird, wie sehr ihre produktiven Kompetenzen durch die vorherrschenden Mechanismen eingeengt und verformt werden, v.a. weil sie vielfach nur in Regie des Kapitals zur Lösung drängender sozialer und ökologischer Probleme eingesetzt und miteinander kombiniert werden, dürften sich umso stärker „sozialistische“ Bestrebungen artikulieren. Nehmen wir das angesprochene Beispiel einer „solaren Revolution“, also einer tiefgreifenden Umwälzung der energetischen Grundlagen der menschlichen Entwicklung und der darin enthaltenen Implikationen für die Lösung globaler Probleme - es ist ein (mögli-

cherweise: das) Beispiel, an dem sich jenes Bündnis realisieren könnte. Dazu gehört im übrigen auch das Freisetzen von Kreativität und Phantasie bis in den Bereich kultureller Bewegung hinein (also bis zur künstlerischen Inszenierung nach vorne gerichteter Projekte, während heute neben postmoderner Beliebigkeit das Lamento über ökologische Krise und moralischen Verfall dominiert).

Doch Sozialismus als Bewegung und als Gesamtprojekt muß und kann gerade im internationalen Kontext rekonstruiert werden. Der Sozialismus stellte ja in dieser Hinsicht auch einen Sinnzusammenhang zwischen unterschiedlichen und häufig sehr disparaten Momenten dar - auch zwischen vergangenen und aktuellen Kämpfen, zwischen einem hiesigen Gewerkschaftsstreik und einem Befreiungskrieg im Süden (bis hin zur zusammenhängenden Vorstellung eines „revolutionären Weltprozesses“). Doch diese Zusammenhänge scheinen sich aufgelöst zu haben. Ihre Rekonstruktion - insbesondere im Prozeß der internationalen Solidarität - unterstellt von vorneherein radikale Alternativen zur Logik des kapitalistischen Weltmarktes und seiner politischen, militärischen und kulturellen Überbauten. Den Referenzrahmen für einen neuen Vormarsch liefert allerdings keine übergreifende globale Vernunft. Entscheidend dürften die sich herausbildenden Wirtschaftsräume und die sich dort entwickelnden ökonomischen Kulturen (gewissermaßen „regionalen Produktionsweisen“) und die dort stattfindenden politischen, sozialen und kulturellen Formierungsprozesse sein. Ich vermute, daß vor allem von Lateinamerika und von Westeuropa schon in absehbarer Zeit neue Impulse ausgehen werden.

Westeuropa könnte auf der Basis der sozialistischen Elemente, die in seiner Industriekultur, seinem Sozialstaat und seinen Organisationen (noch) enthalten sind, und in seiner Beziehung zu Osteuropa wie auch zum Mittelmeerraum durchaus die Chance erhalten, einen neuen Anstoß zu liefern - vielleicht im Sinne einer gemischten „europäischen“ Produktionsweise. Lateinamerika dürfte bald einen neuen Anlauf versuchen - nicht zuletzt auf der Basis der schon angesprochenen Neuformierung v.a. radikal-demokratisch-basissozialistischer Kräfte und der Betonung des eigenen sozialökonomischen und

insbesondere multikulturellen Erbes. Die Beobachtung und Analyse dessen, wie sich in den unterschiedlichen Weltteilen jenseits der alten Weltordnung und ihrer Sozialismusmodelle in jeweils relativ autonomer Weise das sozialistische Projekt rekonstruiert, dürfte für die Debatte von sozialistischen Neuansätzen von eminenter Bedeutung sein - unter sachlichen Gesichtspunkten

wie auch unter dem Aspekt der Ermutigung, die von der erfahrbaren Reichhaltigkeit des sozialistischen Projektes ausgehen kann. Und so könnte die Formierung der populär-demokratischen und produktiven Kräfte in den sich herausbildenden Wirtschaftsräumen und das Zusammenwirken z.B. zwischen Kräften des westeuropäischen „Regenbogens“ und den sich in bemerkenswerter Weise neuformierenden Kräften des „Forums von Sao Paulo“ in Lateinamerika neue Impulse für die sozialistische Identität und den sozialistischen Diskurs freisetzen.

Der Sozialismus als historisches Projekt kann durchaus in eine neue Phase eintreten und - ich bin überzeugt - er wird es auch tun. Allerdings muß man dieses Projekt zugleich als historisch offen ansehen und seine Definition aus Katechismen der Vergangenheit bzw. der alten Weltordnung befreien. Diese Herangehensweise unterstellt keineswegs die Absage an den Sozialismus als radikale Utopie. Im Gegenteil bin ich - im Gegensatz zu jenen, die nun z.B. umstandslos die Vereinbarkeit von Marktwirtschaft und Sozialismus entdecken - der Meinung, daß die wirkliche Emanzipation der Menschheit von ihrer „Vorgeschichte“ die tief in die Produktions- und Lebensweise eingehende Ablösung von den Prinzipien der Markt- und Geldwirtschaft impliziert. Auch wenn ich bezweifle, daß sich dieser Vorgang in absehbaren historischen Zeiträumen auf der Ebene der Gesellschaftsformation bzw. Produktionsweise realisieren läßt, so würde es mir schon ausreichen, wenn er - und damit der Sozialismus - als geschichtlich begründete Hoffnung in der Radikalität der Bewegungen und Kämpfe, der Lebenseinstellungen und Diskurse und der darüber realisierten Projekte erhalten bliebe bzw. neue Nahrung finden würde.

PapyRossa post festum!

Hervé / Steinmann / Wurms (Hg.)

DAS WEIBERLEXIKON

HC, 527 S., DM 49,80 Best.-Nr. 047

"Faktenreichtum in flotter Schreibe. Das mit etwa 650 Zeichnungen, Fotos und Grafiken bebilderte Lexikon ist ein informatives Lesebuch. Charakteristisch: der für Nachschlagewerke ungewöhnlich humorvolle Stil" (WAZ)

Alexander Diekmann u.a. (Hg.)

Gewohnheitstäter

Männer und Gewalt

TB, 176 S., DM 19,80 Best.-Nr. 075

"Vorsicht vor den verunsicherten Männern: Minderheiten wären am liebsten überhaupt keine mehr, andere maskieren sich trotziger mit traditionellen Männerkostümen, doch die meisten verdrängen die Krise und vegetieren körperlos dahin" (Aus einem Beitrag)

Till Bastian

Die Finsternis der Herzen

Nachdenken über eine Gewalttat

HC, 157 S., DM 24,80 Best.-Nr. 074

"Es gibt Menschen, die verlöschen einfach. Sie sterben still, kaum bemerkt, ohne großes Getöse. Und es gibt Tode, die ziehen eine breite Schneise der Verwüstung nach sich. So war es bei meinem Vater. Davon handelt dieses Buch" (Aus dem Prolog)

Lutz Hoffmann

Das deutsche Volk und seine Feinde Die völkische Droge

TB, 227 S., DM 24,80 Best.-Nr. 068

"Die Stärke des Buches liegt in dem ausgiebig geführten Nachweis, auf welchen historischen Wegen das völkische Denken von Oben produziert, als Identifikationsangebot gefördert und planmäßig zu Herrschaftszwecken ausgenutzt wurde" (SoZ)

Peter Kürner / Ralf Nafroth (Hg.)

Die vergessenen Kinder

Vernachlässigung und Armut in Deutschland

TB, 165 S., DM 19,80 Best.-Nr. 064

"Das Buch setzt in seiner Gesamttendenz den üblich gewordenen Thesen von der schichtunabhängigen Gewalt gegen Kinder einen anderen Schwerpunkt entgegen: die Armut nicht nur als Mangel an materiellen Ressourcen, sondern auch als Boden für sozialen Analphabetismus und jede Art von Gewalt" (Kinderschutz aktuell)

Georg Fülberth

Der große Versuch Geschichte der kommunistischen Bewegung und der sozialistischen Staaten

TB, 199 S., DM 24,80 Best.-Nr. 076

"Das Buch ist voller kluger Gedanken und zum Nachdenken anregender Fehler. Ein so grundlegend wichtiges Buch über die internationale kommunistische Bewegung besitzen wir nicht!" (Jürgen Kuczynski)

Hans Kalt

Stalins langer Schatten

Das Scheitern des sowjetischen Modells

HC, 240 S., DM 38,- Best.-Nr. 077

"Manches schon vor sieben oder sechs Jahrzehnten Ausgesprochene hätte eine andere Entwicklung des sowjetischen Sozialismus bewirken können, wenn die Verantwortlichen darauf gehört hätten" (Aus der Einleitung)

Ulrich Schneider (Hg.)

Auschwitz - ein Prozeß

Geschichte, Fragen, Wirkungen

Br., 157 S., DM 19,80 Best.-Nr. 072

Materialien eines Symposiums, dreißig Jahre nach dem Frankfurter Auschwitz-Prozeß.

Gisela und Axel Preuschhoff

Wir können etwas tun!

Gegen Gewalt an Schulen

TB, 158 S., DM 19,80 Best.-Nr. 065

G. und A. Preuschhoff legen hier eine wichtige Ergänzung zu ihrem Erfolgstitel "Gewalt an Schulen" vor: Noch mehr Ideen, Tips und Spiele, Beispiele und Anregungen aus der Praxis.

Gisela Preuschhoff

Von 12 bis 16

Abenteuer Pubertät

TB, 140 S., DM 19,80 Best.-Nr. 066

Die Autorin, selbst Mutter von vier Kindern, gibt Hinweise, wie Eltern ihren Kindern helfen können, Schritt für Schritt erwachsen zu werden. Und natürlich auch, wie Eltern sich selbst helfen können, unumgängliche Reibereien zu ertragen. Ein Buch für alle, die mit Teenies zu tun haben.

Gisela Preuschhoff

Komm, wir spielen was

zusammen! 100 Spiele - Tips und Tests für Leute von 0 bis 99

TB, 212 S., DM 19,80 Best.-Nr. 078

Über 100 Spiele, keine Lückenfüller, nur echte Erfolgsspiele. Getestet! Hübsch illustriert. Eine Anregung für Eltern, Großeltern, Erzieher und Lehrer, wieder mehr mit Kindern zu spielen.

SCHÖNE RESTE

(Sonderpreis: Bezug dieser Titel aus Remittenden nur ab Verlag)

Frank Deppe

Niccolò Machiavelli

Br., 511 S., DM 15,- Best.-Nr. 126

Sabine Kebir

Ein akzeptabler Mann? Brecht und die Frauen

HC, 195 S., DM 12,- Best.-Nr. 028

Frank Niess

Sandino

Br., 332 S., DM 10,- Best.-Nr. 242

Frank Deppe u.a.

Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung

Br., 796 S., DM 15,- Best.-Nr. 988

Jutta von Freyberg u.a.

Geschichte der deutschen Sozialdemokratie

Br., 591 S., DM 12,-, Best.-Nr. 929

Gesamtverzeichnis anfordern!

Bestellung aller Titel mit Ausnahme der Reste über Ihre Buchhandlung oder beim Verlag.

Ja, ich bestelle ich folgende Titel:

Autor/Kurztitel Nr. Ex. DM

Autor/Kurztitel	Nr.	Ex.	DM

Name

Straße

PLZ, Ort

Datum/Unterschrift

Bestellung an PapyRossa, Petersbergstr. 4, 50939 Köln, Tel. 0221/448545, FAX 0221/444305. Lieferung gegen Rechnung zuzüglich Porto, ab Bestellwert von DM 100,- keine Versandkosten

Die folgenden „Erwägungen marxistischer SozialdemokratInnen“ wurden in einem ersten Entwurf 1992 von Diether Dehm und Kurt Neumann vorgelegt. An der Diskussion haben sich mit schriftlichen Beiträgen, die in den Text in unterschiedlichem Umfang eingegangen sind, u. a. Sandra Hildebrandt, Ralf Krämer, Uwe Kremer, Heiko Mau, Felix Welti, Thomas Westphal und Ulrich Wolf beteiligt. Inhaltlich wurde der Text im wesentlichen 1993 abgeschlossen, für die Veröffentlichung in spw wurde er in Absprache mit Diether Dehm gekürzt und redaktionell überarbeitet. Dies ändert nichts am vorläufigen Charakter des Entwurfs, die „Erwägungen“ sollen vor allem einen Anstoß und eine Grundlage zur Diskussion bieten.

Wider die Kapitalverwertungslogik

- für eine demokratisch-solidarische Wirtschaftsplanung
Erwägungen marxistischer SozialdemokratInnen

0. In Erwägung,

daß

Nahrung und Wasser, den Unteren fehlend, Klima und Atemluft, den Nachgeborenen rarer werdend, Gesundheit und Bildung den meisten vorenthalten, heute schon in den Geschäftsbüchern der Oberen als Gewinne von gestern verbucht sind; daß aber noch-intakte Litho-, Hydro- und Atmosphäre, unverseuchte Meere und Böden, satte Kinder und Frieden, Vollbeschäftigung und ein hilfreicher Staat in der herrschenden Meinung als „profitlose Ökonomie“ gelten, so, wie Geduld und Barmherzigkeit, künstlerische Wahrhaftigkeit und demokratische Prozesse, Solidarität und ein dauerhaftes Glück der Vielen;

daß

Lemminge sich nie selbst aufhalten konnten, weil sie nur organisch sind, aber nicht organisiert; daß aber unsere Partei charakterlich, praktisch und perspektivisch längst nicht entschlossen genug ist, Organisation gegen den Untergang unserer Gattung zu werden;

haben wir beschlossen,

marxistische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu bleiben, den Klassenkampf der Unteren gegen die Kapitalverwertungslogik besser, als es anderen vor uns möglich war, zu organisieren: breiter in der demokratischen Beteiligung, tiefer in den Bildern und Empfindungen eines nichtentfremdeten Glücks, höher in der Planung eines menschenerhaltenden Wirtschaftens. Wir wollen für demokratisch-solidarische Über-Lebensplanung neuen Raum in der Geschichte!

I. Lebensgefährliche Befunde

Stichwort Umweltzerstörung: Heute schon ist das Ozonloch größer als ganz

Amerika, dabei sind die letzten 15 Jahre FCKW-Produktion noch gar nicht „am Himmel“. Die Ausbreitung chemischer Gifte (DDT konnte sogar in Pinguinieren in der Antarktis nachgewiesen werden), die Ausweitung der überstarken UVC-Einwirkung durch das Ozonloch

„Euer Fortschritt wird doch nur ein Fortschreiten von der Menschheit weg sein. Die Kluft zwischen euch und ihr kann eines Tages so groß werden, daß Euer Jubelschrei über irgendeine neue Errungenschaft von einem universalen Entsetzensschrei beantwortet werden könnte.“

(Brecht im „Galilei“)

und damit die enorme Zunahme von Hautkrebs geht ebenso unvermindert weiter, wie die Verseuchung unserer Meere (nicht nur durch die Havarien von Öltankern). In den nächsten 45 Jahren (wahrscheinlich aber schon sehr viel früher) ist ein „point of no return“ erreicht.

Alle zwei Stunden wird ein Fußballplatz voll „grüner Lunge Tropenwald“ abgeholzt.

5,3 Milliarden Menschen produzieren 21 Tonnen Kohlendioxid (dabei die alte BRD mehr als ganz Afrika). Die Hälfte wäre gerade eben noch „überlebensverträglich“ für die Gattung Mensch.

In den nächsten 20 Jahren soll es allein in Deutschland über 64% mehr

PKWs und über 70% mehr LKWs geben, dabei sind hier schon 60% unserer Bäume todkrank, wird alle zwölf Minuten ein Kind von einem Auto getötet oder schwer verletzt.

Stichwort Völkerflucht: Weltweit leben etwa 50% der Bevölkerung an Küsten und Flußmündungen (wie dem Niger, dem Nil und dem Mekong); die UNO rechnet allein durch den klimatisch bedingten Anstieg der Wasser mit 200 Millionen Flüchtlingen. Hinzu kommen die Hungerflüchtlinge. Der Club of Rome sieht neue Grenzziehungen mit den dazugehörigen Waffensystemen, „um die aufgebrachten Horden der ungebildeten Arbeitslosen und Hungernden fernzuhalten?“

Stichwort Welthunger: Obwohl die Nahrungsmittelproduktion weltweit ca. 20% mehr Kalorien liefert, als für eine vernünftige Ernährung aller Menschen nötig wäre, stirbt alle zwei Sekunden ein Kind auf der Welt an Hunger. Die Rüstungsausgaben in aller Welt belaufen sich real um etwa 1 Billion Dollar, sind also um das Vierfache seit Ende des 2. Weltkriegs gestiegen und entsprechen in etwa dem Bruttosozialprodukt aller lateinamerikanischen und afrikanischen Länder.

Stichwort Welt-Bürger-Krieg: Teile des ehemaligen Ostblocks haben die Chance, für das reiche Westeuropa Randregionen zu werden, denen „etwas abfällt“. Sonst droht dem Osten ganz überwiegend das Schicksal des Südens oder die Rolle Lateinamerikas für die USA. Der Versuch, im Osten „Kapitalismus ohne Kapital“ zu inszenieren, nimmt immer groteskere Züge an. Unter dem Schlagwort der angeblichen „Selbstbestimmung der Völker“ treibt in Osteuropa und Mittelasien Nationalismus sein tödliches Unwesen, geht auch der Bürgerkrieg in Afghanistan - nur unter innerislamischen Vorzeichen - weiter. Anstelle der bipolaren Spannung

zwischen den Militärblöcken erleben wir keine neue, auf Gleichberechtigung und Abrüstung beruhende Friedensordnung. Die Vereinten Nationen entwickeln sich nicht zur Institution einer demokratischen und friedlichen Weltinnenpolitik, sondern zu einem Instrument der Durchsetzung von Kapitalinteressen der Industrieländer unter militärischer Hegemonie der USA, mit der BRD an ihrer Seite.

Weltweiter Frieden ist weiter entfernt als zuvor.

Stichwort Verelendung: Drastische Verslumung und Verarmung kommt auch auf den reichen Norden zu: Nährboden für organisierte und kleinere Kriminalität, Sprengstoff für Bürgerkrieg in seinen Metropolen. Das Kaputt-Sparen von Sozialstaat führt zur massiven Verarmung der sozial Unterprivilegierten durch Kürzungen bei der Arbeitslosenunterstützung und der Sozialhilfe. Soweit keine Gegenwehr der Betroffenen stattfindet, breiten sich Resignation, politische Apathie, schließlich Demokratiefindlichkeit und damit eine dramatische Bereitschaft zu neofaschistischer Politik aus.

II. Ursachen

Wer die Ursachen benennt, darf vor „Namen und Hausnummern“ (Brecht) nicht zurückschrecken. Die meisten Zerstörungen haben Nutznießer! Und diese Nutznießer leben davon und damit, daß die Menschen in der Rolle von Objekten bleiben, ihr Protest atomisiert wird und ihr Widerstand sich nicht gegen die Verursacher von sozialer Ausgrenzung, Armut und Umwelterstörung richtet. Wer die wahren Profiteure des Elends nicht von links öffentlich benennt, überläßt die Definitionsmacht über die Sündenböcke und „Wutableiter“ den Rechten!

Gelang es den Sozialistinnen und Sozialisten in der SPD Ende der 80er Jahre noch, dem Berliner Grundsatzprogramm einen offensiven gesellschafts- und weltverändernden Akzent zu geben, so befinden wir uns seit Jahren in einer moralischen Defensive. Eingeschüchtert durch den realen Ab- und Zusammenbruch der verschiedenartigen Projekte mit sozialistischem Anspruch, eingeschüchtert aber auch durch das großsprecherische Gehabe der „Sieger über den Sozialismus“ und die Vielzahl der Linken, die sich flugs der Seite der Sieger anschlossen und nur noch Spott für die Zurückgebliebenen haben.

Was aber haben Anpaßler und Wendehälse, Sachzwänger und Zeitgeistgetriebene auch in der SPD erreicht, außer einer zerrütteten und demoralisierten Partei, ohne von der Mehrheit erkennbare Identität, ohne Bezug zu den sozialen Bewegungen, Initiativen und Kämpfen, ohne ein gelebtes Ethos der internationalen Solidarität? Und schauen wir auf diese Gesellschaft, und schauen wir auf diese Welt, so merken wir: Es ist nicht mehr die Zeit, nur allein an sich zu zweifeln. Was klar ausgesprochen werden muß, ist vielmehr: was wir über die Gesellschaften der Kapitalverwertungslogik und diese Welt wissen. Und: was die Grundzüge eines Überlebens-Programms für unsere Gattung sind.

Die klassisch konservativ-liberale Wirtschaftspolitik hat in Westeuropa beträchtlichen Vertrauensverlust erlitten. In Italien wurde daraus ein neuer Bündnistypus von Marktliberalen (Berlusconi) und Neofaschisten mit einer noch deutlicher deregulativen Angriffsstruktur auf soziale Errungenschaften und Gewerkschaften (auch in anderen Staaten sind Keime dieser Bündnisstruktur erkennbar; z. B. Österreich/Haider). Dem Terrainverlust der Konservativen und der „neuen Rechten“ konnte eine defensiv eingestellte Linke in Westeuropa bislang auch bei Parlamentswahlen kein wirksames Konzept entgegensetzen. Die „andere Welt“, Solidarität, Energie- und Stoffsparen als Basis eines anderen Wirtschaftens und eines anderen Glücks schimmerten nicht einmal vor und in SPD-Wahlkämpfen anschaulich und mit Chance auf eigene Plausibilität gegen die Ellenbogenlogik durch.

Es sind aber die Einzellogiken der Kapitalien, die summarisch Millionen Menschenschicksale verwerten und die biologischen Überlebensressourcen der Zukunft als ihre heutigen Gewinnbilanzen ausweisen. Das soll uns dann noch von bürgerlichen „Wirtschaftsfachleuten“ als „Effizienz der Marktwirtschaft“ vorgerechnet werden.

Unter globalkapitalistischen Bedingungen wirken subtil imperialistische, neo-kolonialistische Mechanismen. Die „Terms of Trade“, die völkerrechtliche Vertragspolitik und die Kreditstrategien der internationalen Organisationen wie Weltbank und IWF, gefährden durch die Vernichtung der ökonomischen Existenz ganzer Völker des Südens die natürlichen Lebensgrundlagen der menschlichen Gattung insgesamt.

Der Widerstand gegen Ausbeutung und imperialistische Politik motivierte die antikapitalistischen Bewegungen zu Beginn unseres Jahrhunderts. Die frühere Sowjetunion und die Länder, in denen nach ihrem Modell sozialistische Verhältnisse durchgesetzt werden sollten, sind aber in 75 Jahren gescheitert. Sie waren ökonomisch den alltäglichen Attraktionen des Kapitalismus nicht gewachsen, boten weder eine bessere Alternative zur Gestaltung des gesellschaftlichen Alltags und individuellen Glücks, noch eine wirkliche Alternative im Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen und keine demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten für die Bevölkerung.

Immerhin gelang es im Rahmen der Konkurrenz zwischen den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen den Arbeiterbewegungen in den entwickelten kapitalistischen Ländern nach dem 2. Weltkrieg, entscheidende materielle und kulturelle Fortschritte durchzusetzen. Mit dem Verschwinden der sozialistischen Staaten verstärkt sich auch der Druck auf deren Abbau. Privatisierung und Deregulation sind für ideologische Multiplikatoren des herrschenden Systems, sogar für Teile der kulturellen Intelligenz, zur Alltagsdoktrin geworden. Dabei wissen wir: die kommunistische Weltbewegung hat aufgehört zu existieren. Die Perspektive der Überwindung des Kapitalismus als Überlebenschance der Gattung Mensch ist nur realistisch, wenn die Sozialdemokratie sie (wieder) als ihre Aufgabe erkennt.

Sparpolitik bei sozialen Leistungen, immer weitergehende Privatisierungen und der Ruf nach Opfern, die vor allem die „kleinen Leute“ tragen, sind die Folge. Damit wird zugleich ein innerdeutscher Ost-West-Gegensatz geschürt und davon abgelenkt, daß es hier um eine Umverteilung von unten nach oben und um den Abbau sozialer Errungenschaften (Lohnfortzahlungen, Tarifrrecht usw.) geht. Auch die SPD verfügt nicht über ein klar konturiertes Konzept, „sozial gerechter zu sparen“ als die gegenwärtig Mächtigen.

Über die Hälfte der weltweiten Bevölkerung ist weiblich. Obwohl Frauen weltweit ca. 80% der Arbeit erbringen, besitzen sie nur 5% des Welteigentums. Nach wie vor basieren die Produktionsverhältnisse in den entwickelten kapitalistischen Ländern auf der unbezahlten Aneignung zumeist weiblicher Reproduktionsarbeit. Diese Situation

und die sich eher wieder verfestigende als verändernde Rollenzuteilung zwischen Männern und Frauen produzieren Verhältnisse, die Frauen ganz besonders zu Leidtragenden der ökonomischen, sozialen und ökologischen Umbrüche werden lassen.

III. Perspektiven einer demokratisch-solidarischen Wirtschaftsplanung

Wenn der Kapitalismus das Ende der Wirtschaftsgeschichte ist, so ist das die Wirtschaftsgeschichte des Endes.

Der Fortbestand der Gattung Mensch hat andere Gesetze als die des Marktes.

Weil „der beste Konsument der schnelle Konsument“ ist (Alt Vater), wird „Zeitpiraterie“ (Alt Vater) zum Wesenszug der Kapitalverwertungslogik. Das ist stete Vorgabe des „Regelsystems Weltmarkt“. Der „schnelle Konsument“ hat mit einem neuen, einem ökologisch geprägten (also energiesparenden) Glücksbegriff nichts zu tun.

Eine um Gattungserhalt bemühte Politik muß sich dem Widerspruch eines individuellen Glücksbegriff mit Normen, die der Gattung noch Zukunft versprechen, aussetzen, als auch „Glück“ zu ihrer Sache machen. Andernfalls führen die vielen individuellen Glücksvisionen zum kollektiven Unglück: Die Luft wird mit Schadstoffen durchmischt, bis sie nicht mehr „enjoyment of life“, sondern Asthma- und Bronchialkrebs auslöst. Für einen „ressourcensparenden Glücksbegriff“ ist ein neuartiger, gesamtgesellschaftlicher Dialog zwischen Wissenschaftlern aller Sparten, Künstlern und Politikern eine zentrale Aufgabe.

Entscheidender Bestandteil eines neuen Glücksbegriffs ist das Ethos der Solidarität. Solidarität schließt dabei die intellektuelle Anstrengung ein, sich das Unbekannte an anderen Orten und zu anderen Zeiten vorzustellen, ist also mehr als spontan affektiv begründetes Mitleid. Einbindung der Gattung in diese Solidarität heißt Überwindung der Autonomie von Kapitalentscheidungen. Insofern kann zur Gattung in der perspektivischen Linie der Klassenüberwindung gefunden werden.

Solidarität erfordert Planung - als eine der höchsten Intelligenzleistungen des Menschen. Dabei gilt: Es stellt sich

nicht die Frage, ob Wirtschaftsplanung oder Investitionslenkung stattfinden. Sie sind in komplexen Volkswirtschaften unabdingbar, was uns das Scheitern marktradikaler Experimente deutlich vor Augen geführt hat. Und sie finden schon in großem Stile statt, wenn kapitalistische Großkonzerne und Großbanken - mit oder ohne staatliche Einflußnahme - agieren (und zwar im nationalgesellschaftlichen wie auch internationalen Maßstab). Die entscheidenden Fragen sind vielmehr, wie, in welchem Interesse und in wessen Regie sie stattfinden. *Demokratisch-solidarische Planung* ist die Alternative zur finanzkapitalistischen (wie auch zur staatsbürokratischen) Planung.

1. *Planung* darf sich angesichts der drohenden ökologischen Katastrophe nicht auf das „Innere“ der gesellschaftlichen Produktion beschränken, nicht nur auf die Verausgabung menschlicher Arbeit oder gar nur auf Geldströme orientieren. Sie muß stets die Wechselbeziehung von Produktion und Natur mit reflektieren und auf die Einpassung der Produktion in ökologische Prozesse abzielen: „Wir müssen Güter herstellen und verwenden, die dem Stoffkreislauf der Natur angepaßt sind. Dieser ökologische Umbau unserer Wirtschaft reicht von der Produktidee über den Produktionsprozeß bis zum Verbrauch und von der Wiedergewinnung genutzter Rohstoffe zur Schließung stofflicher Kreisläufe.“ (Berliner Grundsatzprogramm der SPD)

Grundsätze ökologischen Wirtschaftens sind:

- Verringerung des Stoff- und Energieumsatzes
- Reproduktion nicht nur der Menschen und nicht nur der Produktionsmittel und Produktionsgegenstände, sondern auch der natürlichen Bedingungen des Lebens
- Verbot bestimmter Produktionen (etwa der Chlorchemie)
- Veränderung der Konsumgewohnheiten durch bewußtere und weniger entfremdete Bedürfnisbefriedigung mit geringerem Energie- und Stoffverbrauch, auch als Aufgabe unserer Kulturarbeit,

2. Wirksame ökologische Politik muß global sein. Sie muß von *weltweiter Solidarität* geleitet werden. Den hungernden Menschen des Südens kann die Bewahrung der tropischen Regenwälder nicht abverlangt werden. Wir brauchen daher eine neue internationale Ord-

nung, die die weltweite Hegemonie der USA und die Interessendominanz der kapitalistischen Industrieländer überwindet und den Ländern des Südens in den internationalen Organisationen gleichberechtigten Einfluß verschafft.

Es muß die neue internationale Rolle Deutschlands werden, diese notwendigen Prozesse zu fördern. Die militärische Unterstützung der zunehmenden Interventionspolitik der Vereinigten Staaten - auch wenn sie über die UNO geschieht - entspricht nicht den Forderungen internationaler Solidarität und Verantwortung.

3. Hauptaufgabe solidarischer Politik ist angesichts der rapide wachsenden Massenarbeitslosigkeit und Armut auch in dieser reichen Republik die *Schaffung von Arbeitsplätzen und die Weiterentwicklung des Sozialstaats*, um allen Menschen gesellschaftliche Teilhabe, hinreichendes Einkommen und gesicherte Lebenschancen und Perspektiven zu ermöglichen. Wir halten an der Vollbeschäftigung als vorrangigem wirtschaftspolitischen Ziel fest. Das bedeutet auch eine deutliche Erhöhung der Frauenerwerbsquote. Notwendig ist ein öffentliches Beschäftigungs- und Zukunftsprogramm, das die Nachfrage stabilisiert und auf die Bedarfssfelder des ökologischen und sozialen Umbaus orientiert, Infrastrukturen erneuert und Bildung, Ausbildung und Weiterqualifizierung fördert. Dabei muß durch eine aktive Industrie- und Beschäftigungspolitik insbesondere in Ostdeutschland dafür gesorgt werden, daß verbliebene industrielle Kernbereiche erhalten bleiben und eine moderne und ökologisch angepaßte und entwicklungsfähige Wirtschaftsstruktur aufgebaut wird, die Ostdeutschland auf eine eigenständige Wertschöpfungsbasis stellt. Dies muß in ganz Deutschland verbunden werden mit der allgemeinen Durchsetzung der 35-Stunden-Woche und daran anschließenden weitergehenden Arbeitszeitverkürzungen.

Unverzichtbar bleibt die Konzeption des einheitlichen Arbeitsmarktes und des Normalarbeitsverhältnisses. Die Etablierung eines untertariflichen, abgeschotteten zweiten Arbeitsmarktes und flexibilisierter Arbeitszeiten ohne soziale Absicherung manifestieren dagegen die zunehmenden prekären Beschäftigungsverhältnisse, also die Spaltung des Arbeitsmarktes und die Steigerung der Ausbeutungsintensität der einzelnen Arbeitskraft. Dabei werden

grundlegende kollektive soziale Sicherungssysteme wie das Tarifvertragssystem willentlich preisgegeben.

Wer aber der Privatisierung den Gedanken des Solidarstaats entgegensetzen will, muß den öffentlichen Sektor entscheidend attraktiver machen, besser ausstatten, das öffentliche Dienst- und Beamtenrecht und die überdichten Verwaltungsapparate entrümpeln.

Ökologische und soziale Reformpolitik muß und kann solidarisch finanziert werden. Zur Finanzierung öffentlicher Beschäftigungs- und Investitionsprogramme sind höhere Einkommen mit einer hohen Sparquote und Unternehmensgewinne stärker zu belasten, die wegen fehlender Nachfrage (und nicht etwa wegen Finanzierungsschwierigkeiten aufgrund zu geringer Gewinne) nicht investiert werden; zum Ausgleich konjunktureller Mindereinnahmen sind auch vorübergehend höhere Defizite hinzunehmen. Insbesondere die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen und der Länder muß entsprechend ihrer wachsenden Aufgaben (sozialer und ökologischer Umbau, Beschäftigungspolitik ...) verbessert werden, die Sparpolitik zu Lasten von Bildung, Jugend und Sozialem muß beendet werden.

Die Belastung breiterer Schichten der Bevölkerung ist sozial nur dann akzeptabel, wenn die Leistungsfähigeren überproportional zur Kasse gebeten werden. Dabei kommt dem Abbau steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten, die nur oder überwiegend Selbständigen oder Leuten mit überdurchschnittlich hohem Einkommen oder Vermögen zugute kommen, zentrale Bedeutung zu. Sozialpolitisch und wohnungspolitisch motivierte Steuererleichterungen sind grundsätzlich umzustellen von Einkünfteabzugs- auf Steuerabzugsbeträge, damit nicht Leute mit höherem Einkommen stärker von ihnen profitieren als solche mit niedrigerem.

4. Ökologische Erneuerung ist eine "Politik ausgewählter Wachstumsfelder". Diese Aussage des Berliner Grundsatzprogramms muß zum Dreh- und Angelpunkt sozialdemokratischer Politik werden. Hierin liegt eine der Zukunftsfragen der Sozialdemokratie. Nur wenn es ihr gelingt, aus der neoliberalen Abwendung von einem intervenierenden Staat auszubrechen und sich an die Spitze einer längst laufenden industriepolitischen Debatte zu setzen, kann eine Erneuerung der SPD von der wohlfahrtsstaatlichen zur Um-

bau-SPD gelingen. Das Berliner Grundsatzprogramm muß deshalb mittelfristig mit einer geschlossenen industriepolitischen Strategie versehen werden.

Wir nennen Eckpunkte einer solchen industriepolitischen Strategie:

a) Konjunktur- und Investitionsprogramme müssen auf den ökologischen Umbau der Infrastruktur zielen (Umbau des Verkehrs- und Energiesektors, alternative Raumordnungs- und Stadtentwicklung).

b) Die gesamte Produktionspalette muß reformiert werden. Bereits in der Produktion und nicht erst in der Nachsorgung müssen ökologische Meß- und Regeltechniken eingesetzt werden, die die Ergebnisse einer ökologischen Produktlinienanalyse von der Herstellung bis zur Entsorgung eines Produktes verbessern. Darüber hinaus benötigen

5. Solidarische Planung kann nicht verordnet werden. Sie erfordert umfassende *politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Demokratie*. Ihr wirtschaftlicher Kern ist eine „demokratische gesamtgesellschaftliche Steuerung“ der Wirtschaft (Berliner Programm). Sie erfordert auch, daß öffentliche Unternehmen, über die die Infrastruktur beeinflusst werden kann, nicht privatisiert werden.

Es widerspricht auch der Solidarität mit den zukünftigen Generationen, zur kurzfristigen Deckung von Haushaltsdefiziten wesentliche Bestandteile eines möglichen Steuerungsinstrumentariums wirtschaftlichen Privatinteressen auszuliefern. Im Gegenteil: Wir brauchen einen genügend großen öffentlichen Anteil an der Wirtschaft, um deren ökologischen Umbau und auch deren Wie-



wir eine Konversion auch friedlicher Massengüter, dies vor allem in der Automobil- und Chemieindustrie.

c) Unternehmensgewinne (besonders nichtinvestierte) müssen stärker für einzurichtende Investitionsfonds abgeschöpft werden, um Investitionen in entscheidende gesellschaftliche Bereiche lenken zu können.

d) Dazu muß auch die direkte Beteiligung von Belegschaften, Gewerkschaften, Verbraucher- und Umweltverbänden bei Investitionsentscheidungen hergestellt werden. Dafür brauchen wir eine Neukonzipierung staatlicher Strukturpolitik auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene, sowie eine neue Betriebsverfassung.

deraufbau in Ostdeutschland zu ermöglichen.

Demokratische Planung muß weitgehend dezentralisiert und flexibel sein, um konkret auf spezifische Situationen und auf Veränderungen eingehen zu können. Sie muß sich aber auch auf das Ethos der Solidarität beziehen, wenn sie nicht an individuellem, betrieblichem oder Gruppenegoismus scheitern soll.

Dezentrale demokratische Planung bedarf zentralökonomischer Abgleichung, die aber je supraregionaler, je mehr als bloßes Rahmengesetz realisiert werden kann. Die konkreten Planungsprozesse haben auf der „unteren Sichtblende“ stattzufinden.

Wir wissen, daß auch der Kapitalismus und die großen Monopolkapitale über Planung verfügen. Wir unterscheiden uns hier im Demokratie- und Solidaritätsgehalt von Planung! Wir wissen auch, daß der kapitalistische Staat über Umverteilungsmechanismen verfügt. Dabei gibt es eine zunächst merkwürdige Beobachtung: So wie der Staat gegenwärtig von unten nach oben umverteilt, verteilt er Regulation von oben nach unten um! Das heißt: Je freier sich die großen Kapitale bewegen und Verwertungszusammenhänge erschließen dürfen, je regulierter erscheint das gesellschaftliche Leben für die „Unteren“ und auch die Mittelschichten. Verbote und Gebote im gesellschaftlichen Leben sind die Dialektik zur Deregulation des großen kapitalistischen Geschehens. Für die demokratische Linke ist es daher nötig, sich nicht in eine Demagogiefalle treiben zu lassen, bei der die breite Mehrheit der Gesellschaft mit „Regulation“ ein weiteres Zunehmen von Verboten und Geboten verbindet und gleichzeitig die Deregulation für Monopol- und international operierendes Finanzkapital und entsprechende staatsmonopolistische Zusammenhänge (Treuhand) ihrem Blick entrückt bleibt. Soziale und solidarische Regulation müssen klar konturiert und gleichzeitig das gesellschaftliche Leben auf Deregulationsmöglichkeiten hin durchforstet werden!

Eine Strategie der wirtschaftlichen Demokratisierung unserer Gesellschaft muß nicht dauerhaft unpopulär bleiben. Im Gegenteil: eine Gegnerschaft gegen die Macht der großen Banken, auch wenn diese nicht immer politisch präzise durchdacht ist, ist durchaus bei einem großen Teil unserer Bevölkerung verbreitet. Die Rolle dieser Geldinstitute für das organisierte Verbrechen, für Steuerhinterziehung und ähnliche Finanztransaktionen in großem Ausmaß, bei der Zinswillkür, bei der Ausplünderung armer Völker und Regionen und vor allen Dingen aktuell durch die immense Verschuldung der öffentlichen Hand, bei denen der Bankenreichtum wächst und die Dienstleistungsspielräume für die Gemeinden dramatisch zurückgehen, sind Anknüpfungspunkte einer Demokratisierungsdebatte, die durchaus auch populär gegen die Macht der Banken zu wenden ist. Auch andersherum wird ein Schuh daraus: Führt die Linke hier keinen Demokratisierungsdiskurs gegen die Banken, wird eine

populistische Rechte - ähnlich wie vor 1933 im SA-Programm - mit autoritären, sozialdemagogischen Parolen in diese Lücke stoßen.

6. Wichtige Ansätze für eine Politik globalen Umsterns und einer solidarischen demokratischen Planung als Alternative zur Kapitalverwertungslogik sind im *Berliner Grundsatzprogramm der SPD* enthalten. Es ist aber nur für einen Teil der Partei zur programmatischen Leitlinie geworden, die Praxis - vor allem der Parteiführung - folgt anderen Linien und Zwängen. Wir wollen helfen, diejenigen zu sammeln, die auf Grundlage des Berliner Programms eine inhaltliche Erneuerung der SPD anstreben. Wir werden nicht darauf warten, daß die Parteiführung sich selbst in diese Richtung bewegt. Vielmehr wollen wir möglichst viele Mitglieder der SPD gewinnen, gemeinsam mit Teilen der Gewerkschaften, politisch bewußten Kräften aus der Frauen-, Friedens- und Ökologiebewegung für eine solche neue Politik aktiv zu werden. Wir wollen so dafür kämpfen, daß diejenigen, die für Zukunftschancen, Traditionen und Inhalte des demokratischen Sozialismus eintreten, in der Sozialdemokratie eine politische Plattform haben. Entscheidend ist hierfür, daß die Sozialdemokratie sich wieder ein Verständnis von sozialen Interessen erarbeitet, die sie vertreten und durchsetzen will. Denn *demokratisch-solidarische Planung* ist - anders als die heute obwaltenden industriepolitischen Konzepte - vor allem interessenorientierte Planung für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft und eine soziale Umverteilung des Reichtums und erfordert Wirtschaftsdemokratie.

7. Demokratie beim solidarischen Wirtschaftsplanen muß den Gedanken der *Mitbestimmung qualitativ neu beleben*: Produzenten und Konsumenten können in Tateinheit mit Aktiven in Wirtschaft, Politik und Kultur auf die Suche nach neuen, konversiven Lösungskonzepten in Betrieb und Alltag gehen, um Produktionsverfahren und Warenpaletten stoff- und energiesparend und somit auch müllvermeidend umzubauen. Ohne die Produktivkraft der Produzenten (ähnlich wie in der Konversionsdebatte der IG Metall von der Rüstung zur zivilen Produktion) und der Konsumenten, die nicht bloß Endverbraucher, sondern auch Anreger (z.B. bei der alltäglichen Umgestaltung von Einweg- auf Mehrwegbehältersysteme) sein können, zu nutzen,

wird der sozial-ökologische Umbau unserer Industriegesellschaft nicht die nötige Dynamik entwickeln. Der Rheinhausen-Betriebrat Theo Steegmann sprach einmal vom „solidarischen Schrumpfen“. Für den ökologischen Umbau von Produktionsverfahren und Warenpaletten heißt dies: neue Mitbestimmung wagen.

8. Hand in Hand mit dem kulturellen Aufbrechen über Jahrtausende tradierter und quer zu allen Gesellschafts- und Produktionsformen bestehender Über- und Unterordnungsverhältnisse zwischen den Geschlechtern bleibt die weitgehende *Vergesellschaftung von Reproduktionsarbeit* zentraler Bestandteil einer neuen ökonomischen Logik.

Arbeit darf nicht nur als bloßer Prozeß des Verkaufs von Arbeitskraft begriffen werden, sondern muß sozial und „historisch“ gedacht werden. D.h. ein Sozialsystem ist notwendig, das

- eine entsprechende Versorgung von Kinderbetreuung nicht auf Staats-, sondern auf Arbeitgeberkosten gewährleistet;
- eine entsprechende gesundheitliche und Altersversorgung gewährleistet, die maßgeblich von Arbeitgeberseite getragen wird.

9. In den hochentwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften und besonders in der BRD ist der *Bildungsstand* der Bevölkerung die wichtigste Ressource. In einer immer mehr von hochkomplizierten Technologien und Kommunikationsstrukturen geprägten Arbeits- und Konsumwelt, in den immer mehr ansteigenden Anforderungen an den Menschen als Arbeitskraft aber auch als soziales Wesen und letztendlich auch als Konsumentin oder Konsument ist der Qualifizierungsprozeß jedes und jeder einzelnen von enormer Bedeutung. Bildung ist in den ökonomischen Systemen moderner Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften ein immer wichtiger werdender Standortfaktor. Bildung darf sich nicht an den unmittelbaren Verwertungsinteressen des Kapitals orientieren, sondern soll der Herausbildung von allseits gebildeten, sozial bewußten Persönlichkeiten dienen. Doch auch in der sog. „Dritten Welt“ ist der Zugang zu Bildung für die gesamte Bevölkerung, angefangen von Alphabetisierungskampagnen bis hin zur Qualifizierung von Arbeitskräften, ein entscheidender Beitrag zur Völkerbefreiung. Deshalb ist es notwendig, der gesamten

Bevölkerung optimale Bildungs- und Weiterbildungschancen zu ermöglichen.

Die Finanzierung sollte neben staatlichen Mitteln auch über eine nicht zweckgebundene Qualifizierungsabgabe, die von Kapitaleseite getragen wird, erbracht werden.

10. Eine *Erneuerung der SPD* erfordert auch eine Erneuerung der innerparteilichen Strukturen, vor allem eine Demokratisierung der Entscheidungsprozesse. Die SPD-Linke muß wieder Ort des praktischen Erfahrungsaustausches mit außerparlamentarischen Strömungen und sozialen Bewegungen werden. Demokratisierung ist keine zunächst institutionelle Aufgabe, sondern primär eine Frage der Praxis!

Der von vielen nur beklagten Internationalisierung von Kapital und Märkten muß eine Vernetzung antikapitalistischer Ansätze, Kulturtraditionen, Parteien und Gewerkschaften weltweit entgegengesetzt werden. Diese Arbeit einer supranationalen Kommunikation und dann Kooperation der Linken müssen wir jetzt beginnen!

Wer der breiten Mehrheit der Mitglieder und vor allen Dingen auch der aktiven Funktionäre zunehmend Mitwirkungsmöglichkeiten entzieht, um diese populistisch auf passive und dauerhaft inaktive „Demokratiekonsumenten“ und damit auf die Parteiführung zu verlagern, wird schließlich und endlich die Arbeitsmotivation der aktiven Funktionäre zerstören und damit die Existenz dieser Sozialdemokratie auf reines Marketinggeschehen eingrenzen. Die SPD-Linke muß es als ihre Aufgabe ansehen, die Arbeitsmotivation der aktiven Funktionäre durch Ausweitung der tatsächlichen demokratischen Einwirkungsmöglichkeiten aktiver zu pflegen.

Wichtige zentrale Anträge und damit die Personalentscheidung für zuverlässige Delegierte muß viel strenger von unten nach oben organisiert werden. Das imperative Mandat sollte endlich als echter Motivationsschutz der aktiven Basis gesehen werden.

Erste Voraussetzung ist die Verbindlichkeit demokratischer Entscheidungen, unabhängig davon, ob sie reprä-

sentativ durch Parteitage zustande kommen oder plebiszitär durch Abstimmungen der Mitglieder. (Auch für die zunehmende Parteienverdrossenheit ist es gleich, ob Beschlüsse des Parteitags oder das Ergebnis von Urabstimmungen durch die Parteiführung mißachtet werden.)

Die ständige Kontrolle der Parteiführungen und der Fraktionen erfordert einen kontinuierlichen Willensbildungsprozeß durch die aktive Parteimitgliedschaft. Ein Parteimodell, das die ehrenamtlichen Funktionsträger ausschaltet und Willensbildung auf Akklamation der Passivmitgliedschaft gegenüber politischer Führung und hauptamtlichem Apparat reduziert, steht im Widerspruch zu den Grundsätzen einer demokratischen Mitgliederversammlung und behindert die Transformation gesellschaftlicher Basisinteressen in Politik.

11. Die inhaltliche und die strukturelle Erneuerung der Partei muß von denen ausgehen, die sich als „Freunde des Berliner Programms“ verstehen und als solche gemeinsam handeln.

Eine Arche Noah aufklärerischen Wissens und sozialer Phantasie

Seit langem geplant, vor einem Jahr angekündigt, mit Spannung erwartet: Nun liegen die ersten beiden Bände eines epochalen Unternehmens vor, das 150 Jahre Marxscher/marxistischer Theorie und Praxis sichten, auffächern und auf den Begriff bringen will. Das *Historisch-kritische Wörterbuch* ist kein »politisches« oder »weltanschauliches« Positionswerk, sondern ein Kollektivwerk von VertreterInnen unterschiedlicher Orientierungen und regionaler Kulturen. Es geht zum einen um die kritische Auswertung historischer Erfahrungen, zum anderen um die wissenschaftliche Sichtung, Erschließung und Durcharbeitung eines enormen Gedankenmaterials. Das *Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus* trägt so neben einem praxiskritischen und erfahrungsbezogenen einen stark »philologischen« Akzent. Das *Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus* wird voraussichtlich 12 Bände umfassen und soll bis zum Jahr 2000 abgeschlossen sein.

Zur Entstehung des Projekts: Zwischen der deutschen Fassung des *Kritischen Wörterbuchs des Marxismus* (KWM) und dem hier angekündigten *Historisch-kritischen Wörterbuch des Marxismus* liegt ein epochaler Einschnitt. Die aus dem Zweiten Weltkrieg hervorgegangene Ordnung löste sich auf. Ein geschichtlicher Bruch vollzog sich, dessen Radikalität Bisheriges schlagartig der Vergangenheit überantwortete. Vollzog das KWM zwar den Bruch mit der Ideologie der Dritten Internationalen, blieb

es doch in starkem Maße kritisch auf diese Tradition bezogen. Im *HKWM* sind die Akzente durch die entschiedene Öffnung für die theoretische Kultur unterschiedlicher nationaler und kontinentaler Prägungen von vorneherein vielfältiger gesetzt gewesen. Was es aber mehr als alles andere unterscheidet, ist die Prägung durch einen historischen Moment, der einer der Historisierung und der unbefangenen Kritik ist, aus der Impulse für die Zukunft entspringen können.

Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus Herausgegeben von Wolfgang Fritz Haug

Band 1 erschienen

Band 2 neu im April



Abbau des Staates bis Avantgarde
432 S., Ln., 18 x 25 cm
129,00 DM/1007 ÖS/
129,00 SF
ISBN 3-88619-431-0



Banknoten bis Dummheit
ca. 400 S., Ln., 18 x 25 cm
129,00 DM/1007 ÖS/
129,00 SF
ISBN 3-88619-432-9
Subskription (bis 30. Juni 1995): 98,00 DM/765 ÖS/
98,00 SF pro Band

Die Stichwörter:

Bearbeitet werden über 1000 für den Marxismus mit seinen unterschiedlichen theoretischen und praktischen Linien und für die sozialen Befreiungsbewegungen relevant gewordene Begriffe. Viele Stichwörter entstammen der politisch-theoretischen Lexik der Gegenwart und wurden noch nie in Wörterbüchern behandelt. In diesen Begriffen, häufig Neologismen, artikulieren sich Probleme der globalen Krisen und des Übergangs zur Hochtechnologischen Produktionsweise des transnationalen Kapitalismus, des dadurch bedingten Scheiterns der sowjetischen Gesellschaftsformation und des Aufbrechens des nicht länger durch den Ost-West-Gegensatz überdeterminierten »Nord-Süd-Konflikts« im Weltkapitalismus. Nicht zuletzt haben neue soziale Bewegungen - vor allem die Frauenbewegung und die Ökologiebewegung - die neue Lexik mitgeschaffen. Wo nicht die Lexik neu ist, ist es die Lektüre, die sich ihre Fragen von der Zeit vorgeben läßt.



Argument Verlag Hamburg • Berlin Im guten Buchhandel oder direkt vom Argument Vertrieb Reichenberger Straße 150, 10999 Berlin

Europäischer Kapitalismus im Umbruch

von Joachim Schuster*

*Rezension zu: Hans-Jürgen Bieling/
Frank Deppe (Hg.): Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus, Studie Nr. 4 der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften an der Universität Marburg, 196 Seiten, 25 DM, zu beziehen bei: FEG, Institut für Politikwissenschaften, Philipps-Universität Marburg, Wilhelm-Röpke-Str. 6, 35032 Marburg*

Der formulierte Anspruch der Aufsatzsammlung „Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus“ ist eher bescheiden. Ausgehend von der Analyse aktueller Probleme und Konflikte wird versucht, „Anhaltspunkte für die Bewertung von angestrebten und bisweilen schon angegangenen gesellschaftlichen Weichenstellungen zu gewinnen“ (S. 8). Zugrunde gelegt ist dabei die These, daß wir es gegenwärtig mit einer umfassenden Restrukturierungskrise der entwickelten kapitalistischen Staaten zu tun haben. Ausgangspunkt sind somit die tiefgreifenden gesellschaftlichen und weltpolitischen Umbrüche, die mit den Stichworten 'Ende der fordistischen Wachstumsdynamik', 'Abstieg der USA als westlicher Hegemonialmacht', 'Zusammenbruch des „Realsozialismus“', 'deutsche Vereinigung', 'Triadisierung der Weltwirtschaft' (Konzentration auf die drei Wirtschaftsblöcke Westeuropa, Nordamerika und Japan/Ostasien und ihre Beziehungen zueinander, Anm. d. Red.) und 'Vertiefung der westeuropäischen Integration' umrissen werden. Im wohlthuenden Kontrast zu vielen politikwissenschaftlichen Analysen in der heutigen Zeit wird somit der Versuch unternommen, politische Entwicklung in ihrer Verflochtenheit mit gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen und Basistrends zu erfassen.

Regulationstheoretische Ansätze als Rahmen

Angesichts der Unübersichtlichkeit und Komplexität der unterschiedlichen,

* Dr. Joachim Schuster, Politikwissenschaftler, Bremen



häufig miteinander verschränkten Problem- und Konfliktlagen, versuchen die AutorInnen erst gar nicht, einen durchgehenden Deutungsansatz zu entwickeln, sondern gehen selektiv einzelnen Aspekten nach. Gleichwohl bilden regulationstheoretische Ansätze den Hintergrund. Der inneren Zusammenhang der Beiträge wird lediglich durch den einleitenden Artikel von Bieling, der sich mit übergreifenden staats- und politiktheoretischen Fragestellungen befaßt, und den abschließenden Beitrag von Deppe hergestellt, der die Anforderungen und Grundlinien eines 'neuen Gesellschaftsvertrages' thematisiert. In diesen Rahmen ordnen sich drei Beiträge zu Fragen internationaler Entwicklung und vier Beiträge zur ökologischen, sozialen und politischen Entwicklung in Westeuropa ein.

In seinem einleitenden Aufsatz versucht Bieling, den offenkundigen Legitimationsproblemen der Politik nachzugehen. Er verweilt dabei nicht lange bei der Beschreibung von Phänomenen wie dem Verlust an Bindungskraft der Parteien, der Amerikanisierung der Politik etc., sondern geht deren tieferliegenden Ursachen nach. Diese findet er als Folge der krisenhaften Umbrüche in der

mangelhaften Steuerungs- und Regulierungsfähigkeit des Staates, die eine Neuordnung der gesellschaftlichen Regulationsinstanzen erfordert. Dabei konstatiert er ein „Legitimationstrilemma: die anhaltende Überforderung der Politik durch den Problemstau, verknappte Steuerungsressourcen und die Auflösung der fordistischen Legitimationsgrundlagen bei wachsendem politischen Legitimationsbedarf verschärfen sich wechselseitig, ohne daß ein dauerhafter tragfähiger Politikkonsens absehbar ist“ (S. 28). Vor dem Hintergrund der vorherrschenden neokonservativen Anpassungspolitik, deren Ausstrahlung bis weit in die politische Mitte hineinreicht, befürchtet Bieling, daß die notwendige Transformation des politischen Institutionensystems eher zu einem Zurückdrängen sozialregulativer und demokratisch-partizipativer Funktionen zugunsten ideologischer und repressiver Funktionsmodi führen dürfte. Die Chance für eine Trendwende sieht er vor allem in einer Politisierung angeblicher Sachzwänge - etwa dem der weltmarkt-orientierten Modernisierung - und der Thematisierung der sozialen und ökologischen Konsequenzen der vorherrschenden Entwicklung.

Probleme der internationalen Entwicklung

Die drei nachfolgenden, sehr informativen Artikel zu Problemen der internationalen Entwicklung weisen einen sehr unterschiedlichen Charakter auf. Choon-Kweon Koo geht der Frage nach, welches die bisherigen Erfolgsbedingungen der japanischen Entwicklung waren, die allerdings mit der tiefgreifenden Krise Anfang der 90er Jahre ebenfalls vor grundlegende Anpassungsprobleme gestellt sei. Im Gegensatz zu manchen Erklärungsmustern, die kulturelle Faktoren oder eine spezifische Verbindung zwischen Politik und Ökonomie in Japan in den Mittelpunkt stellen, streicht er vor allem die spezifische Unternehmenstruktur der japanischen Wirtschaft mit ihren zumeist um einen Industriekonzern herumgruppierten Unternehmensketten als zentrale Besonderheit Japans heraus. Leider fehlt in dem Artikel ein Rückbezug auf die eingangs skizzierte Umbruchkrise, die Japan inzwischen ebenfalls erfaßt habe.

Lavon/Plehwé gehen in ihren Ausführungen der Frage nach, inwieweit die verbesserte Wirtschaftslage in den USA ein Indiz dafür ist, daß die tiefe strukturelle Krise der 80er Jahre überwunden wurde und ein neues Akkumulationsregime in Verbindung mit einer adäquaten Regulationsweise etabliert werden konnte. Sie kommen zu der These, daß im Ergebnis des doppelten Restrukturierungsprozesses in den Vereinigten Staaten - nach innen durch eine Neugestaltung der Arbeits- und Produktionsbeziehungen und nach außen durch eine aggressive Neustrukturierung der internationalen Märkte - „optimale Verwertungsbedingungen für transnational operierende Konzerne in einem neuen Akkumulationsregime (geschaffen wurden), das weiten Teilen der Bevölkerung eine im Vergleich zum Fordismus deutlich geringere Partizipation an den materiellen Segnungen des Wohlstandes beschert“ (S. 57). Allerdings verweisen sie auf die Widersprüchlichkeit und damit die Instabilität des neuen Akkumulationsregimes, da es sich „nur extern neue Spielräume verschaffen (kann), weil die binnenwirtschaftliche Nachfrage... geschwächt wird“ (S. 58). Aus den daher zu erwartenden sozialen Konflikten leiten sie Möglichkeiten einer Verschiebung des Kräfteverhältnisses

nach links ab, soweit es gelingt, Reformkräfte zusammenzuführen und die Defizite des eingeschlagenen Entwicklungstrends offensiv zu thematisieren. Nicht nur wegen der kompetenten Darstellung der Entwicklung in den USA, sondern auch wegen der Implikationen, die sich aus der Argumentation für Westeuropa ableiten lassen, gehört dieser Beitrag zu einem der interessantesten der Studie.

Die Fragestellung, der Hübner in seinen Ausführungen zum osteuropäischen Transformationsprozeß nachgeht, ist im Vergleich zu den vorhergehenden Artikeln deutlich enger gefaßt. Er setzt sich kritisch mit dem Versuch der Transformationsstaaten auseinander, ihre Entwicklungsprobleme durch eine strikte Exportorientierung, die durchaus auf

Die mangelhafte Steuerungs- und Regulierungsfähigkeit des Staates erfordert eine Neuordnung der gesellschaftlichen Regulationsinstanzen.

unterschiedlichen theoretischen Konzepten beruht, zu überwinden. Vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Entwicklungstrends und des Kräfteverhältnisses innerhalb Europas meldet er große Zweifel an diesem Vorhaben an und plädiert für eine stärkere Verflechtung der Reformstaaten untereinander. Ein zentraler Eckpunkt einer solchen Strategie könne die Schaffung einer Zahlungsunion sein.

Defizite des westeuropäischen Integrationsprozesses

Diesen Ausführungen über die internationale Konstellation folgen vier Aufsätze zur Entwicklung Westeuropas. Der Schwerpunkt der Beiträge liegt auf der Darstellung und Begründung wesentlicher Defizite des Integrationsprozesses, so der Vernachlässigung regionaler und räumlicher Fragmentierung (Wex), der strukturellen Arbeitslosigkeit (Bultemeier), der mangelnden politischen Steuerungsfähigkeit

technologischer und industrieller Entwicklung (Felder) sowie der tarifpolitischen Konsequenzen des Integrationsprozesses (Burkhardt). Neben einer mehr oder minder ausführlichen Darstellung der Problemlagen und Entwicklungstrends in den untersuchten Bereichen wird jeweils eine Verknüpfung mit der derzeitigen Entwicklungslogik der westeuropäischen Integration hergestellt. So wichtig es ist, auf die in der herrschenden Diskussion häufig verharmlosten sozialen, regionalen und ökologischen Konsequenzen der EU hinzuweisen, so unbefriedigend bleiben jedoch die aufgezeigten Perspektiven, die zumeist von einem großen Pessimismus über die Durchsetzbarkeit politischer Alternativen geprägt sind.

So konstatiert Wex eine Zuspitzung einer sozialen Fragmentierung des Raumes, die sich schon heute insbesondere in den Städten verdeutliche. Eine alternative Politik müsse sich die zentrale Aufgabe stellen, die „abstrakte Veräumlichung (im heutigen Kapitalismus, J.S.) zugunsten einer gebrauchsorientierten Benutzung aufzuheben“ (S. 95). Ähnlich radikale Überlegungen stellt Bultemeier an, die bei einer Fortschreibung bisheriger Politik eine Verfestigung der strukturellen Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau prognostiziert. Sie fordert abschließend die Abkehr vom Primat der weltmarktorientierten Modernisierung zugunsten eines Primats der „Erzeugung von Arbeit“ (S. 126). Auch Felder sieht in Bezug auf die Steuerung technologischer Entwicklung mittels einer europäischen Forschungs- und Technologiepolitik unter den gegebenen Bedingungen wenig Chancen und plädiert für eine Kritik an der vorherrschenden Politik, die in die Perspektive eines alternativen europäischen Wachstumsmodells eingebettet sein müsse. In seinem Beitrag versucht Burkhardt schließlich, die Lage der westeuropäischen Gewerkschaften in Anbetracht der konstatierten Umbruchkrise zu verorten. Auch hier wird angesichts der nicht von der Hand zu weisenden Gefahr des Sozialdumping, der nationalen Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung und der Defensive der Gewerkschaften in nahezu allen Staaten keine rosigen Zukunftsperspektiven gezeichnet.

Einer Strategie des Rückzuges auf den Nationalstaat wird jedoch in allen Beiträgen eine klare Absage erteilt. Zukunftsperspektiven ließen sich nur im Rahmen einer europäischen/internatio-

Denken ist etwas, das auf Schwierigkeiten folgt und dem Handeln vorausgeht. (Brecht)



Die Schwierigkeiten sind offenkundig: in Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Politik. Und vier weitere Jahre Kohl produzieren ein Desaster. Durch Analysen begründete Alternativen müssen her. Deshalb

Sozialismus

abonnieren!

Unsere Themen:

- Woher kommt die Stabilität des Neokonservatismus?
- Nation: Sinnstiftung der Rechten
- Ende des Wohlfahrtsstaates
- Vollbeschäftigung: eine machbare Strategie
- Forum: Erneuerung der Gewerkschaften
- Europa nach dem Zerfall des Ostens
- USA/Japan/EU: Konkurrenz im Triadenkapitalismus
- Das »Vergessen« der Dritten Welt

Jahresabo: DM 95,- (incl. Porto)

Bestellcoupon für ein Probeheft:

Name: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

An: Redaktion Sozialismus
Klaus-Groth-Str. 33e, 20535 Hamburg
Tel. & Fax 040/250 10 11

nalen Strategie entwickeln, in deren Mittelpunkt soziale Mindeststandards und materielle Konvergenz stehen müßten. Allerdings werden die Durchsetzungschancen für eine solche Politik gering eingeschätzt.

Diese aus meiner Sicht nur begrenzt tragfähigen Schlußfolgerungen resultieren maßgeblich aus einer verengten Interpretation des westeuropäischen Integrationsprozesses. Die Weiterentwicklung der EU diene vor allem der Stärkung der westeuropäischen Konkurrenzposition in der Triade. Hierzu sei eine Vergrößerung des Marktes in Verbindung mit umfassenden politischen Deregulierungsmaßnahmen sinnvoll. Soziale, regionale und ökologische Fragmentierungen würden in diesem Konzept nicht nur billigend in Kauf ge-

Zukunftsperspektiven lassen sich nur im Rahmen einer europäischen/internationalen Strategie entwickeln.

nommen, sondern seien ein Kernbestandteil der Entwicklungslogik. Die Möglichkeit, durch die Integration politische Gestaltungsmöglichkeiten zurückzugewinnen, wird mit dem Hinweis auf die neue Qualität der Spaltung zwischen Politik und Ökonomie, die maßgeblich auf die Widersprüchlichkeiten des Verhältnisses zwischen Nationalstaatlichkeit und Internationalisierung bzw. Supranationalisierung im Rahmen der EU zurückzuführen sei, im Prinzip negiert. Übersehen werden jedoch bei dieser in vielen Bereichen zutreffenden Analyse die durchaus vorhandenen Differenzierungslinien zwischen den beteiligten Staaten, die gerade für politische Interventionen von links Ansatzpunkte bieten. M.E. gibt es in der EU noch kein derart stringentes politisches Projekt der herrschenden Kräfte, wie es implizit in den Beiträgen unterstellt wird.

Perspektive „neuer Gesellschaftsvertrag“?

Abgerundet werden die Analysen über die Entwicklungsprobleme des europäischen Kapitalismus durch Deppe's Überlegungen über einen „neuen Gesellschaftsvertrag“. Ausgehend von der

aktuellen Konjunktur dieses Begriffs versucht Deppe in Auseinandersetzung mit seiner Entstehungsgeschichte und den Inhalten des 'fordistischen Gesellschaftsvertrages' die zentralen Fragestellungen für die Herausbildung eines neuen Gesellschaftsvertrages herauszuarbeiten. Er bestimmt auf diese Art drei Auseinandersetzungsfelder:

- die Frage nach dem Typ der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung,
- die Frage nach der Reichweite nationalstaatlicher Politik und
- die Zukunft der Arbeit.

Dabei kann aus seiner Sicht die Qualität einer neuen Politik nicht nur daran gemessen werden, „welche Steuerungs- und Regulierungsfunktionen der Staat übernimmt bzw. neu definiert, sondern eben auch daran, daß durch eine neue Politik zugleich ein breiter Korridor und damit Freiräume für gesellschaftliche Gestaltungsmöglichkeiten geschaffen werden. Das ist der Kern der demokratischen Frage heute“ (S. 194). Ein solche neue Politik könne allerdings nicht aus Verhandlungen an runden Tischen hervorgehen, sondern müsse aus konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gegen deformierte Alltagserfahrungen der Menschen entwickelt werden, die mit der Perspektive eines neuen Gesellschaftsvertrages verbunden werden müsse.

Insgesamt stellt die Aufsatzsammlung einen lesenswerten Beitrag zur Analyse der gegenwärtigen Entwicklung dar. Gelungen ist der Versuch, nicht nur bei der Beschreibung einzelner Phänomene und Trends stehen zu bleiben oder sich auf eine reine Politikfeldanalyse zurückzuziehen, sondern die behandelten Probleme in ihrem gesamtgesellschaftlichen Kontext zu verorten. Hinweise auf Ansatzpunkte für ein Eingreifen linker Politik fallen leider recht gering aus. Auch wenn gerade hier mehr wünschenswert gewesen wäre, können nicht allein die AutorInnen für dieses Defizit verantwortlich gemacht werden. Angesichts der Komplexität der gegenwärtigen Problemlagen und des Zustandes der Linken - sowohl in Bezug auf die Theoriebildung als auch ihrer mangelnden gesellschaftspolitischen Durchsetzungsfähigkeit - dürfte die Etablierung eines neuen Gesellschaftsvertrages von links noch vielfältige theoretische wie praktisch politische Anstrengungen erfordern.

Plataforma 0,7% - Spanien als Vorbild

von Rainer Zugehör*

Am 17. September 1994 machten Pablo Osés und Juan Luis Herro den Anfang - sie schlugen ein Zelt auf inmitten des grünen Trennstreifens der Paseo de la Castellana, der größten Prachtstraße Madriids, direkt gegenüber dem Wirtschaft- und Finanzministerium. Sie wollten mit einem großen Transparent die MadrilenerInnen für das 0,7%-Ziel der Vereinten Nationen (besonders der westlichen Unterzeichnerstaaten!) sensibilisieren. Auch Spanien soll anteilig 0,7% des Bruttosozialprodukts zugunsten der sogenannten Dritten Welt zur Verfügung stellen (einhergehend mit der Forderung einer konstruktiven Verwendung) - derzeit beträgt der Anteil lediglich 0,28%.

1000 Zelte auf der Prachtstraße

Beide Protagonisten auf der Paseo de la Castellana wurden von einigen Zeitungen als „einsame Spinner mit falschen Forderungen zur falschen Zeit am falschen Ort“ bezeichnet. Aber was dann passierte, hatten weder Pablo noch Juan Luis zu träumen gewagt: 10 Tage später standen auf der Hauptstraße schon über 500 Zelte und Anfang November knapp 1000. Die „Plattform 0,7%“ war entstanden - nicht nur Madrid wurde von der Welle der Solidarität erfaßt, sondern auch Extramadura, Kastilien-León, Valencia, Andalusien, Galicien und das Baskenland; in ganz Spanien wuchs die Solidaritätsbewegung in wenigen Tagen zu einer bedeutenden Kraft.

Täglich wurde von der Kampagne in sämtlichen Medien berichtet und in Schulen, Universitäten, auf der Straße und Zuhause wurde heftig über das Für und Wider der 0,7%-Forderung diskutiert - sollten wirklich 470.000 Mio. Peseten (ca. 5,7 Milliarden DM) für die sog. Dritte Welt ausgegeben werden, obwohl die Armut in Spanien ständig wächst, Tausende von Menschen allein im Süden Madriids ohne Dach über dem Kopf und ohne Arbeit gezwungen sind, in den Müllbergen nach Nahrung für sich und ihre Familien zu suchen? Dies war sicherlich die am häufigsten gestellte Frage, die die FürsprecherInnen der

0,7% Forderung zu beantworten hatten. Aber: In Spanien sterben keine Menschen am Hungertod - die Menschen im Süden können nicht warten, bis sämtliche SpanierInnen Eigenheim und Gartenzwerge besitzen; sie brauchen unsere Solidarität - *jetzt!*

Und darüber hinaus hat Spanien wie auch alle übrigen westlichen Staaten das Ansteigen der weltweiten Armut u.a. aufgrund der extrem ungerechten Welt-handelsstrukturen ganz entscheidend mitzuverantworten.

Erhöhung der Entwicklungsausgaben erreicht

Über 8.000 Menschen, meist Jugendliche, kapierten zumeist zeitweise auf der Paseo de Castellana. Tagsüber fanden viele Kundgebungen und Vortragsreihen zu entwicklungspolitischen The-

**Der wohl wichtigste
Erfolg ist im Aufklärungs-
charakter der Kam-
pagne zu sehen.**

men statt. Das weitere Vorgehen der Kampagne wurde stets öffentlich (mit Megaphon oder Verstärkungsanlage) diskutiert. An dieser basisdemokratischen Struktur wurde festgehalten, obwohl die Debatten sich oft über Stunden, bis tief in die Nacht, hinzogen.

Die Solidaritätsaktion gipfelte im 10tägigen Hungerstreik von Paolo und Juan Luis. Ganz Spanien verfolgte die Reaktionen der PSOE-Regierung. Erst während des Hungerstreiks bequerten sich endlich Regierungsvertreter zu einem Gespräch mit den 0,7%-FürsprecherInnen. Ausgehandelt wurde eine stufenweise Erhöhung der entwicklungspolitischen Ausgaben von 0,28% auf 0,35% am 25. November (Verabschiedung des neuen Haushalts im nationalen Parlament) und eine weitere Aufstockung auf 0,5% in der ersten Hälfte des Jahres 1995. Die geforderten 0,7% wurden erst einmal nicht in Aussicht gestellt. Mit diesem Verhandlungsergebnis (-erfolg) endete auch der Hungerstreik.

PSOE macht schlechte Figur

Die Sozialistische Partei Spaniens (PSOE) unter Parteiführer Felipe González, die sich zur Zeit eh nur von Korruptionsskandal zu Korruptionsskandal windet, machte auch während der 0,7%-Kampagne eine schlechte Figur. In Regierungsverantwortung gebunden, blieben die Solidaritätsäußerungen der Partei sehr verhalten; die 0,7%-AktionistInnen und SympathisantInnen sahen in der PSOE weniger einen Partner als einen Gegner der Zielsetzungen. Selbst deren Jugendorganisation, Juventudes Socialistas de Espana (JSE), versuchte Schaden von der Mutterpartei abzuwenden, solidarisierte sich dementsprechend kaum mit der Plattform 0,7% (außer ein paar Zelte zur Verfügung zu stellen); offizielle Begründung der Tatenlosigkeit: die Konzentration auf innenpolitische Themen genießt höhere Priorität (obwohl paradoxerweise die Kampagne sowie das Thema innenpolitisch höchst relevant wurden.) Das Linksbündnis Izquierda Unida (IU) jedoch, das in den letzten Europa-, nationalen und regionalen Wahlen oft 100%ige Stimmengewinne hatte, fungierte als Ansprechpartner und aktiver Unterstützer der Kampagne und konnte sich so weiterer Sympathien sicher sein. In Zukunft sollte vielleicht intensiver darüber nachgedacht werden, ob die Juventud der IU sich nicht eher als Mitgliedsorganisation der IUSY eignet, als die immer mehr auf den neo-liberalen González-Kurs getrimmte JSE.

Spanien rangiert auf der „Wohlstands“-Skala der Europäischen Union weit unten - trotzdem war die 0,7%-Kampagne zugunsten der ärmeren Länder dieser Welt möglich und durchaus erfolgreich. Nicht nur, daß der Anteil des Bruttosozialproduktes zugunsten der „Entwicklungspolitik“ angehoben wurde - der wohl wichtigste Erfolg ist darin zu sehen, daß diese Kampagne einen Aufklärungscharakter beinhaltete, der für eine demokratische Mehrheitsbildung zugunsten einer Umgestaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems unabdingbar ist.

* Rainer Zugehör, z.Z. Madrid

Uruguay - Die Linke im Aufwind

von Jürgen Moritz*

Auch Wochen nach den uruguayischen Präsidentschaftswahlen vom 27. November gibt es noch immer kein offizielles Endergebnis. Das wird wohl auch im Januar auf sich warten lassen, denn über 66.000 Stimmen - zumeist von WahlhelferInnen, die nicht in ihrem Wohnbezirk abstimmen konnten - und die Ergebnisse einiger Wahllokale müssen erst noch vom Wahlgerichtshof überprüft werden. Unruhe kam auf, als das Innenministerium am Tag nach der Wahl fast 30 Stunden lang keine klaren Auskünfte über etwa 120 Wahlbezirke geben konnte, weil der Computer dort gewisse Unregelmäßigkeiten festgestellt hatte. Viele dieser Wahlbezirke waren in Montevideo und dort in Stadtteilen mit einem traditionell hohen Stimmenanteil für die Linke. Zu diesem Zeitpunkt fehlte dem Mitte-Links-Bündnis Encuentro Progresista weniger als ein Prozentpunkt, um die (konservative) Nationale Partei, die Blancos, vom zweiten Platz zu verdrängen.

Obwohl es Kritik an der merkwürdigen Informationspolitik des Innenministeriums gab, geht kaum jemand davon aus, daß es bei den Wahlen in Uruguay zu irgendwelchen Manipulationen oder Wahlfälschungen gekommen sein könnte. Zweifel haben bislang lediglich die MLN-Tupamaros angemeldet. Sie fordern eine genaue Überwachung und eine vollständige Transparenz bei der erneuten Überprüfung der Stimmzettel durch den Wahlgerichtshof. Sicher aber ist: Dr. Julio Maria Sanguinetti von der (wirtschaftsliberalen) Colorado-Partei wird neuer Präsident Uruguays. Am 1. März 1995 wird er seine Amtsgeschäfte aufnehmen. Es ist seine zweite Amtsperiode, denn Sanguinetti war bereits von 1985 bis 1989 Präsident, direkt nach dem Ende der Militärdiktatur in Uruguay.

Die eigentliche Gewinnerin der Wahl ist jedoch die Linke. Zehn Jahre nach dem Ende der Militärdiktatur ist es ihr bei diesen Wahlen endgültig gelungen, das traditionelle Zweiparteiensystem in Uruguay zu knacken. Als einzige politi-

sche Kraft konnte sie landesweit kräftige Stimmengewinne verbuchen. In Montevideo, dort lebt fast die Hälfte der etwa 3,2 Mio. UruguayerInnen, wird sie mit dem Architekt und Stadtplaner Mario Arana erneut den Bürgermeister stellen. Arana kann zwar auf eine beruhigende Mehrheit im Stadtparlament bauen, verfügt aber nur über einen äußerst mageren Haushalt.

Machtverschiebungen in der Frente Amplio

Vor allem im traditionell eher konservativen Landesinneren hat das Wahlbündnis Encuentro Progresista, bestehend aus Frente Amplio, Christdemokraten und einigen Dissidenten der bislang regierenden Blancos beachtlich dazugewonnen. Der Stimmenanteil verdoppelte sich im Vergleich zu den Wahlen von 1989. Die stärkste und die bestimmende Kraft im Encuentro ist die Frente Amplio - ein Bündnis verschiedenster Strömungen der Linken Uruguays.

Innerhalb der Frente Amplio hat die Gruppe Asamblea Uruguay um den Ökonomen Danilo Astori einen sensationellen Erfolg verbuchen können. 40 Prozent der WählerInnen des Encuentro entschieden sich für die Liste von Astori, der damit zum neuen starken Mann innerhalb der Frente Amplio geworden ist. Auf den Plätzen folgen die Sozialistische Partei, das eher sozialdemokratische Vertiente Artiguista, die Rest-KP Uruguays und das Movimiento de Participación Popular (MPP) mit den MLN-Tupamaros.

Die Tupas werden zum ersten Mal in der Geschichte Uruguays mit eigenen Abgeordneten im Parlament vertreten sein. Bisher hatten sie immer die (links-unabhängigen) Kandidaten des MPP unterstützt. Pepe Mujica, Gründungsmitglied der Tupamaros und während der Diktatur viele Jahre unter den schlimmsten Bedingungen als Geisel der Diktatur eingekerkert, zieht für die MLN ins Abgeordnetenhaus ein. Jorge Zabalza, der ebenfalls als Geisel während der Diktatur im Gefängnis saß, zieht als erster Tupamaro in das Stadtparlament von Montevideo ein.

Frente zwischen Machtanspruch und Basistreue

Innerhalb der Frente Amplio haben jetzt eindeutig die Moderaten um Danilo Astori die Nase vorn. Sein Flügel stellt alleine sechs Senatoren und 15 Abgeordnete im neuen Parlament. Das MPP mit den MLN-Tupamaros hat hingegen nur leicht dazugewonnen. Schwer verloren haben dagegen die orthodoxen Reste der Kommunistischen Partei.

Die interne Stimmenverteilung hat auch Auswirkungen auf die Zusammensetzung der Vollversammlung der Frente Amplio und auf die Debatten über den zukünftigen Kurs der uruguayischen Linken. Die Hälfte der Sitze wird nach errungenen Prozentpunkten bei den Wahlen vergeben, die zweite Hälfte wird von den Frente-Basiskomitees gewählt. Der interne Streit scheint vorprogrammiert. Schon einen Tag nach der Wahl kam die erste Kostprobe, als Astori im Fernsehen verkündete, daß er sich durchaus eine Zusammenarbeit mit der Regierung Sanguinetti, zum Beispiel in den Bereichen Wirtschafts- und Bildungspolitik vorstellen könne. Viele BasisaktivistInnen der Frente sehen das etwas anders und wünschen sich eher eine starke Opposition. Nach dem ersten Frust über den heiß erträumten und knapp verfehlten Wahlsieg konnten sie dem Ergebnis aber auch positive Seiten abgewinnen: „Eine linke Regierung unter einem Präsidenten Tabare Vazquez hätte es sehr schwer gehabt, gegen eine Mehrheit der traditionellen Parteien im Parlament zu regieren ...“, kommentierten sie das Wahlergebnis, und, „es ist großartig, daß die Frente so viele Stimmen gewonnen hat, aber wir müssen aufpassen, daß wir nicht alle fünf Jahre nur auf die Wahlergebnisse schielen und darüber vergessen, was wir eigentlich sein wollen: eine politische und soziale Basisbewegung.“

Flügelkonflikte in der Frente

Innerhalb des Wahlbündnisses Encuentro Progresista hat bereits der Streit darüber begonnen, wer in Zukunft die erste Geige spielt, ob Danilo Astori als

* Jürgen Moritz lebt in Montevideo und arbeitet als freier Journalist im europäisch-lateinamerikanischen Medienprojekt COMCOSUR.

großer Wahlgewinner oder der knapp geschlagene Präsidentschaftskandidat und ehemalige Bürgermeister von Montevideo Tabare Vazquez aus der Frente Amplio. Vazquez wollte sich im Falle einer Wahlniederlage eigentlich vornehmlich seinem Beruf als Arzt widmen. Für einen Sitz im Parlament hatte er gar nicht erst kandidiert.

Vorläufiger Punktsieger im Richtungsstreit ist Vazquez, denn das Leitungsgremium (Organo de Conducción Política) der Frente Amplio hat am 7. Dezember entschieden, ihn als Verhandlungsführer der Frente Amplio und als Repräsentanten des Encuentro für die Gespräche mit der neuen Regierung zu benennen. Etwas beleidigt reagierten darum auch die Vertreter der Asamblea Uruguay auf diese Personalentscheidung. Sie teilten mit, sie würden die Beschlüsse zwar mittragen, gleichzeitig kritisierten sie aber, daß Vazquez erheblichen Druck ausgeübt habe und seine weitere Mitarbeit vom Fortbestand des Encuentro Progresista abhängig gemacht habe. Für die anstehende Wahl eines neuen Präsidenten der Frente käme Tabare Vazquez ohnehin nicht infrage. Ihr Kandidat der Wahl sei Danilo Astori.

Der linke Flügel innerhalb der Frente Amplio setzt jetzt vor allem auf die Delegierten der Basiskomitees in der neuen Vollversammlung. Der MPP-Senator Helios Sarthou erklärte in einem Interview, der linke Flügel innerhalb der Frente werde es in Zukunft schwer haben. Er kritisierte gleichzeitig den zukünftigen Präsidenten Sanguinetti, der sich gerne einige moderate PolitikerInnen vom Encuentro als GesprächspartnerInnen über die Bedingungen für eine punktuelle Zusammenarbeit mit der Regierung ausgesucht hätte. Sarthou wies solch patriarchale Anbiederungen zurück: „Die Verhandlungspartner aus der Linken bestimmt die Linke selbst.“

Die Blancos im Tal der Tränen

Der ganz große Verlierer der Wahl sind die Blancos des noch amtierenden Präsidenten Dr. Luis Alberto Lacalle. Erdrutschartig verloren sie fast zehn Prozent ihrer Stimmen. In fünf Landkreisen müssen sie den Regierungssessel an einen Colorado-Politiker abtreten. Innerhalb der Blancos hat nun ein Richtungsstreit begonnen, der sich zu einer Frage zuspitzt: Wer wird in Zukunft an der Spitze der Partei stehen? Die Strö-

mung, die dem Noch-Präsidenten Lacalle nahesteht, hat bei den Wahlen weniger Stimmen errungen als die, an deren Spitze dessen Widersacher Volonte steht. Volonte könnte nun mit seiner gestärkten Hausmacht die Führungsposition übernehmen.

Wahlsieger Sanguinetti auf der Suche nach Koalitionen

Wahlsieger Sanguinetti steckt bereits in Beratungen, um sich eine tragfähige Mehrheit im Parlament aufzubauen. Er will sowohl mit den Blancos als auch mit dem Encuentro Progresista verhandeln. Denn seine Partei, die Colorados, verfügt im neu gewählten Parlament nicht einmal über die relative Mehrheit und ist daher auf Bündnispartner und Absprachen angewiesen. Sanguinetti ließ aber keinen Zweifel aufkommen, daß für ihn lediglich der moderate Flügel des Encuentro Progresista ein Gesprächspartner sein wird. Die Abgrenzungen haben bereits begonnen: Colorado-Politiker beschuldigen den linken

Flügel der Frente Amplio, für einige Glasschäden an Parteilokalen und Handgreiflichkeiten gegen Colorado-Anhänger in der Wahnacht verantwortlich zu sein. Man darf gespannt sein, welche Positionen die Frente Amplio in den Gesprächen mit Sanguinetti und seiner Regierungsmannschaft einnimmt.

Sanguinetti hofft auf einen reibungslosen Wechsel. im Mittelpunkt seines Regierungsprogramms stehen die Förderung der nationalen Wirtschaft, die Bekämpfung der Inflation und die sozial leicht abgefederte Integration Uruguays in den gemeinsamen südamerikanischen Markt MERCOSUR. Für drohende Konflikte zwischen ArbeitnehmerInnen und Arbeitgebern schwebt ihm ein Sozialpakt vor. Sanguinetti verfügt über beste Beziehungen zum Internationalen Währungsfond und hatte bereits in seiner ersten Amtszeit (1985-89) ein Strukturanpassungsprogramm mit der Weltbank unterzeichnet. Er rühmt sich, in seiner letzten Amtszeit keinen einzigen Arbeitskonflikt verloren zu haben. Auf die uruguayischen Gewerkschaften kommen schwere Zeiten zu.



SPENDENAUFBRUF
FÜR DAS RADIO
DER TUPAMAROS
IN URUGUAY

EIN NEUER SENDER FÜR RADIO PANAMERICANA

Seit dem 26.8.94 ist das „radio de la gente“ (Radio der Leute) in Montevideo geschlossen. Im Anschluß an eine Polizeirepression, bei der zwei Menschen getötet und über hundert z.T. durch Schußwaffen schwer verletzt wurden, ist dem Radio die Lizenz entzogen worden. Die Schließung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Berichterstattung von Panamericana über diesen Vorfall und dem jahrelangen solidarischen Einsatz für soziale Bewegungen und linke Politik. Das Radio wird von den MLN (Tupamaros) betrieben. Wir rufen hiermit zu Spenden auf, um den Mitarbeitern die Weiterarbeit zu ermöglichen. Eine Möglichkeit könnte darin bestehen, ein neues Radio zu installieren. Hierzu braucht Panamericana finanzielle als auch ideelle Unterstützung.

Es gibt ein Solidaritätskonto der Arbeitsgemeinschaft ‚Demokratische Medien in der Welt‘ der IG-Medien. Spenden sind steuerlich absetzbar. Konto: AK Dritte Welt e.V. Gelnhausen (Nummer: 10 002 800), Ökobank Frankfurt (BLZ: 500 901 00), Stichwort: Radio Panamericana. – Wer mehr über das Radio wissen möchte, kann sich an el rojito e.V. / Uruguay-Gruppe, Große Brunnenstr. 74, 22763 Hamburg wenden.

SPW TAUSCHHAND

Zeitschrift
für
Sozialistische
Politik
und
Wirtschaft

spw gibt gute Bücher für neue **spw**-Abonnements!
(Bitte die Buchstaben auf der **spw**-Abokarte angeben!)

Zwei Bücher für ein **spw**-Abo:

Elmar Altvater
Der Preis des Wohlstands
Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung
Ladenpreis: DM 29,80



A



B

Brigitte Hasenjürgen/Sabine Preuß
Frauenarbeit - Frauenpolitik
Eine provokante Analyse der internationalen Diskussion
Ladenpreis: DM 29,80

Alain Lipietz
Berlin, Bagdad, Rio
Neue Sichtweisen für Umbrüche in der Entwicklung
von Ökonomie, Politik und Ökologie
Ladenpreis: DM 25,-



C



D

Lutz Hoffmann
Die unvollendete Republik
Zwischen Einwanderungsland und deutschem Nationalstaat
Ladenpreis: DM 24,-

Jürgen Kuczynski
Probleme der Selbstkritik
Von flacher Landschaft und vom Zickzack der Geschichte
Ladenpreis: DM 24,-



E



F

K.-H. Heinemann/W. Schubarth (Hg.)
Der antifaschistische Staat entläßt seine Kinder
Jugend und Rechtsextremismus in Ostdeutschland
Ladenpreis: DM 14,80

Sigrid Jacobeit/Wolfgang Jacobeit
Illustrierte Alltags- und Sozialgeschichte Deutschlands 1900-1945.
Geschichte aus der Sicht „von unten“ anhand der Problematik der Arbeit
(ca. 600 S.) Ladenpreis: DM 98,-



Ein
dickes
Buch
für
zwei
spw-Abos

X